

Texte zur Arbeiterbewegung

K. P. Wittemann

Kommunistische Politik in Westdeutschland nach 1945

*Der Ansatz der Gruppe Arbeiterpolitik
Darstellung ihrer grundlegenden
politischen Auffassungen und ihrer Ent-
wicklung zwischen 1945 und 1952*

SOAK-Verlag

Einleitung ; S. 1-79

Texte zur Arbeiterbewegung
SOAK Verlag Hannover 1977

Gedruckt ab Manuskript des Autors
Gesamtherstellung und Vertrieb:
SOAK GmbH
Am Taubenfelde 30, 3000 Hannover 1
Tel. 17618

ISBN: 3 - 88 209 - 004 - 9

Inhaltsverzeichnis

Einleitung

1. <u>Grundlegende politische Auffassungen</u>	
<u>der KPO</u>	1 - 37
1.1. Einleitung	1 - 3
1.2. Grundlegende politische Auffassungen	
<u>der KPO</u>	3 - 34
1.3. Zusammenfassung	34 - 37
2. <u>Thalheimers Analysen der weltpolitischen</u>	
<u>Lage und der Lage in Deutschland nach</u>	
<u>dem 2. Weltkrieg</u>	38 - 79
2.1. Einleitung	38 - 39
2.2. Die weltpolitische Lage	40 - 51
2.3. Die Lage in Deutschland 1945/46	52 - 73
2.4. Die Konsequenzen für die Kommunisten in	
Deutschland	73 - 76
2.5. Zusammenfassung	77 - 79
3. <u>Das Verhältnis der Analysen Thalheimers</u>	
<u>1945/46 zu den grundlegenden politischen</u>	
<u>Positionen der KPO</u>	80 - 96
3.1. Problemstellung	80 - 82
3.2. Vergleich	82 - 96
4. <u>Die Sammlung der Gruppe Arbeiterpolitik</u>	
<u>von 1945 bis zum Herbst 1948</u>	97 - 138
4.1. Die Ausgangsposition 1945	97 - 98
4.2. Die ersten örtlichen Aktivitäten ehema-	
liger KPO-Mitglieder an den Beispielen	
Stuttgart und Salzgitter	98 - 123
4.2.1. Die Herausbildung der Gruppe Arbeiter-	
politik in Stuttgart	98 - 107
4.2.2. Die Herausbildung der Gruppe Arbeiter-	
politik in Salzgitter	107 - 123
4.3. Zusammenfassende Darstellung des Samm-	
lungsprozesses	124 - 131
4.4. Die überregionale Formierung der Gruppe	
Arbeiterpolitik bis 1948	131 - 138

5. <u>Das Selbstverständnis der Gruppe</u>	
<u>Arbeiterpolitik 1948/49</u>	139 - 163
5.1. Der programmatische Artikel vom Ende	
1948 "Warum 'Arbeiterpolitik'?"	139 - 147
5.2. Die Einschätzung der Lage in der	
deutschen Arbeiterbewegung	147 - 154
5.3. Die Argumentation gegenüber KPD-Mit-	
gliedern in der Broschüre "Offene Worte	
an Kommunisten" vom Oktober 1949	154 - 161
5.4. Zusammenfassung	161 - 163
6. <u>Die Entwicklung der Gruppe Arbeiterpolitik</u>	
<u>und ihrer Zeitschrift 1948 bis 1952</u>	164 - 271
6.1. Die Tradition des Namens "Arbeiterpolitik"	164 - 167
6.2. Die Zeitschrift "Arbeiterpolitik" und	
die weiteren Publikationen der Gruppe	
Arbeiterpolitik	168 - 176
6.2.1. Die "Arbeiterpolitik"	168 - 170
6.2.2. Die Beilagen der "Arbeiterpolitik"	170 - 171
6.2.3. 2 Beispiele für Ausgaben der	
"Arbeiterpolitik"	171 - 175
6.2.4. Weitere Publikationen der Gruppe	
Arbeiterpolitik	176
6.3. Die Organisation, der Umfang und die	
Außenwirkung der Gruppe Arbeiterpolitik .	176 - 188
6.4. Die örtlichen Gruppen der GAP	188 - 271
6.4.1. Einleitung	188 - 189
6.4.2. Berlin	189 - 193
6.4.3. Bremen	194 - 202
6.4.4. Frankfurt und Offenbach	202 - 206
6.4.5. Hamburg	206 - 217
6.4.6. Mannheim	217 - 219
6.4.7. Nürnberg	219 - 223
6.4.8. Salzgitter	223 - 251
6.4.9. Solingen	251 - 255
6.4.10. Stuttgart	255 - 266
6.4.11. Exkurs: Die GAP in der Ostzone	267 - 271

7. <u>Die grundlegenden politischen</u>	
<u>Positionen der GAP 1952</u>	272 - 317
7.1. Einleitung	272 - 278
Exkurs: Die Haltung der GAP zur UAPD	273 - 277
7.2. Die Einschätzung der politischen Lage	
Westdeutschlands, der Lage der Arbeiter-	
bewegung und der Aufgaben der Gruppe	
Arbeiterpolitik 1952	278 - 295
7.3. Die Einschätzung der Sowjetunion	296 - 317
8. <u>Skizze der Entwicklung der Gruppe</u>	
<u>Arbeiterpolitik seit 1952</u>	318 - 348
Nachschrift	349
<u>Anhang: Kurzbiographien</u>	350 - 416
(Becker, Ludwig; Becker, Richard; Bergmann, Otto; Bolze, Waldemar; Brandler, Heinrich; Breckenmacher, Hans; Burkhardt, Otto; Cavier, Theodor; Deisen, Willy; Ehlers, Adolf; Elf- lein, Paul; Engert, Otto; Galm, Heinrich; Grönsfelder, Karl; Hanke, Rudolf; Heitepriem, Otto; Janus, Richard; Kienhorn, Walter; Kirchner, Kuno; Knepper, Fritz; Kunz, Hans; Lambrich, Fritz; Meyer, Robert; Mößner, Gustav; Müller, Otto; Ochs, Eugen; Pless, Philipp; Rahm, Willi; Schmidt, Alfred; Schöttle-Thalheimer, Bertha; Scholz, Heinz; Schwab, Wilhelm; Sewald, Erich; Siewert, Robert; Söchtig, Erich; Thalheimer, August; Weber, Michael; Weber, Wilhelm; Wegener, Heinrich; Wegener, Willi; Werner, Gerhard; Wiesener, Rudolf.)	
Quellen- und Literaturverzeichnis	417 - 426

Einleitung

I. Die BRD 1977 ist ein Land mit weit entwickeltem Kapitalismus und einer Arbeiterbewegung, die weit davon entfernt ist, als Totengräber der bürgerlichen Gesellschaft aufzutreten. Zwar gibt es einen zahlenmäßig eindrucksvollen Gewerkschaftsbund, aber keine dezidiert politische Arbeiterorganisation, die sich auch nur auf Ansätze einer revolutionären Strömung innerhalb der Arbeiterklasse stützen kann.

Diese Verfassung der Arbeiterbewegung wird deutlich in der Hilflosigkeit, mit der sie der schleichenden Verschlechterung der eigenen Lebenslage, wie sie sich seit dem Ende des 6. Zyklus der Nachkriegszeit vollzieht, gegenübersteht. Die Unklarheit in der Arbeiterklasse findet ihren Ausdruck in den Positionen der Repräsentanten der Gewerkschaften, die die den Arbeitern abträgliche Entwicklung zwar beklagen, ohne aber mehr an Perspektive anbieten zu können als Hilferufe an den Staat und die Klage darüber, daß dieser die Probleme nicht löst.

Für diejenigen, die sich außerhalb der Arbeiterklasse vor allem im Zuge der Studentenbewegung dem eigenen Verständnis nach zu der Einsicht vorgearbeitet haben, daß eine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse nur das Werk der Arbeiterbewegung sein kann, besteht das Problem, wie man den Willen, zur Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft beizutragen, in die Tat umsetzen kann. Um der Lösung dieses Problems näher zu kommen, ist es unabdingbar, sich zunächst von der idealistischen Vorstellung zu lösen, der Zustand der westdeutschen Arbeiterbewegung sei das Ergebnis des Verrats dieser oder jener Personen oder Organisationen. An die Stelle einer solchen konspirativen Erklärung gesellschaftlicher Verhältnisse ist die Aufgabe zu setzen, diese Verhältnisse aus den materiellen Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft in der BRD und damit letztendlich auch den Stand der Arbeiterbewegung zu erklären, eine Aufgabe, die verbal unter Marxisten kaum bestritten wird (1).

Mit der Einlösung dieses Programmes ist es nicht nur möglich, das Bewußtsein innerhalb der Arbeiterklasse zu entschlüsseln,

sondern zugleich die verdeckten Formen des Klassenkampfes zu erfassen und dessen Entwicklungstendenzen zu erkennen. Diese im Sinne des wissenschaftlichen Sozialismus wissenschaftliche Analyse ändert selbstredend nichts an den Verhältnissen, aber sie macht es möglich, sich auf die tatsächliche Arbeiterbewegung in der BRD zu beziehen und ihre praktischen Schritte zu unterstützen (2), was etwas anders ist, als sich Rezepte auszudenken und darum mehr oder weniger umfängliche Sekten zu sammeln, die die realen Ansatzpunkte der Arbeiterbewegung ignorieren und ihre Zeit damit vertun, eine Bewegung gemäß den eigenen Vorstellungen schaffen zu wollen.

Die Ansätze politischer Arbeiterorganisationen in der BRD sind nicht daran zu messen, ob sie ein ausformuliertes Programm haben oder etwa über eine adäquate „Kapital“-Rezeption verfügen, sondern daran, wie sie sich zu der tatsächlichen Bewegung innerhalb der Arbeiterklasse verhalten, d.h. eine nicht-sektiererische Taktik verfolgen.

Diese Frage ist deshalb zu stellen und beantwortet sich nicht von selbst, weil diese Organisationen zur Zeit nicht die Vorhut einer Klassenströmung sind, sondern die Zusammenfassung solcher Arbeiter, die trotz „Wirtschaftswunder“ am Ziel der Emanzipation der Arbeiterklasse festgehalten haben und somit gewissermaßen ihr Klassenbewußtsein aus vergangenen Phasen der Auseinandersetzung von Lohnarbeit und Kapital gerettet haben, und solcher Arbeiter sind, die letztlich als Einzelne in der Verarbeitung der unterschiedlichsten Konflikte zu grundlegenden Einsichten in die gesellschaftlichen Zusammenhänge vorgestoßen sind. Diese Organisationen verfügen über spezielle theoretisch-politische Traditionen, die sich zum einen nach ihren Entstehungszusammenhängen unterscheiden, zum anderen aber - vor allem - darin, inwieweit die jeweilige Tradition den Zugang zu den tatsächlichen Problemen der Arbeiterbewegung in der BRD von heute erleichtert oder verstellt, ein Problem, was in vielfältigen Diskussionen über die „richtige“ oder „falsche“ Anwendung historischer Erfahrungen der Arbeiterbewegung zum Ausdruck kommt.

Bei der in der vorliegenden Arbeit (3) behandelten Gruppe Ar-

beiterpolitik handelt es sich um eine solche politische Arbeiterorganisation.

Die Gruppe verfügt über eine eigene Zeitschrift, die „Arbeiterpolitik“, in der sie ihre Auffassungen jeweils anhand aktueller politischer Probleme darlegt. Deshalb wird hier nicht versucht, die gegenwärtige Position der Gruppe darzulegen, sondern es wird darauf verwiesen, sich anhand dieser Zeitschrift selbst zu informieren (4).

In der hier vorliegenden Arbeit wird versucht, einen Ausschnitt aus der Geschichte dieser Gruppe darzustellen, eine Geschichte, die insgesamt einen Teil der Entwicklung der kommunistischen Bewegung in Deutschland umfaßt. Die hier vorliegende Darstellung der Geschichte der Gruppe Arbeiterpolitik in den Jahren 1945-1952 ist allerdings weit davon entfernt, eine im Sinne des wissenschaftlichen Sozialismus historisch-materialistische Geschichtsschreibung zu sein (5); weiterhin kann diese Arbeit nicht das sein, was man als politische Aufarbeitung der Entwicklung der Gruppe Arbeiterpolitik beschreiben könnte, denn diese Aufarbeitung kann nur von der Gruppe selbst geleistet werden.

Diese Arbeit ist demgegenüber lediglich der Versuch, die zum behandelten Zeitraum vorliegenden Einschätzungen der Gruppe in systematische Form zusammenzufassen und darzustellen; insofern kann diese Arbeit eine Hilfe sein, um die politisch-theoretische Tradition der Gruppe Arbeiterpolitik ein Stück weit zu rezipieren und insoweit die Auseinandersetzung mit den gegenwärtigen politischen Positionen der Gruppe vorzubereiten.

Es muß noch einmal ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß die vorliegende Arbeit - von ihrer Anlage als immanente Darstellung der Auffassungen der damaligen Gruppe Arbeiterpolitik her - nichts darüber aussagen kann, ob diese Auffassungen jeweils von einer im Sinne des wissenschaftlichen Sozialismus wissenschaftlichen Einsicht geprägt waren und ob die vorgeschlagene politische Linie die angemessene Konkretisierung der allgemeinen Aufgaben einer kommunistischen Organisation war. Eine solche Beurteilung der damaligen Arbeit der Gruppe Arbeiterpolitik könnte nur dann vorgenommen werden, wenn von Beurteilenden

selbst eine im strikten Sinne wissenschaftliche Analyse der damals vorfindlichen Bedingungen vorgenommen werden kann, von der aus kommunistische Politik erst bestimmbar wäre. Ob ein solches Unternehmen überhaupt durchgeführt werden kann, soll hier unter Hinweis auf die Schwierigkeiten, die bereits bei der Analyse der gegenwärtigen Situation bestehen, offenbleiben; es kann aber festgehalten werden, daß die für eine solche Analyse der Verhältnisse in Westdeutschland in den Jahren vor 1952 notwendige Arbeit politisch richtiger verausgabt wäre, würde sie zur näheren Durchdringung der gegenwärtigen Verhältnisse genutzt.

II. Im folgenden Abschnitt wird die theoretische Begründung für die Anlage dieser Arbeit verdeutlicht.

Die Aufgabenstellung dieser Arbeit, nämlich die organisatorische Entwicklung und die grundlegenden politischen Auffassungen der Gruppe Arbeiterpolitik (im folgenden auch als GAP abgekürzt) für die Zeit von 1945 bis 1952 darzustellen, wirft ein Problem auf, welches mit der Untersuchung und Darstellung jedes Teilstückes der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft (6) verbunden ist: Wenn es richtig ist, daß die verschiedenen Seiten der bürgerlichen Gesellschaft - die Arbeiterbewegung und der Repressionsapparat, die Literatur und die Fußballbundesliga - nur Teile des Ganzen, der bürgerlichen Gesellschaft, sind und beim kontemporären Werden der bürgerlichen Gesellschaft durch - noch beizubringende - Zwischenschritte aus dem spezifisch bürgerlichen System der Gesellschaftlichkeit der Arbeit hervorwachsen, so ist der Darstellung jedes Teiles der Weg vom Ganzen her selbst vorgegeben. In die gedankliche Reproduktion eines bestimmten Lebensabschnittes einer bestimmten bürgerlichen Gesellschaft, des konkreten Stücks Zeitgeschichte, ist die Darstellung der oben angesprochenen Seiten dieser bürgerlichen Gesellschaft eingeschlossen. Selbst bestimmte Seiten, wie beispielsweise die politische Form des Gemeinwesens, die noch als allgemeine Seiten der bürgerlichen Gesellschaft in ihre allgemeine Theorie eingeschlossen sind, können nur als Teil, nicht jedoch als aparte Theorie, z.B. als „Staatstheorie“ reproduziert werden (7). Wenn es somit nicht möglich ist, auf der Ebene der allgemeinen Theorie bestimmte Teilbereiche gesondert gedanklich zu reproduzieren, so gilt das umso mehr für einen Ausschnitt

aus dem konkreten Stück Zeitgeschichte, in dem die in der allgemeinen Theorie enthaltenen Bestimmungen nur in besonderer oder einzelner Form enthalten sind.

„Die logische Voraussetzung für die Untersuchung eines konkreten Stücks Zeitgeschichte ist die allgemeine Theorie der bürgerlichen Gesellschaft; diese Theorie ist nichts der Kenntnis der bürgerlichen Gesellschaft Vorausgesetztes, sondern selbst Resultat der Erkenntnis dieser Gesellschaft. Sie könnte durch die Analyse jeder besonderen bürgerlichen Gesellschaft erneut gewonnen werden.“ (8) Wenn diese im wissenschaftlichen Sozialismus formulierte allgemeine Theorie der bürgerlichen Gesellschaft aufgenommen und zur Voraussetzung der Analyse eines konkreten Stücks Zeitgeschichte gemacht wird, so erweist sich die scheinbare Bestimmung des Ganges der Untersuchung einer je bestimmten bürgerlichen Gesellschaft durch den wissenschaftlichen Sozialismus als tatsächliche Bestimmung durch die bürgerliche Gesellschaft selbst, die nur durch ihre gedankliche Reproduktion, durch den wissenschaftlichen Sozialismus, vermittelt ist. Wenn man den Fehler vermeiden will, die Untersuchung einer bestimmten bürgerlichen Gesellschaft dadurch zu verfehlen, daß die Untersuchung dieses Gegenstandes durch ein Vergleichen mit äußerlichen Maßstäben „ersetzt“ wird, dann ist es ein notwendiger Schritt, sich die bisher nachgedachten Zusammenhänge der bürgerlichen Gesellschaft anzueignen.

Die von Marx im „Kapital“ weitgehend (9) dargestellte allgemeine Theorie der bürgerlichen Gesellschaft liefert die Dechiffrierung der erscheinenden Bewegung, wie sie sich an der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft geltend macht, doch muß „die reine Darstellung der kapitalistischen Produktionsweise ... notwendig zum Abschluß kommen, wenn ihre erscheinende Bewegung, d.h. alle Formen, in denen sich ihre substantiellen Verhältnisse notwendig ausdrücken und die Bewegung dieser Formen abgeleitet ist. Ist dergestalt der Konstitutionsprozeß der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft begriffen, so kann nun die empirische Bewegung der Produktion unter bürgerlichen Verhältnissen in der Bewegung ihrer Oberfläche nachverfolgt werden.“ (10) In diesem

Sinne wird beim „Übergang von der allgemeinen zur empirischen Untersuchung der bürgerlichen Gesellschaft quasi ein Umschlag von Theorie in Methode“ (11) notwendig. In der allgemeinen Theorie ist zugleich die Erfassung der politischen Form des Gemeinwesens, des bürgerlichen Staates, und des Zusammenhangs enthalten, der bewirkt, daß das gewöhnliche Bewußtsein der Produktionsagenten den Formen der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft aufsitzt. Nachdem auf diesem - sich aus der Struktur der bürgerlichen Gesellschaft selbst ergebenden - Weg die tatsächliche Bewegung der je bestimmten bürgerlichen Gesellschaft erfaßt ist, können nun die verschiedenen ideellen Reflexe dieser tatsächlichen Bewegung gedanklich reproduziert werden, wozu es u.a. notwendig wäre, lebensgeschichtlich tradierte Denkformen, die die gedankliche Erfassung des gesellschaftlichen Prozesses beeinflussen, in die gedankliche Reproduktion mit einzubeziehen. Die hier skizzierte Position stützt sich auf die „Kapital“-Rezeption, wie sie bisher in literarischer Form von den Mitgliedern des „Projekt Klassenanalyse“ vorgelegt worden ist. Der Beweis der Objektivität dieser Interpretation des wissenschaftlichen Sozialismus und damit der bürgerlichen Gesellschaft kann nicht Gegenstand dieser Arbeit sein. Auch wenn somit die hier skizzierte Interpretation auf den Status der unbewiesenen Behauptung zurückzusinken scheint und sich vielfach als Offenlegung des „Standpunktes“ des Verfassers darstellen mag, so bildet sie doch den gedanklichen Ausgangspunkt für die Konzeption dieser Arbeit.

Daß dieser Arbeit nämlich nicht „die einzig materialistische und daher wissenschaftliche Methode“, also die, „aus den jedesmaligen wirklichen Lebensverhältnissen ihre verhimmelten Formen zu entwickeln“ (12), zugrunde liegt, ist nicht nur dem Wissensstand des Verfassers dieser Arbeit geschuldet, sondern auch dem Stand der Diskussion darüber, wie die Analyse eines konkreten Stücks Zeitgeschichte und der darin eingeschlossenen Denkformen durchzuführen sei. Sieht man von Positionen ab, die die Bedeutung der allgemeinen Theorie der bürgerlichen Gesellschaft für ein solches Unterfangen offen oder implizit bestreiten, so zeigt es sich, daß selbst unter denjenigen, die die „Kapital“-Re-

zeption für den e r s t e n Schritt bei der Lösung der genannten Aufgabe ansehen, noch umfängliche Kontroversen auszutragen sind, die sowohl die Interpretation grundlegender Passagen des „Kapitals“ betreffen als auch den Umfang und den Inhalt der allgemeinen Theorie, soweit sie über die von Marx im „Kapital“ ausgeführten Teile hinausgeht; es sei nur an die Diskussion um die Ableitung der politischen Form des bürgerlichen Gemeinwesens, des Staates, erinnert (13) oder an die Diskussionen um die Ableitung und spätere gedankliche Reproduktion der Denkformen. Die Versuche, zur Analyse eines konkreten Stücks Zeitgeschichte überzugehen, sind noch in den Anfängen begriffen und erfassen zunächst nur einige Seiten des Gegenstandes (14). Analysen, wie sie bisher vom Projekt Klassenanalyse vorgelegt worden sind, können und wollen noch nicht die Basis abgeben, von der aus so detaillierte Untersuchungen, wie sie das Thema dieser Arbeit anzustreben scheint, durchgeführt werden könnten - selbst wenn die oben angesprochenen Fragen im Bereich der allgemeinen Theorie gelöst wären.

Ist es also aus den genannten Gründen nicht möglich, die politischen Auffassungen der Gruppe Arbeiterpolitik aus den damals vorfindlichen materiellen Bedingungen mit allen daraus erwachsenden vermittelten Formen gedanklich zu reproduzieren, und ist es deshalb auch nicht möglich, die organisatorische Entwicklung der Gruppe als Versuch, mit den erreichten politischen Auffassungen auf den gesellschaftlichen Prozeß einzuwirken, darzustellen, so sind bereits den Intentionen dieser Arbeit enge Grenzen gesetzt. Gegenstand dieser Arbeit sind die gedanklichen Ausdrücke der GAP, und zwar Gedanken über die politische Situation 1945 bis 1952 und die eigene organisatorische Entwicklung; Gegenstand ist also n i c h t, wie diese gedanklichen Ausdrücke aus den gesellschaftlichen Verhältnissen erwachsen sind. Wenn es also in dieser Arbeit beispielsweise heißt, daß die Bourgeoisie in der BRD aus eigener Kraft unfähig war, ihre Klassenherrschaft zu wahren (15), so bezieht sich die Objektivität dieser Aussage darauf - und nur darauf -, daß die GAP diese Auffassung vertrat, nicht, daß das inhaltlich so war. Die vorliegende Arbeit ist also eine Zusammenfas-

sung von Auffassungen der GAP und der Versuch einer immanenten Interpretation dieser Auffassungen. Dazu war es notwendig, erstens streckenweise ausführlich zu zitieren und zweitens in den zusammenfassenden Teilen der Arbeit die von der GAP verwandte Begrifflichkeit zu übernehmen - auch da, wo der Verfasser diese Begrifflichkeit für problematisch hält.

Eine weitere - allerdings mehr quantitative - Beschränkung dieser Arbeit liegt darin, daß, mit Ausnahme des Teils 6.4.11. die Auffassungen der GAP über die innere Entwicklung in der Ostzone bzw. der DDR nicht dargestellt werden. Diese Einschränkung hat zwei Gründe: 1. Die Tatsache der unterschiedlichen Gesellschafts-
1. Die Tatsache der unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen der UdSSR einerseits und der drei westlichen Besatzungsmächten andererseits setzte sich so grundlegend gegen die Formulierungen des Potsdamer Abkommens über „Deutschland als Einheit“ durch, daß sich die einer kommunistischen Politik zugrundeliegenden materiellen, gesellschaftlichen und politischen Bedingungen soweit auseinanderbewegten, daß eine einheitliche Politik der späteren GAP für DDR und BRD immer weniger möglich war bzw. die Einheitlichkeit nur noch auf immer höherer Abstraktionsebene bestehen konnte. Der je spezifischen Politik der Gruppe in den beiden Besatzungsgebieten entsprach eine spezifisch organisatorische Entwicklung, die eine der Ausdrucksformen der jeweiligen politischen Arbeit war. Somit gab es zwei organisatorische Entwicklungen der GAP: die unter den Bedingungen einer sozialistischen Besatzungsmacht und die unter der Voraussetzung kapitalistischer Okkupationsstaaten. Aus dieser Verfaßtheit des Gegenstandes ergibt sich die Möglichkeit, ohne ohne intellektuelle Gewaltanwendung nur einen Teil der organisatorischen Entwicklung der GAP darzustellen.

2. Daß nicht beide Teile dieser Entwicklung dargestellt werden, ergibt sich außerdem aus der - zugegebenermaßen dem Gegenstand äußerlichen - Absicht, den Umfang dieser Arbeit möglichst einzuschränken. Welcher Teil nun für die Darstellung ausgewählt wurde, ergibt sich aus der Materiallage, die für die Westzonen erheblich günstiger ist als für die Ostzone bzw. für die BRD günstiger ist als für die DDR.

Weil der Anspruch dieser Arbeit darin besteht, die Argumentation der GAP zusammenfassend darzustellen, ist mit dem Anspruch zugleich die Frage aufgeworfen, welche Bedeutung die theoretische und daraus abgeleitete politische Position des Verfassers bei dieser Darstellung gewinnt, denn die Darstellung einer Position ist zugleich ihre Interpretation, und es fragt sich, woher die Gesichtspunkte dieser Interpretation stammen. Aus dem oben genannten theoretischen Zusammenhang, aus dem heraus der Anspruch dieser Arbeit formuliert worden ist, wird die grundlegende theoretische Position des Verfassers deutlich. Scheinbar hätte es sich angeboten, diese Position des Verfassers in einer Kritik der Auffassungen der GAP zu verdeutlichen, aber nur scheinbar, denn der Versuch einer Kritik hätte die oben genannten Probleme nur reproduziert: die Kritik kann sich nur darauf richten, daß die Auffassungen der GAP den realen Gegebenheiten nicht entsprach - eine Kritik, die Kenntnis dieser Gegebenheiten voraussetzt. Was möglich gewesen wäre - nämlich die Meinung des Verfassers gegen die der GAP zu stellen -, würde nicht weiterhelfen, weil mit einem solchen Verfahren keine Erkenntnisse gewonnen werden können; weder das konkrete Stück Zeitgeschichte noch die Auffassungen der GAP würden damit erfaßt. (16) Aus diesem Grunde ist mit dem Anspruch der Arbeit zugleich die Forderung ausgesprochen, die Darstellung der GAP nach der Selbstinterpretation der Gruppe vorzunehmen. Allerdings kann mit dieser Forderung nicht verhindert werden, daß sich der Gegenstand der Arbeit verschiebt. Wenn es oben hieß: „Gegenstand dieser Arbeit sind die gedanklichen Ausdrücke der GAP“, so muß es jetzt richtiger heißen, daß der Gegenstand dieser Arbeit die Gedanken des Verfassers über die gedanklichen Ausdrücke der GAP sind - wenn auch versucht wird, durch Nach-Denken der GAP-Positionen die Differenz zwischen den Gedanken des Verfassers und dem ursprünglichen Gegenstand zu minimieren. Dieses theoretische Dilemma kann nicht durch Proklamation eines Standpunktes überwunden werden, die im Grunde den Mangel zum Prinzip erhebt; die einzige Möglichkeit, den Mangel zu überwinden, liegt darin, die oben genannte Schrittfolge zu gehen. Ist dies z.Zt. nicht möglich, so sind die Mängel zu benennen, nicht zu verschleiern. Die

vom Verfasser gewählte Hilfskonstruktion, die Interpretation nach den Auffassungen der damaligen GAP vorzunehmen, ist zwar plausibel, aber keine Lösung des oben benannten Problems. Bei diesem Vorgehen würde, wenn es Differenzen zwischen den Auffassungen gibt, die heute die Angehörigen der GAP bis 1952 vertreten, diejenige Position zugrundegelegt, die von der heutigen GAP vertreten wird.

Welche Bedeutung kann eine Arbeit noch haben, die mit dem - in sich selbst noch problematischen - Anspruch einer immanenten Interpretation antritt? Nach Auffassung des Verfassers liegt sie im folgenden:

1. Durch die Zusammenfassung der Auffassungen der GAP wird es erleichtert, sich mit ihnen bekannt zu machen.
2. Die Zeitschrift „Arbeiterpolitik“ hat einen erheblichen Quellenwert für die Untersuchung der Arbeiterbewegung nach 1945, den zu nutzen die Arbeit beitragen kann, indem sie die Position der Gruppe, die diese Zeitschrift herausgab, zusammenfaßt. (17)
3. Bei der Vorbereitung dieser Arbeit wurde Material erstellt, das vorher nur in Form von persönlichen Erinnerungen der Beteiligten vorhanden war, und zwar von Beteiligten, die nach Maßstäben der umfänglichen Organisation der deutschen Arbeiterbewegung „unten an der Basis“ aktiv waren. Dieser eng umgrenzte Anspruch an das, was in dieser Arbeit geleistet werden kann, ergibt sich zwar schließlich aus theoretischen Überlegungen, doch wenn es auch nicht so war, daß die höher hängenden Trauben - sprich höhere Ansprüche - dem Verfasser zu sauer waren, so läßt sich doch retrospektiv feststellen, daß die Ansprüche vom ersten Konzept für diese Arbeit bis hin zur Formulierung schrittweise reduziert werden mußten, nicht zuletzt der Einsicht folgend, daß einem - subjektiv dafür angesehenen - richtigen Ansatz kaum mehr schaden kann als eine mangelhafte Ausführung. Resultat dieser Arbeit ist aber nicht nur die Reduzierung des Anspruches, sondern auch die Erfahrung, daß Versuche, ein Stück Geschichte der Arbeiterbewegung entlang einer politischen Gruppe und nicht anhand eines Ortes oder Ereignisses zu beschreiben, beim aktuellen Stand der Arbeiten auf diesem Gebiet ein sehr aufwendiges und wenig

effektives Verfahren bedeuten. Diese Erfahrung drückt sich in der Arbeit so aus, daß sehr konkrete Passagen nur sehr äußerlich mit abstrakten Äußerungen verbunden werden konnten, wobei immer die Gefahr bestand, in Einzelheiten zu schwelgen, die - einmal gefunden - auch mitgeteilt werden sollten; ein Ausdruck davon ist auch die Länge der Arbeit, obwohl - immer noch - auf viele Details, die für andere, die auf diesem Gebiet arbeiten, von Bedeutung sein könnten, verzichtet worden ist.

III. Das dieser Arbeit gestellte Thema ist bisher in der Literatur kaum behandelt worden. Einen kurzen Überblick über die Gruppe Arbeiterpolitik bis 1964 gibt K.H. Tjaden (18), der die GAP als „Ausläufer der kommunistischen ‚Rechts‘-Opposition nach 1945“ (19) behandelt, nachdem er vorher die KPO untersucht hatte. Aufgrund dieses Ansatzes beschränkt sich Tjaden auf einige Hinweise auf die theoretische Position der GAP und vor allem Thalheimers. Eine zweite Darstellung findet sich bei Wieland Eschenhagen (20), der auf die GAP eingeht, weil sie für den eigentlichen Gegenstand seiner Arbeit, die Auseinandersetzungen auf der Klöckner-Hütte Bremen, eine Rolle spielt; Eschenhagens Interesse besteht darin, die theoretische Position der GAP in dieser Zeit darzustellen, während die Entwicklung der Gruppe nur sehr summarisch behandelt wird (21).

Auch die dritte Darstellung der GAP verdankt ihre Entstehung dem Umstande, daß die Gruppe an den Ereignissen, denen das Interesse der jeweiligen Arbeit gilt, teilgenommen hat. So behandelt Gundula Müller (22) die Gruppe Arbeiterpolitik (23) im Zusammenhang mit der Entwicklung der Arbeiterbewegung in Salzgitter.

Außer in diesen drei Arbeiten findet die GAP - abgesehen von Fichter (24) - nur noch Erwähnung, wenn neuere Abschnitte der Entwicklung der BRD behandelt werden.

Größeres Interesse als die Entwicklung der GAP selbst haben bisher die Arbeiten Thalheimers über die Situation nach dem 2. Weltkrieg gefunden. Die erste Auseinandersetzung mit Thalheimer findet sich 1947 in der „Einheit“, dem theoretischen Organ der

SED (25), wo diese Arbeiten unter der Überschrift „Über marxistische Abweichungen in älterer und jüngster Zeit“ behandelt werden; Werner Krauss verteidigt dabei die Politik der SED gegen die Kritik Thalheimers. Krauss meint, daß durch Thalheimer „die Flüsterparolen des Nationalismus aus den Reihen des Marxismus unterstützt werden ... Solche Parolen kann auch kein Wehrwolf mehr überrunden“ (26). Der Artikel von Krauss steht in einer Reihe von anderen Verlautbarungen von KPD/SED, denen es vornehmlich um die Diffamierung Thalheimers und der GAP geht. Die Machart dieser Art von Auseinandersetzung soll nur an einer Stelle verdeutlicht werden. Krauss schreibt: „Thalheimer hatte schon 1933 die These aufgestellt: ‚Der Faschismus ist das letzte Wort des bürgerlichen Staats, seine schließliche und prostituierteste Form‘, und in seiner neueren Kundgebung wird daraus die Konsequenz gezogen, daß der Faschismus den Endpunkt der monopolistischen Entwicklung darstelle“ (27). Thalheimer hatte sich nun bereits 1928 in einer Denkschrift an die Programmdiskussion der KI mit der Interpretation dessen befaßt, was Marx die „schließliche Form“ der Staatsmacht (28) genannt hatte, und war zu dem Ergebnis gekommen, daß damit keine zeitliche Abfolge gemeint war (29).

Eine wohlwollende Erwähnung finden Thalheimers Analysen bei Wolfgang Abendroth in seiner Arbeit „Bilanz der sozialistischen Idee in der Bundesrepublik Deutschland“ aus dem Jahre 1962 (30); wenn auch Abendroth auf die Arbeiten Thalheimers, den er „einer der besten Köpfe des alten deutschen Marxismus“ (31) nennt, mehr hinweist als sie darstellt, so hat das sicher dazu beigetragen, daß diese Analysen in der Diskussion an den Hochschulen wieder Beachtung fanden. Einen ersten Niederschlag fand diese Anregung in der erwähnten Arbeit Tjadens. Anfang der siebziger Jahre wurden die Arbeiten Thalheimers erneut angegriffen, so implizit bei Schmidt/Fichter (32) und explizit bei Huster u.a. (33), wobei sich allerdings die Frage erhebt, inwieweit die Art der Argumentation in diesen beiden Arbeiten bei Lesern, die Thalheimers Schriften selbst nicht kennen, nicht negativ auf die dort herangezogenen Auffassungen Thalheimers zurückfällt. (34)

IV. Bei der in dieser Arbeit verwandten Literatur und benutzten Quellen lassen sich zwei Gruppen unterscheiden: Zum einen Arbeiten und Äußerungen von denjenigen, die zwischen 1945 und 1952 der GAP angehörten, zum anderen solche Arbeiten und Äußerungen, die nicht von GAP-Angehörigen stammen.

Daß das zuletzt genannte Material verwendet wird, ist unzweifelhaft eine Verletzung des oben umrissenen Anspruchs und des Gegenstandes der Arbeit. Sie erscheint dem Verfasser dennoch vertretbar, weil dieses Material Informationen einbringt, die den Angehörigen der GAP bekannt, dem Leser der Arbeit aber vielleicht unbekannt sind. Wenn zum Beispiel Thalheimers Analyse des Potsdamer Abkommens referiert wird, so dient es der Verdeutlichung, wenn die entsprechenden Passagen dieses Abkommens zitiert werden; damit ist nicht beabsichtigt - und das sei hier nochmals betont -, Aussagen über die Objektivität der Untersuchungen Thalheimers zu machen. Entsprechend dieses Stellenwertes der zusätzlichen Literatur ist sie dort in der Arbeit anzutreffen, wo sie auf konkrete Entwicklungen eingeht, z.B. bei der Darstellung der GAP in Salzgitter. Zu dieser zusätzlichen Literatur gehören u.a. die Arbeiten von Gundula Müller und K.H. Tjaden, aber auch einige Interviews, so die mit W. Wegener und M. Weber, die beide nicht der GAP angehörten.

In der zweiten Gruppe der benutzten Quellen und der verwandten Literatur lassen sich drei Untergruppen erkennen. Die erste umfaßt einige Arbeiten Thalheimers und der KPO, die vor dem in dieser Arbeit erfaßten Zeitraum entstanden sind und in denen theoretische Positionen der KPO behandelt werden, die - ohne im einzelnen in den Publikationen der Gruppe Arbeiterpolitik zusammenhängend dargestellt zu sein - zu den Grundlagen dieser Gruppe zählen. Die zweite Untergruppe umfaßt die zeitgenössischen Arbeiten der GAP, die dritte, wird von den Arbeiten und Stellungnahmen gebildet, in denen sich Mitglieder der damaligen GAP zurückblickend zur Entwicklung der Gruppe äußern.

Zur zweiten Untergruppe gehören vor allem die Ausgaben der „Arbeiterpolitik“ (35) und die ihrer Beilagen (36), dazu kommen einige Arbeiten Thalheimers und Bolzes. Die mit der Verwendung dieser

Quellen verbundenen Probleme liegen darin, daß sie heute, rund 25 Jahre nach ihrer Entstehung, ihre ursprüngliche historische Umgebung verloren haben, die deshalb bei ihrer Interpretation stets mitgedacht werden muß. Weiterhin ist zu berücksichtigen, daß die Zielgruppe der „Arbeiterpolitik“ und der verschiedenen Broschüren zum großen Teil aus Funktionären der Arbeiterbewegung bestand, und dabei speziell ihres kommunistischen Teils, so daß das, was für die damaligen Leser der Zeitschrift theoretisch-politisch selbstverständlich war, bei der Interpretation heute zu beachten ist. Auch aus diesem Grunde wird in dieser Arbeit auf die theoretische Position der KPO zurückgegriffen, die für die politische Auffassung vieler Leser der „Arbeiterpolitik“ bestimmend gewesen ist.

Der dritte Teil der Quellen umfaßt einerseits die Ausgaben der „Arbeiterpolitik“ von 1953 bis 1959 und die ihrer Nachfolgeorgane, also der „Arbeiterpolitik-Informationsbriefe der Gruppe Arbeiterpolitik“ (37) und der „Arbeiterstimme“ (38), andererseits die Mehrzahl der Interviews und schriftlichen Mitteilungen. Dazu kommen noch andere Unterlagen, so das Vorwort der GAP zu „Der Faschismus in Deutschland“, die sich explizit mit der bisherigen Entwicklung der Gruppe befassen. Das Problem dieser Quellen besteht darin, daß sie strenggenommen nicht zum Gegenstand dieser Arbeit zählen, sondern selbst schon Aussagen über den Gegenstand sind. In der Einschätzung der damaligen GAP gehen die Erfahrungen ein, die die Einschätzenden selbst gesammelt haben. Da die Erfahrungen und ihre Interpretation bereits 1959 (39) so unterschiedlich waren, daß sie zur Spaltung der Gruppe führten, ist es nicht erstaunlich, daß sich diese Unterschiede bis heute fortgesetzt haben. Allerdings beginnen die voneinander abweichenden Darstellungen erst nach 1952.

Die Interviews zu dieser Arbeit umfassen rund 250 Seiten, von denen nur ein Bruchteil in die Arbeit eingeht, und zwar vor allem an den Stellen, wo die zeitgenössischen Quellen lückenhaft waren, was besonders hinsichtlich der organisatorischen Entwicklung der Gruppe der Fall war (40). Wenn die Interviews vielfach zum Beleg mehr technischer Fragen herangezogen werden, so hat

das nicht seine Ursache in den Interviews selbst, die sehr ausführliche Darstellungen und Einschätzungen der inhaltlichen Entwicklung erbrachten, sondern darin, daß in dem Falle, in dem zeitgenössische und rückblickende Aussagen vorlagen, immer die zeitgenössischen herangezogen wurden. Weil es in dieser Arbeit selbst nicht deutlich wird, soll hier explizit gesagt werden, daß alle, die vom Verfasser interviewt wurden, immer die politische Entwicklung der GAP in den Mittelpunkt ihrer Ausführungen stellten, und das, obwohl der Verfasser - aus den genannten Gründen - allzuoft nach organisatorischen Formalien und Personen fragte.

Die Interviews wurden anhand von Fragekatalogen durchgeführt und per Tonband aufgezeichnet. Die Ergiebigkeit des Interviews hing stark davon ab, wieviel der Verfasser dieser Arbeit über die zu erfragenden Dinge bereits wußte, zum einen deshalb, weil das der Präzision der Frage zugute kam, zum anderen, weil dann durch Ausführungen zu den Fragen die Erinnerung der Befragten gefördert werden konnte.

Die Auswahl der zu Interviewenden wurde weniger von inhaltlichen als vielmehr von finanziellen Gesichtspunkten aus vorgenommen. Aus diesem Grunde fehlen z.B. Interviews mit Mitgliedern der damaligen GAP aus Bremen, Berlin, Frankfurt und Nürnberg. Zur Gruppe in Stuttgart konnte nur Th. Bergmann mündlich befragt werden, obwohl die Bedeutung der örtlichen Gruppe hier mehrere Interviews nahelegt. Die meisten Interviews wurden in Salzgitter durchgeführt, was außer durch äußerliche Gründe auch durch inhaltliche zu rechtfertigen ist, da die Gruppe in Salzgitter die größte der damaligen GAP war.

Zusätzlich zu den Interviews wurden schriftliche Befragungen versucht, die sehr unterschiedliche Resultate zeitigten. Während einige der Angeschriebenen sehr prompt und ausführlich, einige sogar mehrmals, antworteten, blieben die meisten Anfragen unbeantwortet. Besonders die Tatsache, daß Rudolf Hanke auf eine Anfrage nicht antwortete, macht sich als Fehlstelle in dieser Arbeit bemerkbar. Einige Mitglieder der damaligen Gruppe Arbeiterpolitik aus Nürnberg hatten bereits eine ausführliche Antwort zugesagt, diese dann aber ohne Begründung nicht erteilt.

Zwei Interviews müssen ohne Angaben des jeweils Interviewten verwandt werden, weil diejenigen auch heute noch in den Reihen der Gruppe Arbeiterpolitik aktiv sind. Ebenso wurden auch die Namen derjenigen, für die dasselbe gilt, bis auf eine Ausnahme, in der Arbeit nicht genannt.

Auf Bitten derjenigen, die ihre Informationen nur unter dem Vorbehalt zur Verfügung gestellt hatten, daß diese nicht gegen ihren Willen verwandt werden, wurden einige Passagen aus dem Text gestrichen.

V. Der Verfasser dieser Arbeit ist all denjenigen zu Dank verpflichtet, die durch ihre Unterstützung diese Arbeit erst ermöglicht haben, sei es durch Interviews, Mitteilungen oder kritische Anregungen. Zunächst ist hier Prof. Dr. Helga Grebing zu danken, die sich - trotz nicht unerheblicher politisch-theoretischer Differenzen zu der Position des Verfassers - als wissenschaftliche Betreuerin dieser Arbeit zur Verfügung stellte, was nicht so selbstverständlich ist, wie es vielleicht klingen mag.

Sehr umfängliche Unterstützung wurde dem Verfasser durch Prof. Dr. Th. Bergmann zuteil, der sich zu mehreren Gesprächen und Interviews und zu einem Vortrag bereitfand und außerdem dem Verfasser einige ältere Publikationen der Gruppe zur Verfügung stellte; allein die Interviews mit Th. Bergmann füllen 115 Seiten. Für diese Unterstützung soll auch an dieser Stelle Dank ausgesprochen werden. Dieser Dank gilt auch für Gundula Müller, die dem Verfasser sowohl ihre Arbeit als auch einige ihrer Unterlagen zur Verfügung stellte, die in der vorliegenden Ausgabe ausgiebig benutzt wurden.

Ein besonderer Dank gilt Paul Elflein, der dem Verfasser nicht nur für mehrere Interviews zur Verfügung stand, sondern auch seine Exemplare der „Arbeiterpolitik“, die zum Teil in keiner an die Fernleihe angeschlossenen Bibliothek zu erhalten waren, zur Verfügung stellte. Außerdem gelang es dank seiner Hilfe, Verbindung zu weiteren anzuknüpfen, die im fraglichen Zeitpunkt der Gruppe angehörten. Auch den hier auf eigenen Wunsch nicht genannten Mitgliedern der Gruppe Arbeiterpolitik sei für ihre Hilfe gedankt.

Bremen, im März 1977

Klaus Peter Wittemann

Anmerkungen:

- 1) Die Aufgabe, die gegebenen Verhältnisse in der BRD zu dechiffrieren und auf dieser Basis die Taktik der Kommunisten zu präzisieren, ist vom Projekt Klassenanalyse (PKA) nicht nur deutlich formuliert worden, sondern dieser theoretisch arbeitende Zirkel ist bei der Lösung der Aufgabe bereits ein erhebliches Stück weitergekommen. Das PKA hat - ausgehend von einer umfassenden Rezeption der von Marx dargestellten allgemeinen Theorie der bürgerlichen Gesellschaft - in den „Materialien zur Klassenstruktur der BRD“ (West-Berlin 1973/74), dem „Gesamtproduktionsprozeß der BRD 1950-1975“ (West-Berlin 1976) und in verschiedenen Aufsätzen in der Zeitschrift „Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus“ (seit 1976) zentrale Beiträge zur Analyse des gegenwärtigen Stückes Zeitgeschichte vorgelegt, die deutlich machen, daß es sehr wohl möglich ist, die Taktik der Kommunisten auf wissenschaftlicher Grundlage zu formulieren.
- 2) Vgl. hierzu auch: Arbeitsgemeinschaft für wissenschaftlichen Sozialismus und sozialistische Politik: Die AG und die reale Arbeiterbewegung. In: Sozialistische Front, Organ des sozialistischen Hochschulbundes SHB/SF, 4. Jahrgang Nr. 1, Göttingen 1974, S. 14 - 22.
- 3) Die hier vorliegende Arbeit ist im Textteil mit der Examensarbeit des Verfassers identisch, die 1975 an der Universität Göttingen zum Thema „Die organisatorische Entwicklung und die grundlegenden politischen Auffassungen der Gruppe Arbeiterpolitik 1945 - 1952“ vorgelegt worden ist. 1977 wurde im wesentlichen nur der Teil I der Einleitung ergänzt.
- 4) Die Zeitschrift Arbeiterpolitik und die weiteren Publikationen der Gruppe sind entweder über die örtlichen linken Buchläden oder aber über M. Kuhlmann, Postfach 103 845, 2800 Bremen, zu beziehen.
- 5) Vgl. dazu Teil II dieser Einleitung.
- 6) Ob dieses Problem auch bei der Untersuchung nicht-bürgerlicher Gesellschaften auftritt, ist hier ohne Interesse.
- 7) Eine solche gesonderte Theorie würde einen aparten Gegenstand Staat unterstellen, der als neben dem Gegenstand bürgerliche Gesellschaft stehender vom Wissenschaftler erst „geschaffen“ werden müßte in einem Verfahren, in dem sich der Gegenstand der Wissenschaft von der bürgerlichen Gesellschaft hin zu einem Produkt des subjektiven Meinens über die bürgerliche Gesellschaft verschieben würde, so daß die aparte Staatstheorie nicht mehr einen Teil der bürgerlichen Gesellschaft nachdenken würde, sondern nur noch der gedankliche Ausdruck eines anderen Gedankens über diese Gesellschaft sein würde.
- 8) Arbeitsgemeinschaft für wissenschaftlichen Sozialismus und sozialistische Politik: Die AG und die reale Arbeiterbewegung. In: Sozialistische Front, Organ des Sozialistischen Hochschulbundes SHB/SF, 4. Jahrgang Nr. 1, Göttingen 1974, S. 20.

- 9) Eine der Fehlstellen der Marxschen Theorie ist die explizite Staatsableitung.
- 10) Projekt Klassenanalyse: Zur Taktik der proletarischen Partei. Marxsche Klassenanalyse Frankreichs von 1848 bis 1871, Westberlin 1972, S.25.
- 11) Ebenda, S. 27.
- 12) Karl Marx: Das Kapital, Band 1. In: Marx Engels Werke, Band 23, Berlin, 6. Auflage 1971, S. 393.
- 13) Vergl.: Projekt Klassenanalyse: Materialien zur Klassenstruktur der BRD. Erster Teil: Theoretische Grundlagen und Kritiken. Westberlin 1973, S. 69ff; dies.: Oberfläche und Staat. Kritik neuerer Staatsableitungen. Westberlin 1974; dies.: Thesen zum Verhältnis von bürgerlicher Gesellschaft und Staat. In: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus 1/76, Westberlin 1976, S. 81ff.
- 14) Vergl. Projekt Klassenanalyse: Materialien zur Klassenstruktur der BRD, Teil 1 und Teil 2, Westberlin 1973 und 1974.
- 15) Vergl. Teil 7.2. dieser Arbeit.
- 16) Eine Kritik gewinnt erst dann eine Bedeutung, wenn die Analyse des konkreten Stücks Zeitgeschichte vorliegt und es dann darum gehen kann, zunächst die Differenzen zwischen dieser Analyse und den Auffassungen der GAP herauszuarbeiten, um die Voraussetzung dafür zu schaffen, diese Auffassungen selbst noch abzuleiten.
- 17) Die Gruppe Arbeiterpolitik teilte auf Anfrage mit, daß sie den Nachdruck der Ausgaben der „Arbeiterpolitik“ der Jahrgänge seit 1948 erwägt.
- 18) K.H. Tjaden: Struktur und Funktion der „KPD-Opposition“ (KPO). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur „Rechts“-Opposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik. Meisenheim an der Glan 1964, Reprint Erlangen 1970. Im folgenden zitiert als: Tjaden: KPO.
- 19) Ebenda, S. 341.
- 20) Wieland Eschenhagen: Antigewerkschaftlicher Kampf oder Kampf in den Gewerkschaften? Sozialistische Betriebsarbeit und Gewerkschaftsbürokratie / Erfahrungen in Bremen. München, 2. Auflage 1972. Im folgenden zitiert als: Eschenhagen: Betriebsarbeit.
- 21) Vergl. ebenda, S. 33ff.
- 22) Gundula Müller: Die Neuanfänge der Gewerkschafts- und Betriebsratsarbeit in Salzgitter und die Politik des Betriebsrates der ehemaligen „Reichswerke AG für Erzbergbau und Eisenhütten“ und der örtlichen Gewerkschaft bei der Auseinandersetzung um die Demontage. Schriftliche Hausarbeit im Rahmen der wissenschaftlichen Prüfung für das Lehramt an Gymnasien. Göttingen 1974. Im folgenden zitiert als: Müller.
- 23) Ebenda, S. 62ff.
- 24) Tilman Fichter: Betriebspolitik der KPD nach 1945: Am Beispiel der Firma Bosch. In: Tilman Fichter / Eugen Eberle: Kampf um Bosch. Berlin 1974, S. 5 - 137, hier: S. 120. Im folgenden zitiert als: Fichter:

Bosch - Den zweiten Teil dieses Buchs nimmt ein: Eugen Eberle: Sieben Jahre offensiver Widerstand, S. 138 - 191; im folgenden zitiert als: Eberle: Bosch.

- 25) Werner Krauss: Über marxistische Abweichungen in älterer und jüngster Zeit (2. Teil). In: Einheit. Theoretische Zeitschrift der SED, 2. Jg., Heft 4, Berlin 1947, S. 356ff.
- 26) Ebenda, S. 359 und S. 363.
- 27) Ebenda, S. 360.
- 28) Vergl. Karl Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich. In: Marx Engels Werke Band 17, Berlin, 3. Auflage 1968, S. 338.
- 29) Vergl. August Thalheimer: Über den Faschismus. In: Gruppe Arbeiterpolitik (Hrsg.): Der Faschismus in Deutschland. Analysen der KPD- Opposition aus den Jahren 1928-1933. Frankfurt/M. 1973. (Im folgenden zitiert als: Faschismus in Deutschland). S. 28 - 46, hier: S. 34ff.
- 30) Vergl. Wolfgang Abendroth: Bilanz der sozialistischen Idee in der Bundesrepublik Deutschland. In: ders.: Antagonistische Gesellschaft und Politische Demokratie. Berlin und Neuwied, 2. Aufl. 1972, S. 429 - 462, hier: S. 437ff.
- 31) Ebenda, S. 437.
- 32) Vergl. Ute Schmidt/Tilman Fichter: Der erzwungene Kapitalismus. Klassenkämpfe in den Westzonen 1945 - 1948. Berlin, 2. Aufl. 1972, S. 67ff.
- 33) Vergl. Ernst-Ulrich Huster/Gerhard Kraiker/Burkhard Scherer/Friedrich Karl Schlotmann/Marianne Welteke: Determinanten der westdeutschen Restauration 1945-1949. Frankfurt 1972, S. 176ff.
- 34) Die in der Arbeit von Peter Brandt „Antifaschismus und Arbeiterbewegung, Aufbau, Ausprägung und Politik in Bremen 1945/46“, Hamburg 1976, enthaltenen Hinweise auf die frühe Entwicklung der Bremer Gruppe Arbeiterpolitik konnte nicht mehr eingearbeitet werden; gleiches gilt für ein Manuskript der Arbeiterbewegung in Bremen seit 1933.
- 35) Arbeiterpolitik, hrsg. von der Gruppe Arbeiterpolitik, 1. Jg. Nr. 1 bis 12, Jg. Nr. 18/19. Stuttgart 1948 - 1959. Diese Zeitschrift wird zitiert als: Arpo Jahrgang/Nummer/Seite.
- 36) Vergl. Teil 6.2.2. dieser Arbeit.
- 37) Arbeiterpolitik - Informationsbriefe der Gruppe Arbeiterpolitik, 1. Jg. Nr. 1 bis 16, Jg. Nr. 3 (letzte Ausgabe der weiterhin erscheinenden Zeitschrift), Bremen 1960 - 1975. Zitiert als: Arpo-Briefe Jahrgang/Nummer/Seite. - Zu den wechselnden Titeln dieser Zeitschrift vergleiche Teil 8. dieser Arbeit.
- 38) Arbeiterstimme, hrsg. von der Gruppe Arbeiterstimme, 1. Jg. Nr. 1 bis 5. Jg. Nr. 1 (letzte Ausgabe der weiterhin erscheinenden Zeitschrift), Nürnberg 1971 - 1975. Zitiert als: Arsti Jahrgang/Nummer/Seite.
- 39) Für diejenigen, die vorher die Gruppe verließen, gilt entsprechendes.
- 40) Über innerorganisatorische Entwicklungen der Gruppe existiert kein Material in Form von Protokollen o.ä.

1. Grundlegende politische Auffassungen der KPO

1.1. Einleitung

Als nach 1945 im besetzten Deutschland die Gruppe Arbeiterpolitik (im folgenden als GAP abgekürzt) gegründet wurde, sammelten sich "in ihr die physisch und politisch überlebenden Kader der KPD-Opposition" ¹⁾. Diese Interpretation der eigenen Genesis, wie sie zuletzt auf der Jahreskonferenz 1974 der GAP gegeben wurde, deckt sich mit den Angaben, die bisher in der Literatur zu diesem Thema gemacht wurden. So behandelt Tjaden in seiner Arbeit über die KPO die Gruppe Arbeiterpolitik in dem Kapitel "Ausläufer der kommunistischen "Rechts"-Opposition nach 1945" ²⁾ als eine organisatorische Zusammenfassung der Restkader der KPO - welche eine nicht unbeträchtliche Anzahl junger Mitglieder an sich binden konnte-" ³⁾, die nach dem Ende des zweiten Weltkrieges "in allen vier Besatzungszonen Deutschlands ihre alten politischen Ziele vertrat" ⁴⁾.

1) Arpo-Briefe 15/6/16. In einem Manuskript der GAP heißt es dazu: "Ist die "Arbeiterpolitik", wie manche meinen, die Fortsetzung dieser KPD-O? Nein und ja! Nein, weil die KPD-O.... den Sieg des Nationalsozialismus nicht mehr aufhalten konnte und mit der übrigen Arbeiterbewegung deren Schicksal teilen mußte..... Auch heute noch, über 40 Jahre nach der Katastrophe von 1933 drückt sich der Kommunismus in der Kritik der bestehenden Parteien und Gewerkschaften und der bestehenden Gesellschaftsordnung aus. Sie bildet die Voraussetzung dafür, daß die Arbeiterbewegung sich den Weg zu ihrem Wiederaufstieg aus der tiefen, langen Verfallsperiode der letzten 40 Jahre bahnt. Insofern ist die Gruppe "Arbeiterpolitik" die Fortsetzung der KPD-Opposition und auch die Fortsetzung von deren Vorgängern, der alten Sozialdemokratie und der in ihrem Schoß entstandenen kommunistischen Bewegung". Gruppe Arbeiterpolitik, Manuskript: "Der Wunsch die Nachkriegsjahrgänge der "Arbeiterpolitik" neu zu drucken.....". Hamburg 1974, S. 2f; im folgenden zitiert als GAP; Manuskript.

2) Vergl. Tjaden: KPO, S. 341 ff

3) Ebenda, S. 347

4) Ebenda, S. 318

Ähnliche Positionen finden sich bei Eschenhagen ⁵⁾ und Fichter ⁶⁾. Die KPD der Nachkriegszeit sah in der GAP stets die "Brandleristen", was eine personalisierte Beschreibung der Beziehung von KPO und GAP ist, denn Brandler war sowohl führendes Mitglied der KPO als auch nach 1945 der GAP ⁷⁾.

Besteht nach dem Selbstverständnis der GAP und nach den oben angeführten Äußerungen über die Gruppe kein Zweifel an der Kontinuität der GAP mit der KPO, so erscheint es möglich, zur Herausarbeitung der theoretischen Ausgangsposition der GAP auf die Position der KPO zurückzugreifen. Ein solcher Rückgriff bietet sich deshalb an, weil die KPO ausführlich zu grundlegenden theoretischen Fragen kommunistischer Politik Stellung genommen hatte und diese Position den Einschätzungen der jeweils aktuellen politischen Ereignissen zugrundelag, wie sie von ehemaligen Mitgliedern der KPO später als Angehörige der GAP vorgenommen wurden. Die Bedeutung der theoretischen Arbeiten der KPO für die GAP wird auch daran deutlich, daß diese Stellungnahmen von der heutigen Gruppe Arbeiterpolitik erneut publiziert worden sind. Daß es sich dabei – wie in der Einleitung formuliert – um solche theoretischen Positionen handelt, "die – ohne im einzelnen in den Publikationen der Gruppe Arbeiterpolitik zusammenhängend dargestellt zu sein – zu den Grundlagen dieser Gruppe zählen" ⁸⁾, wird die weitere Darstellung erweisen.

5) Vergl. Eschenhagen: Betriebsarbeit; dort heißt es u.a.: "Die Gruppe Arbeiterpolitik... versteht sich als Nachfolgeorganisation der ehemaligen KPD-Opposition (KPO) in der Weimarer Republik und gründet sich auf deren Tradition und Theorie.... Nach 1945 sammelten sich die Restkader der ehemaligen KPO und konstituierten die Gruppe Arbeiterpolitik". Ebenda, S. 33

6) Vergl. Fichter: Bosch. Fichter führt dort über die GAP in Stuttgart aus: "Die frühere KPD-O war.... immer eine Strömung innerhalb der deutschen Arbeiterklasse gewesen, die seit 1925 (?) mit der parteioffiziellen Gewerkschaftspolitik und Bündniskonzeption und nach 1945 mit der Volksfront- und Deutschlandpolitik der KPD und KPdSU nicht übereinstimmte. Seit November 1948 gaben ehemalige KPO-Mitglieder monatlich eine Zeitschrift mit dem Titel "Arbeiterpolitik" heraus". Ebenda, S. 130

7) Vergl. dazu die Teile 4 und 6 dieser Arbeit. Vergl. auch die Kurzbiographie Heinrich Brandlers im Anhang

8) Seite xiv der Einleitung dieser Arbeit

Da es hier um die grundlegenden theoretischen Positionen der KPO geht, wird auf eine Darstellung der eigentlichen Geschichte der KPO verzichtet; diese gewaltsame Trennung der Entwicklung der KPO in ihre theoretische Auffassung und ihre politische Aktivität kann – wenn überhaupt – nur durch das Interesse an einer mengenmäßigen Begrenzung dieser Arbeit gerechtfertigt werden ⁹⁾.

1.2. Grundlegende politische Auffassungen der KPO

Einen Tag vor der Gründungskonferenz der KPO, die sich am 30. 12. 1928 als "geschlossene kommunistische Richtung innerhalb und außerhalb des organisatorischen Rahmens" ¹⁾ der KPD und der Kommunistischen Internationale konstituierte, nahm August Thalheimer ²⁾ in einem Vortrag vor Berliner Anhängern der späteren KPO zum "Offenen Brief" ³⁾ des Exekutivkomitees der KI Stellung. In diesem Vortrag, der kurz darauf unter dem Titel "Um was geht es? Zur Krise in der Kommunistischen Partei Deutschlands (Eine offene Rede zum Offenen Brief)" mit einem Vorwort Thalheimers als Broschüre von der KPO veröffentlicht wurde ⁴⁾, umriß Thalheimer seine Interpretation der Entwicklung der KPD und die Aufgaben und Perspektiven der KPO:

9) Zur Geschichte der KPO kann hier noch einmal auf die Arbeit von Tjaden: KPO, hingewiesen werden.

1) Reichsleitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition) (Herausgeber): Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition). Berlin 1931. Reprint Bremen o. J., S. 3. Im folgenden zitiert als: KPO-Plattform.

2) Vergl. die Kurzbiographie August Thalheimers im Anhang.

3) Der "Offene Brief" des EKKI erschien in der Inprekorr, deutsche Ausgabe 8. Jg., 1928, Nr. 142 vom 21. 12. 1928, S. 2829–2832. Nach Tjaden warf dieser Brief den "Rechten" vor "–in außerordentlich dürftiger und weitgehend die parteigeschichtliche Entwicklung verfälschender Argumentation–..., seit 1923 'ständig' zu einer 'Blockpolitik mit den Sozialdemokraten' tendiert, durch das Festhalten an ihrer taktischen Konzeption von 1921/23, insbesondere durch das Aktionsprogramm Brandlers, sowie durch ihre fraktionell-organisatorische Tätigkeit mit dem 'Leninismus' gebrochen und hierdurch sich 'als echte linkssozialdemokratische Politikanten entpuppt' zu haben". Tjaden: KPO, S. 98

4) Thalheimer, August: Um was geht es? Zur Krise in der KPD. (Eine offene Rede zum Offenen Brief). Berlin 1929. Reprint Bremen o. J. Im folgenden zitiert als: Thalheimer: Um was geht es?

Seit der Auseinandersetzung um Kautskys "Weg zur Macht"⁵⁾ entwickelten sich in der SPD die Keime einer kommunistischen Partei, die somit "aus den Klassenkämpfen im eigenen Lande heraus und nicht nur durch den unmittelbaren Anstoß der russischen Revolution"⁶⁾ entstanden war, was sie vor allen anderen KP's Westeuropas voraus hatte. In einer zweiten Phase der Entwicklung der kommunistischen Bewegung in Deutschland erfolgte "die praktische und theoretische Erhebung der Kommunistischen Partei Deutschlands auf die Höhe des Standpunktes der russischen Revolution. Dieser Punkt, Genossen, der heute noch von seiten unserer russischen Genossen in Frage gestellt wird, ist historisch erreicht mit den November- und Dezember-Tagen von 10 Jahren"⁷⁾. Zeitgleich mit Gründung der KPD eignete sich die Kommunistische Bewegung in Deutschland die Grundsätze des Kommunismus an, wie sie Lenin formuliert hatte, nämlich die proletarische Diktatur und die Räte⁸⁾. War die Vorhut der Arbeiterklasse für die "grundlegenden Prinzipien des Kommunismus (Sowjetmacht und Diktatur des Proletariats)"⁹⁾ gewonnen, so galt es dann, daß man "die Prinzipien in den Einzelheiten richtig abändert, und den nationalen und national-staatlichen Verschiedenheiten anpaßt. Das nationale Eigentümliche, national Spezifische in der konkreten Taktik eines jeden Landes zur Lösung der einheitlichen internationalen Aufgabe (Sieg über den Opportunismus und den linken Doktrinarismus innerhalb der Arbeiterbewegung, Sturz der Bourgeoisie, Errichtung der Sowjetrepublik und der proletarischen Diktatur) zu erforschen, zu studieren, herauszufinden, zu erraten und zu erfassen – das ist die wichtigste Aufgabe des historischen Augenblicks, den alle vorgeschrittenen... Länder gegenwärtig durchmachen"¹⁰⁾. Nach Lenins Auffassung, der sich Thalheimer anschloß, "müssen Formen der Heranziehung oder des Übergangs der

5) Diese Schrift Kautskys erschien 1909

6) Thalheimer: Um was geht es?, S. 13

7) Ebenda, S. 21

8) Vergl. ebenda, S. 16

9) Ebenda, S. 8

10) Ebenda

Massen zur proletarischen Revolution gefunden werden" ¹¹⁾. Diese bereits 1920 gestellte Aufgabe hatte die KPD bis 1928 nicht lösen können. Gerade die "Brandleristen" brachten dafür die Voraussetzung mit, weil diese Strömung in der KPD die Erfahrungen aus den beiden ersten Phasen der Entwicklung der Partei kannte und bis 1923 selbst Erfahrungen in der Entwicklung der proletarischen Revolution in Deutschland gemacht hatte ¹²⁾. Gerade die Oktober-Niederlage zeigte die Dringlichkeit der von Lenin formulierten Aufgabe: "Der grundlegende Fehler des Jahres 1923 war die Übertragung des revolutionären Schemas, der revolutionären Schablone der russischen Oktober-Revolution von 1917 auf eine ganz anders geartete Situation, auf ganz anders geartete Klassenverhältnisse" ¹³⁾. Die ultralinke KPD-Politik nach 1923 sah hingegen den Fehler der Brandler-Zentrale darin, daß diese Schablone nicht genau

11) Ebenda, S. 9. Die drei letzten Zitate stammen aus Lenin: "Der 'linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus". Der bei Thalheimer angegebene Wortlaut unterscheidet sich etwas von dem Text, den die Lenin-Werke, Band 31, Berlin 1970⁴, enthalten. Die von Thalheimer angeführten Zitate finden sich in den Lenin-Werken auf S. 79; in dieser Arbeit wurde der von Thalheimer angegebene Wortlaut zitiert. - Im eigentlichen Vortrag hatte Thalheimer die Ausführungen Lenins in eigenen Worten wiedergegeben; nachdem ihn die "Rote Fahne" wegen der Herausstellung der zu berücksichtigenden nationalen Besonderheiten des Chauvinismus bezichtigt hatte, reichte Thalheimer im Vorwort der "Um was geht es?"-Broschüre die vorher zusammengefaßten Auffassungen Lenins als Zitate nach.

12) Der KPO gehörten - bezogen auf die Gesamt-KPD - überproportional viele Kommunisten an, die schon lange in der Arbeiterbewegung organisiert waren. Von den 74 Teilnehmern der KPO-Gründungskonferenz hatten 43 bereits zur KPD vor ihrer Vereinigung mit dem linken USPD-Flügel gehört; bereits vor 1918 waren 53 in der Sozialdemokratie organisiert gewesen. Brandler und Thalheimer hatten in der KPD bis Anfang 1924 stets eine führende Rolle gespielt; beide hatten bereits vor 1914 zum linken Flügel in der SPD gehört und waren im Kriege Mitglieder des Spartakusbundes geworden. Vergl. Tjaden: KPO, S. 112. Vergl. hierzu auch Herrmann Weber: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik. Band II. Frankfurt/Main 1969, S. 26 ff; im folgenden zitiert als: Weber II.

13) Thalheimer: Um was geht es?, S. 14

genug angewandt wurde ¹⁴⁾; von dieser Auffassung her konnte das Problem aber nicht gelöst werden. Ausgehend von den 1923 gemachten Erfahrungen war es aber möglich, die Aufgabe zu bewältigen, woran sich die Gruppe um Brandler gemacht hatte, so mit der Vorlage eines Aktionsprogramms für die KPD im Jahre 1927 ¹⁵⁾.

Thalheimer faßte die Entwicklung der kommunistischen Taktik in Deutschland so zusammen: "Es enthält demnach die erste Periode die bestimmte oder teilweise Verneinung des Reformismus nach seinen beiden Hauptmomenten, des Revisionismus und des Zentrismus. Die zweite Periode enthält die positiv allgemeine These der proletarischen Revolution. Die dritte Periode, die nähere Bestimmung oder Besonderung der allgemeinen revolutionären Erfahrung, die aus der russischen Erfahrung abgeleitet ist, enthält auch eine teilweise Verneinung der russischen Erfahrung" ¹⁶⁾. Genau darin lag die Ursache für die Differenz der "Rechten" zur KPdSU. Die russischen Genossen konnten sich demnach nicht von ihren besonderen Erfahrungen lösen und waren so nicht imstande, den dritten Schritt, die "Zusammenfassung der Erfahrungen der deutschen Revolution mit denen der russischen Revolution" ¹⁷⁾ zu gehen, was jedoch notwendig war, denn die erste Periode war die These, die zweite die Antithese und die dritte die Synthese. Weil "in der Synthese die These wie die Antithese gleichzeitig aufgehoben sind" ¹⁸⁾ waren Momente der These – der Vorkriegssozialdemokratie Deutschlands – in der Synthese enthalten, während bestimmte Momente der Antithese – die russischen Erfahrungen – in der Synthese verneint wurden. Weil die russischen Genossen diese Synthese nicht als etwas neues, den unumgänglichen nächsten Schritt erkennen konnten, sahen sie nur die in der Aufhebung enthaltenen Momente der These und bezichtigten so die "Rechten"

14) Zur Interpretation der Oktoberniederlage von 1923 durch die KPO vergl. August Thalheimer: 1923: Eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923. Berlin 1931. Reprint Bremen o. J.. Im folgenden zitiert als: Thalheimer: Eine verpaßte Revolution?

15) Vergl. Heinrich Brandler: Beiträge zu einem Aktionsprogramm für Deutschland. In: Die Kommunistische Internationale, IX. Jg., Nr. 1 und 2, Hamburg-Berlin 1928, S. 32 ff und S. 75 ff. Vergl. auch Tjaden, KPO, S. 69 ff. 16) Thalheimer: Um was geht es?, S. 21

17) Ebenda, S. 22, 18) Ebenda

des Menschewismus: "Unsere russischen Genossen sehen einen Rückfall in die Sozialdemokratie, wo gerade das Gegenteil vorliegt und ans Licht drängt, wo sich eine höhere Stufe der kommunistischen Bewegung im ganzen vorbereitet. Sie verwechseln den Schritt vorwärts mit einem Schritt rückwärts" ¹⁹⁾.

Beharrten die russischen Genossen auf ihren besonderen Erfahrungen, die sie als allgemeine behaupteten, und standen deshalb im Gegensatz zu den "Rechten", so rührte der Gegensatz der offiziellen KPD-Linie zur späteren KPO daraus, daß sich die Führung der KPD und viele der Mitglieder erst bei der Aneignung der allgemeinen Resultate der russischen Revolution befanden, während die "Rechten" schon die weitergehende Aufgabe anpackten, die von Lenin formuliert und durch die gesellschaftlichen Verhältnisse Deutschlands gesetzt war. Der Kampf zwischen den "Rechten" und der KI "geht, international gesehen, um die Vorbereitung der zweiten höheren Etappe der Weltrevolution, über die russische Revolution hinaus. Die Interessen der ersten und zweiten Etappe der Weltrevolution stehen objektiv in keinem Widerspruch zueinander. Die Widersprüche und Gegensätze auf diesem Felde sind subjektiver Art" ²⁰⁾.

Von daher bestimmte sich die organisatorische Perspektive der KPO. Da die Gegensätze zur KPD darauf beruhen, daß der KPD die Erfahrungen und das Wissen fehlten, nach dem zweiten von Thalheimer genannten Schritt den dritten zu tun, bestand die Chance, daß die KPD im Laufe der historischen Entwicklung die notwendigen Erfahrungen noch sammelte, d. h. da der Gegensatz zur KPD nur quantitativen Charakters war, konnte für die KPO "jetzt von einer neuen Partei überhaupt nicht die Rede sein" ²¹⁾, noch unsinniger wäre gar der Übergang der KPO zur Sozialdemokratie, den das EKKI im "Offenen Brief" vermutete ²²⁾, da die Differenzen zur SPD prinzipieller, qualitativer Art ²³⁾ waren. Da jedoch "das Schicksal der Partei und der proletarischen Revolution in Deutschland von der Durchkämpfung dieses Gegensatzes" ²⁴⁾ abhing, denn nur so

19) Ebenda, S. 14

20) Ebenda, S. 10

21) Ebenda, S. 28

22) Vergl. Inprekorr Nr. 142 vom 21.12.1928, S. 2831

23) Vergl. Thalheimer: Um was geht es?, S. 16

24) Ebenda, S. 22

konnte die theoretische Position der KPD auf die Höhe der vor ihr stehenden Aufgaben gebracht werden, mußte die spätere KPO die Parteidisziplin brechen und sich als Fraktion sammeln; deshalb wollte die KPO "eine organisierte Richtung innerhalb der Partei...bilden, eine Richtung, die sich die Aufgabe setzt, die Partei zu erobern, sie umzubilden und zugleich mit ihr die Komintern umzuwandeln" ²⁵⁾. Erst wenn sich die Auffassung der KPO durchgesetzt hatte und die KPD in die Lage versetzt war, die für die deutsche Situation angemessene revolutionäre Politik zu entwickeln, war an eine Wiedervereinigung der KPO mit der KPD zu denken.

Erst von dieser Position aus würde es möglich sein, auch die Gegensätze der KPO zur KPdSU zu beheben, denn "dieser Gegensatz ist kein endgültiger, kein dauernder, aber die Beiseiteschaffung dieses Gegensatzes hängt von einem einzigen Punkt ab: daß wir uns in der KPD, in der deutschen Arbeiterbewegung durchsetzen. Ein Wiedertreffen mit unseren russischen Genossen, das muß auf einer anderen Grundlage erfolgen, als es heute ist" ²⁶⁾, wenn nämlich die KPD die konkrete revolutionäre Politik für Deutschland ausgearbeitet hatte. Die Perspektive der KPO formulierte Thalheimer so: "Was als Aufgabe jetzt vor uns steht, ist der Versuch, die Partei von innen und außen zu erobern. Gelingt es, gut; gelingt es nicht, werden wir einen Schritt weitergehen" ²⁷⁾. Den Versuch, KPD und KI zu erobern sah er als ein langfristiges Unternehmen an: "Ich glaube, daß der vollkommene Sieg, den wir erreichen müssen, eine Sache ist, die nach Jahren gemessen werden muß" ²⁸⁾, wobei es formell um die Durchsetzung der zum Teil noch zu entwickelnden Synthese ging, inhaltlich galt es "kein Geringeres, als die wirkliche und gründliche Vorbereitung des Sieges der nächsten und für das Ganze wahrscheinlich entscheidenden Etappe der Weltrevolution!" ²⁹⁾. Aus dieser Perspektive ergab sich die Notwendigkeit, nicht nur durch theoretisch-politische Überzeugungsarbeit auf die KPD zu wirken, sondern selbst "zu einer realen Macht zu werden" ³⁰⁾, selbst Politik zu machen, denn "eine politische Richtung kann nicht bestehen ohne politische Wirksamkeit, ohne politisches Auftreten nach außen" ³¹⁾.

25) Ebenda, S. 28 26) Ebenda, S. 31 27) Ebenda, S. 30

28) Ebenda, S. 31 29) Ebenda, S. 32 30) Ebenda, S. 30

31) Ebenda, S. 29

Entsprechend dieses von Thalheimer Ende 1928 formulierten Selbstverständnisses der KPO begann diese gleich auf ihrer Gründungskonferenz, "zunächst aus dem Bedürfnis, die taktischen Differenzen der Kommunistischen Opposition mit der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Kommunistischen Internationale für die Zwecke der inneren Parteeinandersetzung herauszuarbeiten" ³²⁾, mit der Diskussion einer Plattform, "einer möglichst umfassenden und eingehenden Darstellung des Weges zur proletarischen Revolution in Deutschland" ³³⁾. Die Ende 1930 auf der III. Reichskonferenz der KPO verabschiedete Plattform enthielt das, "was die Kommunistische Opposition als die richtige und wahrhaft kommunistische Politik, als die wirkliche Anwendung der Ziele und Grundsätze des Kommunismus auf die konkreten Klassenverhältnisse in Deutschland betrachtet" ³⁴⁾.

Allerdings waren der Plattform "die allgemeine Analyse des Kapitalismus und die allgemeine Darstellung zur Begründung der Grundsätze, Ziele und Strategie und Taktik des Kommunismus" ³⁵⁾ vorausgesetzt, wie sie im Programm der KI - beschlossen auf dem VI. Weltkongreß ³⁶⁾ - zusammengefaßt waren, wobei die KPO aber die dortige Behandlung der Frage der revolutionären Übergangsforderungen als eine ultra-linke Abweichung bezeichnete und sich in diesem Punkt bewußt vom KI-Programm unterschied ³⁷⁾.

Im folgenden werden einige grundlegende Positionen der Plattform dargestellt, die zum größten Teil Fragen kommunistischer Taktik auf einem Allgemeinheitensgrad behandelten, der über die spezifische Situation der Weimarer Republik hinausreichte und teilweise dem Grad von Allgemeinheit entsprach, auf dem eine allgemeine Taktik für Länder mit entwickeltem Kapitalverhältnis formulierbar war. An den Stellen, wo die GAP auf

32) KPO-Plattform, S. 3

33) Ebenda, S. 3f

34) Ebenda, S. 4

35) Ebenda,

36) Vergl. Das Programm der Kommunistischen Internationale. In: Protokoll - Sechster Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, 17. Juli - 1. September 1926. Vierter Band: Thesen, Resolutionen, Programm, Statuten. Hamburg-Berlin 1929. S. 45-100. Im folgenden zitiert als: Programm der KI.

37) Vergl. KPO-Plattform, S. 4

die Argumentationen der KPO zurückgreift, wird zu überprüfen sein, wie sie selbst den Allgemeinheitsgrad einzelner Passagen der Plattform der KPO einschätzte ³⁸⁾.

Wenn auch die KPO außerhalb der KPD stand, entwickelte die kommunistische Opposition den Weg der deutschen Revolution doch für die Weimarer Republik unter der Voraussetzung, daß dieser Weg von der – dann im Sinne der KPO umgewandelten – KPD gegangen würde. In Deutschland bestand somit eine KP mit Einfluß in der Arbeiterbewegung, was "die erste, unerläßliche und nicht mehr rückgängig zu machende Voraussetzung für den Fortschritt des Kommunismus und der proletarischen Revolution" ³⁹⁾ war. Die Existenz einer umfänglichen kommunistischen Bewegung in Deutschland war somit der Ausgangspunkt aller weiteren politischen Überlegungen der KPO ⁴⁰⁾.

Für die KPO war ihre Taktik "die Anwendung der Grundsätze des Kommunismus auf die Lage des internationalen Klassenkampfes sowie des Klassenkampfes in Deutschland" ⁴¹⁾. Die anzuwendenden Grundsätze wurden so zusammengefaßt ⁴²⁾: Durch den bewaffneten Aufstand errichtet das Proletariat in der Form der Räte-republik – als Mittel zur Verwirklichung seines Zieles ⁴³⁾ – die Diktatur des Proletariats.

38) Vergl. die Teile 3., 5. und 7. dieser Arbeit

39) Vergl. KPO-Plattform, S. 37, Frage 96. Die Plattform war in der Form von Frage und Antwort aufgebaut; zur besseren Übersicht sind die Nummern der Fragen angegeben, deren erste sich auf S. 5 befindet.

40) Die Taktik der KPO zielte also nicht darauf, eine KP in Deutschland neu schaffen zu helfen; vielmehr sollte die bestehende KPD von ihren "Kinderkrankheiten" befreit werden.

41) KPO-Plattform, S. 8, Frage 8

42) Vergl. ebenda, S. 5f. Die 2. Frage lautete: "Welches sind die entscheidenden Grundsätze und Ziele des Kommunismus?"

43) "Das Ziel des Kommunismus ist die Abschaffung der anarchischen kapitalistischen Wirtschaftsweise durch Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und ihre Ersetzung durch die planmäßige sozialistische Wirtschaftsordnung, die die Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum verwandelt. Die vollentwickelte sozialistische Gesellschaft wird eine klassenlose Gesellschaft sein. Der Staat, d.h. die Zwangsorganisation der herrschenden Klasse, ist in ihr abgestorben". Ebenda. S. 5, Frage 2. Vergl. hierzu auch Teil 7.3. dieser Arbeit.

Dabei stützt sich das Proletariat auf die internationale Solidarität der Arbeiterklasse "und insbesondere auf die einzige bisher existierende proletarische Staatsmacht - die Sowjetunion" ⁴⁴⁾, die es unbedingt zu verteidigen gilt. "Im Kampf um die Macht, sowie zum Aufbau des Sozialismus bedarf das Proletariat der Führung durch eine kommunistische Partei. Die kommunistische Partei ist derjenige Teil der Arbeiterklasse, der ein klares Bewußtsein über die Ziele, Grundsätze und Wege zur proletarischen Revolution besitzt und organisiert für ihre Verwirklichung kämpft. Die Aktion der kommunistischen Partei kann nicht die der Klasse ersetzen. Ihr Zweck ist, das Proletariat als Klasse zur sozialistischen Revolution zu führen" ⁴⁵⁾. Die nationalen kommunistischen Bewegungen sind der kommunistischen Weltorganisation untergeordnet; sowohl die Kommunistische Internationale als auch die einzelne Partei sind demokratisch-zentralistisch organisiert ⁴⁶⁾.

Gerade die Taktik, "d. h. ... die Mittel zur Verwirklichung ihrer (= der kommunistischen d. V.) Grundsätze und Ziele" ⁴⁷⁾, wollte die KPO - gemäß des oben skizzierten Selbstverständnisses - herausarbeiten; nun gab es einige "lebenswichtige Grundsätze ... der kommunistischen Taktik, die von Lenin begründet und theoretisch festgelegt, die aber seit dem 5. Kongreß der Kommunistischen Internationale von der Kommunistischen Partei aufgegeben worden sind" ⁴⁸⁾. Somit sah die KPO bestimmte allgemeine Teile der Taktik, die zu den kommunistischen Grundsätzen zählten; diese allgemeinen Teile der Taktik wurden allerdings ebensowenig wie die übrigen Grundsätze in jeder konkreten Situation gleich angewandt, sondern dazu kam jeweils die "Beurteilung der gegenwärtigen Lage und Entwicklungstendenzen des Weltkapitalismus im allgemeinen und des deutschen Kapitalismus im besonderen" ⁴⁹⁾.

44) KPO-Plattform, S. 6, Frage 2

45) Ebenda. Gerade weil das Bewußtsein über den Weg zur proletarischen Revolution zu den wesentlichen Bestimmungen der kommunistischen Partei zählte, hatte sich die KPO "in den taktischen Streitfragen nicht den Entscheidungen der führenden Instanzen der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Kommunistischen Internationale unterworfen" (ebenda), denn die Verwendung der falschen Mittel führte "auf die Dauer zur Preisgabe... (der kommunistischen d. V.) Grundsätze" (ebenda, S. 5).

46) Vergl. ebenda, S. 6, Frage 2

47) Ebenda, S. 5, Frage 1

48) Ebenda, S. 8, Frage 8

49) Ebenda

Nach Auffassung der KPO war "die bürgerliche Revolution .. in Deutschland angeschlossen. Die Revolution kann in Deutschland nur noch eine proletarische und sozialistische sein. Ihr politisches Ziel ist die proletarische Diktatur in Gestalt der Räterepublik" ⁵⁰⁾. Auf dem Weg zu diesem Ziel waren drei Hauptabschnitte zu unterscheiden:

1) der Abschnitt der Tageskämpfe, "in dem die Arbeiterklasse sich beschränkt auf Kämpfe im Rahmen des bürgerlichen Staates und der kapitalistischen Wirtschaft und den Kampf um die Macht noch nicht unmittelbar aufgenommen hat" ⁵¹⁾.

2) "Der nächste Abschnitt ist der des unmittelbaren Kampfes der Arbeiterklasse um die Macht" ⁵²⁾.

3) Der dritte Abschnitt begann, wenn der Kampf um die Macht gewonnen war und die proletarische Staatsmacht errichtet war ⁵³⁾.

Da sich die Entwicklung in der Weimarer Republik im ersten Abschnitt befand ⁵⁴⁾, mußte es die Aufgabe der KP sein, den Übergang zum zweiten Abschnitt zu fördern, wobei dieser Übergang aber als objektive Voraussetzung "eine tiefe Erschütterung der gesamten Klassenverhältnisse" hatte ⁵⁵⁾, denn "die Revolution ist unmöglich ohne eine Krise, die die gesamte Nation, sowohl die Ausgebeuteten als auch die Ausbeuter trifft" ⁵⁶⁾. War diese objektive Voraussetzung gegeben, so wurde der Kampf um die Macht dann möglich, wenn es der KP gelungen war, "die Mehrheit der Arbeiterklasse für die Grundsätze und Ziele des Kommunismus" ⁵⁷⁾ zu erobern, und sie Sympathien unter den möglichen Bündnispartnern gewonnen hatte ⁵⁸⁾. Ausdrücklich zitierte die KPO dann das Programm des Spartakusbundes: "Der Sieg der Kommunistischen Partei Deutschlands steht nicht am Anfang, sondern am Ende der Revolution" ⁵⁹⁾, woraus sich dann die allgemeine taktische Linie der KP für den damals gegebenen Kampfabschnitt ergab: "Sie besteht darin, durch Führung der

50) Ebenda, S. 27, Frage 62

51) Ebenda, S. 31, Frage 77

52) Ebenda, S. 31 f, Frage 78

53) Ebenda, S. 32, Frage 79

54) Vergl. ebenda, S. 31, Frage 71

55) Ebenda, S. 32, Frage 80

56) Ebenda

57) Ebenda, S. 32, Frage 81

58) Vergl. ebenda; vergl. auch ebenda, S. 30, Frage 73 und 74

59) Ebenda, S. 33, Frage 83. Hier wurde aus dem Programm des Spartakusbundes zitiert. Dieses Programm findet sich u. a. im Protokoll des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands

Tageskämpfe in Verbindung mit einer konkreten revolutionären Propaganda die Mehrheit der Arbeiterklasse für die Grundsätze und Ziele des Kommunismus zu gewinnen, sie ideologisch und organisatorisch für den Kampf um die Macht vorzubereiten und, bei vorhandenen objektiven Voraussetzungen, in den Kampf um die Macht zu führen" ⁶⁰⁾, denn wenn auch "die Eroberung der Mehrheit ... erst in der revolutionären Krise" ⁶¹⁾ erfolgen konnte, so setzte das voraus, "daß die Kommunistische Partei bereits im vorhergehenden Abschnitt verstanden hat, Massen um sich zu sammeln und sie vom Reformismus loszulösen" ⁶²⁾.

Die Bestimmung des Zusammenhangs zwischen objektiven Bedingungen einer Revolution und der Revolution selbst macht deutlich, daß die KPO gerade nicht der Vorstellung Krise = Revolution anhing ⁶³⁾. An einer anderen Stelle der Plattform wird das noch verdeutlicht: Zwar waren Wirtschaftskrisen und Kriege "die objektiven Voraussetzungen für die Wiederaufnahme des unmittelbaren Kampfes um die Macht" ⁶⁴⁾, doch bedeutete eine solche Entwicklung nur dann das Ende der "sogenannten Stabilisierung des Kapitalismus" ⁶⁵⁾, "wenn die Arbeiterklasse die durch sie (d. h. die Krise d. V) geschaffenen objektiven revolutionären Möglichkeiten ausnützt zum Sturz der Kapitalsherrschaft" ⁶⁶⁾. Gerade deshalb insistierte die KPO auf einer genauen Analyse der objektiven Möglichkeiten der jeweiligen revolutionären Politik, was in der Kritik der Komintern-These von der "dritten Periode", die als Krise auf die Periode der Stabilisierung folgen sollte, deutlich wurde. Die dritte

noch 59) 1918, herausgegeben vom IML beim ZK der SED, Berlin 1972, S. 313-323. Die in der Plattform zitierte Stelle heißt dort: "Der Sieg des Spartakusbundes steht nicht am Anfang, sondern am Ende der Revolution: Er ist identisch mit dem Siege der großen Millionenmassen des sozialistischen Proletariats" (ebenda, S. 323).

60) KPO-Plattform, S. 33, Frage 84

61) Ebenda, S. 33, Frage 83 62) Ebenda

63) Gerade ein solcher Vorwurf wurde und wird oft gegen die KPO und gegen die GAP erhoben. Hat sich dieser Vorwurf in Bezug auf die KPO sowohl theoretisch als auch praktisch - durch die zahlreichen Aktivitäten der KPO - als unhaltbar erwiesen, so wird später zu prüfen sein, ob die GAP in diesem Punkt mit der KPO gebrochen hat, oder ob es nicht den gegenüber der Endphase der Weimarer Republik veränderten objektiven Bedingungen geschuldet ist, daß die Formen der Aktivitäten der KPO wie Einheitsfrontpolitik, Übergangslösungen etc bei der GAP kaum aufgegriffen worden sind.

64) Ebenda, S. 13, Frage 23 65) Ebenda, S. 13, Frage 21

66) Ebenda, S. 13, Frage 24. Weiter hieß es an dieser Stelle:

Periode" dient der KI "zur Begründung der These von dem unmittelbar bevorstehenden revolutionären Aufschwung, der unmittelbar bevorstehenden Revolution ... Die schädliche praktische Wirkung der Konstruktion der dritten Periode besteht darin, daß die Kommunistischen Parteien von ihrer Aufgabe abgelenkt werden, die organisatorischen und politischen Vorbereitungen zum Kampf um die Macht durchzuführen. Die Folgen davon sind Putschismus oder Passivität" ⁶⁷⁾. Bestand in der Phase der Tageskämpfe die allgemeine taktische Linie darin, die Mehrheit der Arbeiterklasse für den Kommunismus zu gewinnen, wenn auch dieses Ziel unter den genannten nicht-revolutionären gesellschaftlichen Bedingungen nicht zu erreichen war, so ergaben sich nähere Bestimmungen für diese Linie durch folgende Gegebenheiten in der Weimarer Republik:

- "1. Daß der entscheidende Teil der Arbeiterklasse in politischen, gewerkschaftlichen und anderen Massenorganisationen zusammengefaßt ist.
2. Daß die organisierten Arbeiter in zwei Hauptlager gespalten sind: das des Reformismus (der Sozialdemokratie) und das des Kommunismus.
3. Daß die Mehrheit der organisierten Arbeiterschaft heute noch dem Lager der Reformisten angehört, während die Kommunisten noch die Minorität bilden" ⁶⁸⁾.

Nach Auffassung der KPO waren die SPD und die Gewerkschaftsführer 1914 "auf den Boden der Verteidigung des bürgerlichen Staates und der kapitalistischen Ordnung" ⁶⁹⁾ übergetreten; trotzdem war der Einfluß dieser Organisationen des Reformismus entscheidend in der Arbeiterbewegung. Für die Gewerkschaften galt, "daß die von Reformisten und offenen Konterrevolutionären geführten Gewerkschaften die geschichtlich gewordenen Organisationen sind, in denen die breitesten Massen des Proletariats zur Verteidigung ihrer elementarsten Lebensinteressen zusammengefaßt sind" ⁷⁰⁾. Die Sozialdemokratie hatte "mit den übrigen bürger-

noch ⁶⁶⁾ "Es gibt für die Bourgeoisie keine ausweglose Situation. Wenn die Arbeiterklasse versagt, dann wird die Bourgeoisie die Wirtschaftskrise auf Kosten der Werktätigen überwinden, unter bestimmten Umständen durch den Sieg der äußersten Konterrevolution."

67) Ebenda, S. 14, Frage 25

68) Ebenda, S. 33, Frage 85

69) Ebenda, S. 57, Frage 155; vergl. auch ebenda, S. 25, Frage 55 und Frage 57

70) Ebenda, S. 58, Frage 158

lichen Parteien gemein" ⁷¹⁾, daß sie "auf dem Boden des bürgerlichen-demokratischen Staates und deshalb auch der kapitalistischen Wirtschaftsweise steht" ⁷²⁾, doch es gab bei dieser Gemeinsamkeit zwei wichtige Unterschiede der SPD zu den anderen bürgerlichen Gruppierungen: "1. Die traditionell fortgeschleppte scheinsozialistische Ideologie und Phraseologie. 2. Der Aufbau ihrer Organisation vorwiegend aus Arbeitern" ⁷³⁾. Obwohl also die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie zu den Stützen der bürgerlichen Gesellschaft zählten, stand die Mehrheit der organisierten Arbeiterschaft noch im Lager des Reformismus; weder Haltung des Reformismus selbst noch die Aufklärung der Kommunisten darüber hatten die Haltung dieser Arbeiter ändern können, weil diese eine materielle Grundlage hatte, die darin bestand, daß die reformistische Politik lange Zeit Erfolge, vor allem die Verbesserung der Lebenshaltung größerer Teile der Arbeiterklasse, erreicht hatte. Diese materielle Grundlage des Reformismus in der Arbeiterbewegung wurde tendenziell durch die gesellschaftliche Entwicklung bedroht, wenn diese in eine Krise eintrat, doch war damit nach Auffassung der KPO kein Automatismus im Sinne einer revolutionären Entwicklung dieser Arbeiter verbunden.

Da die KPO ihre Aufgabe im Abschnitt der Tageskämpfe darin sah, durch Führung dieser Kämpfe die Mehrheit des Proletariats für den Kommunismus zu gewinnen, stellte sich durch die Verwurzelung des Reformismus bei der Mehrheit der organisierten Arbeiterschaft "die Notwendigkeit, die im Lager des Reformismus organisierten Arbeiter für gemeinsame Kämpfe um Tagesforderungen und Teilforderungen zu gewinnen" ⁷⁴⁾.

Zum Charakter dieser aufzustellenden Forderungen führte die KPO aus, "daß diese in dem Bedürfnis der breitesten Massen verankerten Forderungen nicht nur diese Massen in den Kampf führen, sondern auch, daß

71) Ebenda, S. 25, Frage 55

72) Ebenda

73) Ebenda, S. 25, Frage 56

74) Ebenda, S. 33, Frage 86

sie ihrem Wesen nach die Massen organisierende Forderungen sind" ⁷⁵⁾. Weil es sich also um solche Teilforderungen handeln mußte, die in den Massen verankert waren, war es nicht die Aufgabe der KP, irgendwelche Forderungen auszuklügeln, sondern die vorhandenen Forderungen aufzugreifen. Aus der Tatsache, daß die reformistische Organisation deshalb von vielen Arbeitern als die eigene Organisation betrachtet wurde, weil sie ihre Forderungen und Wünsche formulierte und auch - zumindest - verbal vertrat, konnte es sich ergeben, daß die KP solche von den Reformisten aufgestellte Forderungen übernahm ⁷⁶⁾, aber nicht um jetzt an Stelle der Reformisten "besser und entschiedender" für diese Forderungen zu kämpfen, d. h. nicht um eine "bessere" Stellvertreterpolitik zu machen, sondern um diejenigen, die diesen Forderungen anhängen, in den Kampf um diese zu führen. Daß die Forderungen möglichst organisierenden Charakter haben sollten, folgte aus der Überlegung, daß durch Organisationsformen um die jeweiligen Forderungen herum der formelle Einfluß der reformistischen Organisation gemindert werden konnte, wenn der inhaltliche gemindert worden war ⁷⁷⁾, und daß zugleich ein

75) Ebenda, S. 34, Frage 87. Die KPO zitierte hier die "Thesen über die Taktik" des III. Weltkongresses der KI. In: Thesen und Resolutionen des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale. Moskau 22. Juni bis 12. Juli 1921. Hamburg 1921, S. 31 bis 63. Hier: S. 47

76) Ein Beispiel für eine solche von der KPD übernommene Tagesforderung bietet der "Offene Brief" der VKPD vom 8.1.1921. Vergl. Dirk Hemje-Oltmanns: Arbeiterbewegung und Einheitsfront. Westberlin 1973. S. 69 ff. Im folgenden zitiert als: Hemje-Oltmanns: Einheitsfront. Waralso gegen die Übernahme von Forderungen, die die reformistischen Organisationen formuliert hatten, nichts einzuwenden, wenn sie Ausdruck des Willens der dort organisierten Arbeiter waren, so hieß das nicht, daß jede Forderung der reformistischen Organisationen aufzugreifen war. So lehnte es die KPO ab, die Forderung nach "Wirtschaftsdemokratie" aufzugreifen, weil diese mehr die Ideologie eines Teil der ADGB-Führung war als Ausdruck eines Kampfzieles der Arbeiter. Vergl. dazu KPO-Plattform, S. 57, Frage 154.

77) Solange die Arbeiter noch den reformistischen Organisationen politisch vertrauten, konnten diese mit formellen Mitteln wie Entzug des Apparates die Aktionen der Arbeiter leicht stoppen. Erst wenn jene Arbeiter bei einer Aktion schon antizipierten, daß "ihre" Organisation ihnen in den Rücken fallen könnte, würden sie sich durch neue Organisationsformen dagegen zu schützen suchen; einem solchen Schritt ginge aber die inhaltliche Distanzierung von den reformisti-

Lernprozeß unter den beteiligten Arbeitern unterstützt wurde, der für spätere Schritte im Klassenkampf – die Bildung von Räten oder inhaltlich verwandten Formen – von hoher Bedeutung sein würde.

Gerade weil die Tagesforderungen keine aparte kommunistische Forderungen waren, nicht von den Kommunisten gemacht, sondern zunächst nur aufgenommen wurden, bildeten sie den Ausgangspunkt für die Taktik der Einheitsfront⁷⁸⁾. Diese Taktik "ist eine Methode, um Arbeiter und Werktätige die in reformistischen oder ähnlichen Organisationen zusammengefaßt sind, dadurch für gemeinsame Kämpfe zu gewinnen, daß die Kommunisten die Leitungen und die Mitglieder dieser Organisationen zu gemeinsamen Aktionen auffordern, und sie damit vor praktische Entscheidungen stellen"⁷⁹⁾. Solange die anzusprechenden Arbeitergruppen noch reformistisch organisiert oder orientiert waren und somit die entsprechende Organisation – und eben nicht die KP – als die ansahen, die ihre Interessen vertrat, war es unsinnig, beim Appell an die Mitglieder die Leitungen umgehen zu wollen⁸⁰⁾. Ob man sich an die Leitungen wandte, hing eben nicht von der Haltung der reformistischen Führer ab, sondern davon, ob sie noch ihre Mitglieder repräsentierten⁸¹⁾; taten sie das nicht mehr, so brauchten sie von der KP nicht mehr beachtet werden, und die Einheitsfrontpolitik würde dann einer Politik weichen, die die de facto nicht mehr organisierten Arbeiter an die KP heranführen

noch 77) schon Organisationen voraus. Ohne diese Distanzierung, d. h. ohne beginnende Ablösung der reformistischen Arbeiter von den reformistischen Organisationen, hatten mögliche Einheitsfrontorgane keine Aussicht, sich gegen den Druck der Führung der reformistischen Organisationen zu behaupten.

78) Auf die Diskussionen innerhalb der KPD und der KI über die Taktik der Einheitsfront kann hier nur verwiesen werden: vergl. Hemje-Oltmann: Einheitsfront; Rüdiger Griepenburg: Einleitung zu Aufsätzen zur Faschismus-Analyse der KPO. Unveröffentlichtes Manuskript, o. O., o. J., S. 10 ff; Tjaden: KPO, S. 2 – 28; Arnold Reisberg: An den Quellen der Einheitsfrontpolitik. Der Kampf der KPD um die Aktionseinheit in Deutschland. Berlin 1971.

79) KPO-Plattform, S. 34, Frage 88

80) Vergl. ebenda, S. 35, Frage 92

81) Vergl. ebenda, S. 35, Frage 90

sollte. Für die reale Situation in der Weimarer Republik wäre die Taktik der Einheitsfront überholt gewesen, wenn "die Kommunisten bereits die Mehrheit der Arbeiterklasse gewonnen haben"⁸²⁾. Da die Aufnahme des direkten Kampfes um die Macht – auch – daran gebunden war, daß die Mehrheit der Arbeiterklasse für den Kommunismus gewonnen war, wozu die Taktik der Einheitsfront ein Mittel war, konnte von einer Einheitsfrontpolitik in dieser Phase keine Rede mehr sein: "Der Kampf um die proletarische Diktatur überschreitet den Rahmen der Taktik der Einheitsfront. Seine Voraussetzung ist die bereits vollzogene Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse, auch der reformistischen Arbeiter, für den unmittelbaren Kampf um die proletarische Diktatur"⁸³⁾.

Die Einheitsfronttaktik gehörte somit zu den Mitteln der Heranführung der Mehrheit der Arbeiterklasse zum Kampf um die Macht, wobei allerdings – wie gesagt – der Übergang von des Tageskämpfen zum nächsten Kampfabschnitt an bestimmte objektive Bedingungen gebunden war⁸⁴⁾.

Der Zweck der Einheitsfrontpolitik war "1. Die Durchführung geschlossener Massenaktionen der Arbeiterschaft für Tagesziele, Tageslosungen und Übergangsforderungen"⁸⁵⁾, wobei die Durchführung – nicht die Agitation und Propaganda dafür – der Aktionen die Voraussetzung war für "2. Die Überzeugung der reformistischen Arbeiter durch die eigene Kampferfahrung, d. h. nicht allein durch Agitation und Propaganda von der Notwendigkeit, über den bloßen Kampf im Rahmen des bürgerlichen Staates und der kapitalistischen Wirtschaft, also über den bloßen Tageskampf hinauszugehen, also ihre praktische Überzeugung von der Falschheit des Reformismus und von der Richtigkeit des Kommunismus"⁸⁶⁾.

Bestand hierin auch der Zweck der Einheitsfrontpolitik der KP, so war mit der Durchführung geschlossener Aktionen allein dieser Zweck noch nicht erreicht. Die Tagesforderungen oder Reformen, um die es den meisten Arbeitern bei solchen Aktionen zunächst ging, vertraten gerade auch die Reformisten. Während diese aber versuchten, Ziele und Verlauf der Tageskämpfe im Rahmen der bestehenden bürgerlichen Ordnung

82) Ebenda, S. 37, Frage 97

83) Ebenda, S. 37, Frage 98

84) Vergl. S. 12 dieser Arbeit

85) KPO-Plattform, S. 34, Frage 89

86) Ebenda

zu halten, waren die Kommunisten bestrebt, "diese Kämpfe so weit zu führen, wie die entwickelte Kampfkraft es ermöglicht" ⁸⁷⁾. Bereits dazu war es erforderlich, daß "1. die volle Freiheit und Selbständigkeit der kommunistischen Propaganda, 2. die volle Freiheit der kommunistischen Kritik an der Aktion, 3. die Unterbreitung sämtlicher Kampffragen den Entscheidungen der am Kampf beteiligten Arbeiter und ihre Organe" ⁸⁸⁾ gewahrt blieben; andernfalls sank die KP zum bloßen Anhängsel des Reformismus herab. Speziell die dritte Bedingung zielte darauf hin, den Arbeitern selbst weitgehendsten Einfluß auf die Aktionen zu geben; denn wenn auch die Einheitsfrontpolitik die reformistischen Organisationen einbezog, so doch nicht deshalb, um ihre "Stellvertreterpolitik" zu ergänzen oder die KP als "besseren" Stellvertreter zu profilieren, sondern gerade um die Arbeiter selbst in die Aktionen einzubeziehen. So schloß zwar die Politik der Einheitsfront zeitweilige Bündnisse mit den reformistischen Organisationen ein, erschöpfte sich aber nicht in einer Art linker Kartellpolitik ⁸⁹⁾, sondern diente der Intention nach dazu, die Aktion der Arbeiterklasse zu fördern.

Hatten sich mit Hilfe der Taktik der Einheitsfront Kämpfe um Tagesforderungen entwickelt, so hatte sich die Politik der Kommunisten damit

87) Ebenda, S. 36, Frage 94. Diese Orientierung an der Kampfkraft der betroffenen Arbeiter wurde durch folgende Aussage zur kommunistischen Gewerkschaftsarbeit noch verdeutlicht: "Die Kommunisten berücksichtigen bei jedem Kampf die vorhandene Kraft der Arbeiterklasse. Anarchisten und Ultralinke tun das nicht. Sie treiben eine gewerkschaftliche Putschtaktik, sie stellen Forderungen ohne Rücksicht auf die jeweils vorhandene Kampfkraft der Arbeiter". Ebenda, S. 60, Frage 164

88) Ebenda, S. 36, Frage 95

89) Ebenda, S. 36 f, Frage 96. Schon garnicht war - nach dem Verständnis der KPO - Einheitsfrontpolitik eine Vorstufe zur Verschmelzung der KP mit der reformistischen Partei, denn damit war die Eroberung der Arbeiterklasse für die kommunistischen Grundsätze und Ziele - wie es die KPO ausdrücken würde - nicht zu erreichen. War die Arbeiterklasse für den Kommunismus gewonnen, waren die reformistischen Organisationen zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken: aus einer Vereinigung der KP mit diesen Überbleibseln konnte kein Fortschritt der kommunistischen Bewegung erwachsen. War die reformistische Strömung innerhalb der Arbeiterbewegung noch nicht überwunden, so konnte eine Verschmelzung der KP mit dem organisatorischen Ausdruck dieser Strömung nur der Nährboden für einen Zentrismus neuer Art werden.

noch nicht erschöpft; ihre Aufgabe lag jetzt darin, "die Tageskämpfe mit einer konkreten Propaganda der kommunistischen Grundsätze und Ziele" ⁹⁰⁾ zu verbinden, wozu die geforderte Freiheit der Propaganda der KP bei solchen Aktionen unabdingbar war. Neben die Tagesforderungen trat die Propaganda der Endlosungen, doch mit einem solchen Nebeneinander von Tageslosungen, die sich nach der jeweiligen Aktion richteten, und der Propaganda der Endlosungen waren nach Auffassung der KPO die politischen Möglichkeiten der Kommunisten nicht erschöpft, die Annäherung weiterer Teile der Arbeiterklasse an den Kommunismus zu fördern. In den Tageskämpfen wurden zudem noch Übergangslosungen propagiert; dabei handelte es sich um solche Losungen, "die noch nicht kommunistische Endlosungen sind, aber den Rahmen des bürgerlichen Staates und der kapitalistischen Wirtschaftsordnung bereits überschreiten, die also geeignet sind, den Tageskampf zunächst geistig mit dem Kampf um die Macht zu verbinden und sodann, in Zeiten revolutionärer Krisen, ihn tatsächlich in den Machtkampf überzuleiten" ⁹¹⁾. Diese Übergangslosungen waren in der Periode der Tageskämpfe zunächst Propagandalosungen, die sich erst in der Periode des Kampfes um die Macht in Aktionslosungen verwandeln konnten ⁹²⁾. Die Übergangslosungen zielten also auf mehr als nur auf den nächsten Kampfschritt in den Tageskämpfen, sie zielten auf den ersten Schritt darüber hinaus, wenn auch zunächst nur ideell. Wenn von der objektiven Seite her die Bedingungen des Klassenkampfes sich geändert hatten, führte der Kampf um die Übergangslosungen "zur Zermürbung der bürgerlichen Macht im Staate und in der Wirtschaft und zur revolutionären Vereinigung und Schulung der proletarischen Kräfte" ⁹³⁾. So wurde "der Kampf um die revolutionären Übergangslosungen" "ein Hauptfaktor der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse für den Kommunismus" ⁹⁴⁾, denn die Arbeiter kämpften dann bereits um Ziele, die über die bürgerliche Gesellschaft hinausgingen, was dann an Hand der Kampferfahrungen deutlich

90) Ebenda, S. 36, Frage 94

91) Ebenda, S. 38, Frage 101

92) Vergl. ebenda, S. 38, Frage 102 und 103

93) Ebenda, S. 38, Frage 104

94) Ebenda, S. 32, Frage 83

gemacht werden konnte.

Einerseits zersetzten die Kämpfe um die Übergangslosungen die Macht des Klassenfeindes, andererseits sollten sie den Klärungsprozeß im Proletariat fördern, dessen Fortschritt sich im Maße der Abwendung von den reformistischen Organisationen zeigte. Um die Ablösung auch organisatorisch absichern zu können, mußten die Übergangslosungen organisierenden Charakter haben, den die Übergangslosungen deutlich trugen, die nach Auffassung der KPO "die wichtigsten für Deutschland" waren: "1. Die Losung der Arbeiterräte. 2. Die Losung der Soldatenräte. 3. Die Losung der Arbeiterkontrolle der Produktion" ⁹⁵⁾. Wenn die Ziele dieser Losungen erreicht waren, war der Kampf um die Macht des Proletariats entschieden; durch die Eroberung der Macht war dann die Voraussetzung geschaffen, um die Endlosungen, die bisher lediglich Gegenstand der Propaganda waren, zu verwirklichen. Scheiterte der Kampf um die Macht, so wurden auch die ansatzweise verwirklichten Übergangslosungen wieder hinfällig, die dann wieder zu Propagandalösungen zurücksanken.

Die Arbeiterkontrolle der Produktion war "in nicht akut revolutionärer Situation" ⁹⁶⁾ eine der wichtigsten Propagandalösungen, weil sie geeignet erschien, "den Gewerkschaftskampf in den politischen Kampf überzuführen" ⁹⁷⁾. Was zunächst als bloßer Reflexionszusammenhang, als subjektive Absicht, der KPO bestimmt schien, gründete sich nach ihrer Auffassung auf folgende objektive Gegebenheiten: Bestand der Inhalt des gewerkschaftlichen Kampfes zunächst "in der Verfechtung der Interessen des Arbeiters als Verkäufers der Ware Arbeitskraft" ⁹⁸⁾, so unterlag dieser Kampf einer "wachsende(n) Beschränkung der Erfolge" ⁹⁹⁾, weil der nur - gewerkschaftlichen Taktik, die auf der "Ausnützung der Konkurrenz der einzelnen Kapitalisten untereinander" ¹⁰⁰⁾ beruhte, durch

95) Ebenda, S. 39, Frage 106

96) Ebenda, S. 61, Frage 166

97) Ebenda

98) Ebenda, S. 53, Frage 146

99) Ebenda, S. 56, Frage 152

100) Ebenda, S. 56, Frage 153

die Monopolisierung¹⁰¹⁾ die Grundlage entzogen wurde. Durch "die fortschreitende relative und absolute Verschlechterung der Lage der Arbeiterschaft durch die Gesetze der kapitalistischen Entwicklung ... selbst"¹⁰²⁾ wurden die Gewerkschaften dazu gezwungen, "ihre Anstrengungen zu richten auf den Sturz des kapitalistischen Systems"¹⁰³⁾. Dabei mußte "der Rahmen des gewerkschaftlichen Kampfes und seiner Methoden ... zu diesem Zweck überschritten werden"¹⁰⁴⁾. Aus diesem Grunde wurden die Kampfformen und -ziele notwendig, die in den Übergangsforderungen enthalten waren. Die Übergangslösungen, wie sie die KPO vertrat, waren Ausdruck der Einschätzung, daß den in der Aufstiegsphase des Kapitalismus entwickelten Kampfmethoden der deutschen Arbeiterbewegung in der in der Weimarer Republik eingetretenen Phase "des Imperialismus, in dem der Niedergang des Kapitalismus im Weltmaßstab einsetzt"¹⁰⁵⁾, die objektive Grundlage entzogen wurde. Der Versuch des überwiegenden Teils der Arbeiterklasse, der noch reformistisch orientiert und organisiert war, den erreichten Lebensstandard mit den alten Mitteln zu behaupten, mußte somit notwendig scheitern, so daß die Arbeiter gezwungen waren, sich nach anderen Methoden des Klassenkampfes umzusehen, um mit ihnen ihre subjektive Absicht, sich im Kapitalismus zu behaupten, zu verwirklichen. Da jedoch diese Ziele nicht mehr im Kapitalismus durchzusetzen waren, verwandelte sich der Kampf auch der reformistischen Arbeiter in den Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft. Die Propaganda der Übergangslösungen diente nach dem Verständnis der KPO zunächst dazu, die neuen – der veränderten Situation angepaßten – Kampfmethoden zu verdeutlichen; im nächsten Schritt waren sie dann ein Mittel, subjektiv klarzulegen, daß der Kampf den Rahmen des Kapitalismus objektiv überschreiten mußte, um erfolgreich sein zu können. Danach waren die Übergangslösungen ein Hebel, um die Kräfte der Arbeiterklasse so zu organisieren, daß der Kampf um die Macht aufgenommen werden konnte, wobei

101) Vergl. ebenda, S. 56, Frage 153; zur grundsätzlichen Einschätzung der ökonomischen Entwicklungsstufe vergl. ebenda, S. 8 ff.

102) Ebenda, S. 56, Frage 152

103) Ebenda, S. 55, Frage 151

104) Ebenda

105) Ebenda, S. 8, Frage 9

dieser letzte Schritt eine Aktualisierung der latent vorhandenen Tendenz des Niedergangs des Kapitalismus voraussetzte.

Diese Übergangslosungen nahmen in der Konzeption von Taktik der KPO eine zentrale Stelle ein, wobei sich die Kommunistische Opposition bewußt in Gegensatz zum Programm der KI stellte ¹⁰⁶⁾. Diesen Gegensatz hob das EKKI in seinem "Offenen Brief" gegen die "Rechten" hervor: "Die rechte Fraktion entstellt in opportunistischer Weise die revolutionären Übergangslosungen der Periode, die durch eine unmittelbar revolutionäre Situation gekennzeichnet ist. Die revolutionäre Losung "Produktionskontrolle" wird von ihr in opportunistischem Geiste ausgelegt und in die reformistische Losung "Wirtschaftsdemokratie" verwandelt" ¹⁰⁷⁾. Dieser Vorwurf des Opportunismus gegen die von der KPO vertretene Interpretation der Übergangsforderungen war nicht 1928 zum ersten Mal erhoben worden. Bereits in der Debatte um das Programm der KI auf dem IV. Weltkongreß der KI im Jahre 1922 hatte Bucharin ausgeführt: "Einige Genossen behaupten, daß die taktischen Fragen, wie die Erfassung der Sachwerte in Deutschland, die Taktik der Einheitsfront oder die Frage der Arbeiterregierung auch programmatisch festgestellt werden sollen ... Aber ich behaupte, der Wunsch, diese Fragen festzulegen, ist nichts anderes, als der Ausfluß der opportunistischen Einstellung der betreffenden Genossen" ¹⁰⁸⁾. Nach Bucharin bestand eine Basis für solche taktischen Mittel "in einer gewissen Depression innerhalb der Arbeiterbewegung. Und diese Defensive, in der sich das Proletariat befindet, wollen diese Genossen programmatisch festlegen, also die Offensive unmöglich machen" ¹⁰⁹⁾. Die taktischen Fragen sollten nach Bucharin nicht im allgemeinen Programm der KI oder in den jeweiligen nationalen Teilen der Programme der Sektionen behandelt werden, sondern in einem Aktionsprogramm, "das beliebig

106) Vergl. ebenda, S. 4

107) Das Präsidium des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale: Offener Brief des EKKI an die KPD über die rechte Gefahr in der KPD. In: Internationale Presse-Korrespondenz 8. Jg., 1928, Nr. 142 vom 21. 12. 1928. Deutsche Ausgabe, S. 2830

108) Protokoll des Vierten Weltkongresses der Kommunistischen Internationale. Petrograd - Moskau vom 5. 11. bis 5. 12. 1922. Hamburg 1923. Reprint Erlangen 1972, S. 421. Im folgenden zitiert als: Protokoll des IV. Weltkongresses. 109) Ebenda

rasch verändert werden kann, vielleicht alle zwei Wochen" ¹¹⁰⁾. Dagegen wandte sich Thalheimer mit seiner Frage: "Inwieweit ist es möglich, die taktischen Grundsätze - ... ich meine nicht die konkreten Tageslosungen, ... sondern die taktischen Grundsätze - von den übrigen Grundsätzen und Zielen zu trennen" ¹¹¹⁾? Thalheimer hielt eine Trennung, wie sie Bucharin vorschlug, für einen schweren Irrtum, denn für Thalheimer war die 2. Internationale der Beweis dafür, "daß gerade diese Abtrennung der taktischen Grundsätze von den Zielen den Übergangspunkt ihres Abgleitens in den Opportunismus bildet" ¹¹²⁾. Die Differenz der Kommunisten zu den Reformisten bestand nach Thalheimer darin, daß die Kommunisten das Endziel, den Kommunismus, anstrebten und die Reformisten nicht. Der Beweis für diese grundlegende Differenz konnte damit angetreten werden, indem gezeigt wurde, daß die Reformisten einen anderen Weg einschlugen, worin praktisch die Differenz im Ziel sichtbar wurde. "Ich sage also, die spezifische Differenz zwischen uns und den Reformsozialisten liegt nicht darin, daß wir Reform-, Etappenforderungen in ein chambre séparée abtrennen und aus unserem Programm herausbringen, sondern sie besteht darin, daß wir diese Übergangsforderungen und Übergangslosungen in den strengsten Zusammenhang mit unseren Grundsätzen und Zielen bringen" ¹¹³⁾. Diese Übergangsforderungen hatten gerade deshalb ihre Bedeutung, weil die KP's nicht auf ein Minimalprogramm verzichten konnten, bevor sie die Macht erobert hatten, wie Thalheimer zustimmend Lenin zitierte ¹¹⁴⁾;

110) Ebenda 111) Ebenda, S. 432 112) Ebenda 113) Ebenda, S. 433

114) Thalheimer referierte ebenda, S. 433 ff, ausführlich Lenins Schrift "Zur Revision des Parteiprogramms" aus dem Oktober 1917 (In: Lenin Werke, Band 26, 2., verbesserte Auflage, Berlin 1970, S. 137 ff). Lenin wandte sich damals - d. h. vor der Oktoberrevolution - gegen die Forderung Bucharins, das Minimalprogramm zu streichen, er meinte, ein Programm der Übergangsmaßnahmen zum Sozialismus wäre ausreichend. Nach Lenins Position mußte das Minimalprogramm erhalten bleiben, da die Übergangsmaßnahmen - dieses Wort hatte in dieser Diskussion eine andere Bedeutung als der später von Thalheimer verwandte Begriff Übergangsforderungen - erst nach der Eroberung der Macht anwendbar würden. Seine Kritik an Bucharin faßte Lenin so zusammen: "Wollten wir das Minimalprogramm jetzt streichen, so würden wir damit beweisen, daß wir, noch ehe wir gesiegt haben, den Kopf verloren haben". Lenin Werke, Band 26, S. 159 f; zitiert von Thalheimer in: Protokoll des IV. Weltkongresses, S. 436

damit das Minimalprogramm nicht in den Opportunismus abglitt, hatte die KI "die taktischen Grundregeln zu geben, die taktischen Grundsätze, die Methoden, um mich so auszudrücken, aus denen alle diese konkreten Forderungen eindeutig und sicher abgeleitet werden können" ¹¹⁵⁾. Für Thalheimer mußte "ein Programm eine Handhabe für alle wesentlichen Übergangsphasen geben. Ein Programm, das uns in diesen Phasen im Stiche läßt hat wenig politischen Wert " ¹¹⁶⁾.

Die Leitung der russischen Delegation auf dem Weltkongreß - Lenin, Trotzki, Sinowjew, Radek und Bucharin (!) - erklärte später einstimmig, "daß die Aufstellung der Übergangsforderungen in den Programmen der nationalen Sektionen und ihre allgemeine Formulierung und theoretische Begründung in dem allgemeinen Teil des Programms nicht als Opportunismus aufgefaßt werden können" ¹¹⁷⁾. Ein Antrag des Präsidiums des Weltkongresses, der angenommen wurde, bestätigte ebenfalls die Auffassung Thalheimers, wenn es dort u. a. hieß: " Die theoretische Grundlage für alle Übergangs- und Teilforderungen muß bestimmt gegeben werden in dem allgemeinen Programm" ¹¹⁸⁾. Die Kritik Bucharins lief zwar auch - wie 1928 die des EKKI - daraufhinaus, Thalheimer des Opportunismus zu bezichtigen, doch Bucharin begründete das damit, daß Thalheimer versuche, mit der Aufnahme der Übergangsforderungen in das KI - Programm die kommunistische Bewegung auf dauernde Defensive festzulegen, d. h. implizit, daß für Bucharin Übergangsforderungen gerade in nicht-revolutionären Situationen angebracht wären, wohingegen Thalheimer auch im Vormarsch des Proletariats den Übergangsforderungen grundlegende Bedeutung zumaß. Ein Ergebnis der Diskussion auf dem IV. Weltkongreß lag also darin, daß die Übergangsforderungen als ein taktisches Mittel für die Arbeit der Kommunisten in nicht-revolutionären Situationen angesehen wurden, ein Ergebnis, das durch das auf dem VI. Weltkongreß beschlossene KI-Programm de facto wieder zunichte gemacht wurde, denn in diesem Programm wurde ausgeführt:

115) Ebenda, S. 437

116) Ebenda, S. 438,

117) Ebenda, S. 542

118) Ebenda, S. 543. Vergl. auch August Thalheimer: Der Stand der Programmdiskussion nach dem 4. Kongreß. In: Die Internationale, Jg. 6, Heft 1, Berlin 1921, S. 22 f.

"Wenn kein revolutionärer Aufschwung vorhanden ist, müssen die kommunistischen Parteien, ausgehend von den Tagesnöten der Werktätigen, Teillosungen und Teilforderungen aufstellen und sie mit den Hauptzielen der Kommunistischen Internationale verknüpfen. Hierbei dürfen die Parteien nicht solche Übergangslosungen aufstellen, die das Vorhandensein einer revolutionären Situation zur Voraussetzung haben und in einer anderen Situation zur Losung des Verwachsens mit dem System kapitalistischer Organisationen werden (z. B. die Losung der Produktionskontrolle und ähnliche)" ¹¹⁹⁾. Von dieser Position aus warf das EKKI Ende 1928 der späteren KPO "Opportunismus" vor, was immanent nur heißen konnte, daß eine "revolutionäre Situation" für das EKKI nicht existierte. Nach der Ideologie der "dritten Periode", die 1928 begonnen haben sollte, bestand nun objektiv eine revolutionäre Situation; damit die Kritik des EKKI immanent stimmig blieb, mußte der Vorwurf dahingehend interpretiert werden, daß in die revolutionäre Situation auch die subjektive Seite, die der Arbeiterbewegung, eingeschlossen sein sollte. Gerade daran wurde deutlich, daß der Sinn der Übergangsforderungen, nämlich das Weitertreiben der Tageskämpfe, um revolutionäres Bewußtsein zu fördern, vom EKKI völlig verkannt wurde. Die Interpretation der Übergangsforderungen seitens der KI lief daraufhinaus, Übergangslosungen erst dann zuzulassen, wenn um ihre Verwirklichung gekämpft wurde, beim Kampf um die Macht. Diesen Kampf führen zu können, setzte voraus, daß die Mehrheit der Arbeiterklasse für den Kommunismus gewonnen war, und gerade dabei - bei der Eroberung des Proletariats für den Kommunismus - hatten die Übergangsforderungen als Propandalosungen ihre Bedeutung ¹²⁰⁾, doch genau das wurde von der KI negiert. Sie verbaute sich - auch - damit die Möglichkeit, die Arbeiterklasse zu gewinnen. Daß diese Auffassung der KI, die mit der Aufgabe der Übergangslosungen der Einheitsfront- und Gewerkschaftstaktik die Entwicklungsmöglichkeiten nahm, praktisch Passivität und wortradikale Propaganda zur Folge haben mußte, zeigte deutlich

119) Programm der KI, S. 97

120) Vergl. die Seiten 20 ff dieser Arbeit

die KPD, die ab 1929 nur noch die Worte Einheits- und Gewerkschaftspolitik weiterführte, ohne sie inhaltlich zu betreiben. Die Ideologie des "Sozialfaschismus" und der RGO waren Ausdruck einer Auffassung, die die Entwicklung von revolutionärem Bewußtsein als Folge nicht mehr der praktischen Kämpfe der Arbeiter, sondern als Folge der Propaganda ansah. Während die KPO versuchte, den von ihr gesehenen objektiven Zusammenhang zwischen dem Kampf um Tagesforderungen und dem Kampf um die Macht durch Übergangsforderungen ideell herauszuarbeiten, dem tatsächlichen Hinausgehen der Arbeiter beim Kampf um Tagesforderungen eine Richtung zu weisen und daraufhinzuwirken, die Möglichkeiten zu Tageskämpfen durch die Einheitsfrontpolitik der Kommunisten zu verbessern, denn nur durch die Erfahrung der reformistisch orientierten Arbeiter mit "ihren" Organisationen im praktischen Kampf mit Kapitalisten und bürgerlichem Staat konnten diese Arbeiter in größerer Zahl den Weg zum Kommunismus finden, sah die KPD keinen Zusammenhang zwischen Tageskämpfen und schließlichem bewaffneten Aufstand: aus diesem Grunde "verband" sie die Auseinandersetzungen um Tagesforderungen mit Propaganda für die proletarische Revolution und gegen die Sozialdemokratie, wobei sie diese Aufklärungspolitik so führte, daß sie den Reformisten alle Möglichkeiten gab, die KPD von den sozialdemokratisch gesinnten Arbeitern zu isolieren. Da die Verbindung zwischen den verschiedenen Stufen des Klassenkampfes nach Auffassung der KPD nur mit Propaganda zu schaffen war, drängte sich die folgende Logik auf: je wortradikaler die eigene Propaganda, desto besser wirkt sie; und dabei war es dann egal, ob damit die praktische gemeinsame Aktion von reformistischen und revolutionären Arbeitern auf der Strecke blieb. Diese Andeutungen der Folgen einer inhaltlichen Aufgabe der Übergangsforderungen sollen nicht eine Kritik der KPD - Politik seit 1918 darstellen, sondern nur aufzeigen, wieso der KPO die Interpretation der Übergangsforderungen, wie sie das KI-Programm vornahm, so entscheidend fehlerhaft erschien ¹²¹⁾.

121) Vergl. KPO-Plattform S. 4

Setzte sich die KPO zunächst nur in taktischen Fragen – wenn auch entscheidenden – von der KI und ihrer deutschen Sektion ab, so sah sie von vorn herein die Gefahr, daß die falsche Taktik der KI diese dahin führen könnte, auch Grundsätze und Ziele des Kommunismus aufzugeben. "Nur die Anwendung der richtigen Mittel zur Verwirklichung der kommunistischen Grundsätze und Ziele ist die tatsächliche Gewähr der Grundsatztreue. Umgekehrt muß eine falsche Taktik, d. h. die Anwendung von ungeeigneten Mitteln ihrer Verwirklichung auf die Dauer zur Preisgabe ihrer Grundsätze führen" ¹²²⁾. Da die KPO zunächst die Fehler der offiziellen kommunistischen Bewegung als Kinderkrankheiten verstand, mußte sie vom ursprünglichen Konzept, das die Kommunistische Opposition "als geschlossene kommunistische Richtung innerhalb und außerhalb des organisatorischen Rahmens der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Kommunistischen Internationale" ¹²³⁾ verstand, erst abgehen, als die Fehler von KI und KPD nicht mehr darauf zurückzuführen waren, daß die KI und ihre Sektionen noch zusehr damit befaßt waren, sich die Grundsätze und Ziele des Kommunismus anzueignen, und es dabei nicht schafften, diese entsprechend umzusetzen. Die Einschätzung, wann die falsche offizielle Taktik der KI die richtigen Prinzipien beseitigte, war für die KPO von ausschlaggebender Bedeutung für die eigene Arbeit; Differenzen in dieser Einschätzung führten zu verschiedenen Konflikten ¹²⁴⁾. Auch nach der Zerschlagung der legalen deutschen Arbeiterbewegung 1933, die die KPD auf Grund ihrer falschen Politik nicht hatte verhindern können, während die KPO nicht über Ansätze hinaus kam, gewissermaßen die Funktion der KPD zu übernehmen und diese Aufgabe zu lösen, blieb die KPO zunächst bei ihrer Selbst-

122) Ebenda, S. 5, Frage 1

123) Ebenda, S. 3

124) So ging Anfang 1932 fast ein Viertel der KPO-Mitglieder zur SAP, um in dieser neu – aus der Sozialdemokratie – entstandenen Partei ihre politischen Auffassungen durchzusetzen. Die als KPO-Minderheit bezeichnete Gruppe trat für die Entwicklung einer neuen KP außerhalb der KI ein, während sich die Mehrheit der KPO weiterhin als Strömung innerhalb und außerhalb der KPD und KI verstand. Vergl. Tjaden: KPO, S. 238 ff, 282 ff; vergl. auch Hanno Drechsler: Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik. Meisenheim an der Glan, 1965. Reprint Erlangen, 1971. S. 190 ff. Im folgenden zitiert als: Drechsler: SAP

interpretation als Strömung innerhalb der KPD und sah sich explizit nicht als Keimform einer neuen Partei.

1934 wandte sich die KPO an die KI und die KPD¹²⁵⁾, weil man in der Veränderung der Politik, wie sie zunächst in Frankreich deutlich wurde, eine Möglichkeit sah, die eigenen Auffassungen zum Tragen zu bringen, zumal das Scheitern der "Linie" nicht mehr zu verheimlichen war, und im deutschen Widerstand bereits die Argumente der KPO aufgenommen wurden. In der Antwort des EKKI auf den Antrag der "Internationalen Vereinigung der Kommunistischen Opposition" (IVKO)¹²⁶⁾, deren führendes Mitglied die KPO war, zum VII. Weltkongreß der KI zugelassen zu werden, hieß es im Jahre 1934: Die sechs Jahre seit dem VI. Weltkongreß hätten "voll und ganz die Richtigkeit der Einschätzungen und der taktischen Linie, die vom VI. Weltkongreß festgelegt wurde, bestätigt ..." ¹²⁷⁾, während die KPO durch dieselbe gesellschaftliche Entwicklung "in glänzender Isolierung abseits von der Massenbewegung der Arbeiterklasse" ¹²⁸⁾ stünde und "mit einer immer kleiner werdenden

125) Vergl. Tjaden: KPO, S. 332

126) Vergl. zur IVKO: KPO-Plattform, S. 75, Frage 195; Tjaden: KPO, S. 259 ff. – Als 1939 sich die IVKO auf die KPO reduziert hatte, faßte die KPO die Entwicklung dieser Vereinigung so zusammen: "Als seinerzeit der ultralinke Kurs in der Komintern begann, wurde die IVKO zum Sammelpunkt der Kräfte, die diesen Kurs ablehnten und die deswegen auch vor einem offenen Konflikt mit der KI nicht zurückschreckten. Das waren die Kommunistische Partei Schwedens, die Gruppe Mot Dag als Sympathisierende, starke Kräfte der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, vor allem kommunistische Gewerkschaftler, Teile der Kommunistischen Partei der Schweiz (Zürich und Schaffhausen) und die damalige Mehrheit der kommunistischen Organisation in den Vereinigten Staaten. Alle diese Organisationen führten eine richtige kommunistische Gewerkschaftspolitik durch, aber sie sind darüber nie hinausgekommen. Da sie es nicht verstanden, die kommunistischen Grundsätze in ihrer Gesamtheit in ihren Ländern konkret weiterzuentwickeln, gingen sie schließlich den Weg zurück und verließen den Boden der kommunistischen Grundsätze überhaupt Die KPD (O) hat als einzige Organisation diese Grundsätze nicht verlassen, weil sie allein es verstanden hat, alle kommunistischen Grundsätze konkret auf die besondere Lage in Deutschland anzuwenden". Der Internationale Klassenkampf, herausgegeben von der IVKO, Paris, IV. Jahrgang, Nr. 2, S. 2, 1939. Zitiert nach Tjaden: KPO, S. 331 f. Vergl. auch Tjaden: KPO, S. 271.

127) Die Brandlerianer und ihr Schreiben an das EKKI. In: Kommunistische Internationale, 15. Jg., Heft 17, Basel 1934, S. 1729

128) Ebenda, S. 1730

Zahl von Anhängern" ¹²⁹⁾ zurückgeblieben wäre. Mit dieser "Einschätzung" im Rücken konzedierte das EKKI einige Veränderungen der Positionen der KPO ¹³⁰⁾, die allerdings in den angesprochenen Fragen stets - mehrheitlich - diese "neuen" Positionen vertreten hatte, und war bereit, über die Wiederaufnahme "ausgeschlossener Brandlerianer und anderer" zu diskutieren, wenn sie ausreichende "Garantien ... für eine völlige und bedingungslose Unterwerfung unter die Disziplin ihrer Partei und der Kommunistischen Internationale leisten werden" ¹³¹⁾. Während es der KPO darum ging, "durch Teilnahme an den Beratungen des VII. Weltkongresses festzustellen, ob und inwieweit die bisherigen taktischen Differenzen sich überwinden lassen" ¹³²⁾, verlangte die KI, daß die Mitglieder der IVKO "offen und ohne Vorbehalte die Richtigkeit des Standpunktes der Kommunistischen Internationale, deren Programm, die Beschlüsse ihrer Kongresse, ihre letzten Beschlüsse zur Frage der Einheitsfront und über die Lage in Deutschland, ihre Taktik und ihre Disziplin anerkennen" ¹³³⁾. Da es der KPO nicht darum ging, wieder Mitglied einer Organisation zu werden, die - weiterhin - eine falsche Politik machte, sondern darum, in dieser Organisation die von der KPO entwickelte richtige Politik durchzusetzen, brach der mit dem Brief der IVKO geknüpfte Kontakt zur KI wieder ab ¹³⁴⁾.

Seit 1934 entwickelte sich in der KI die Volksfronttaktik, die auf dem VII. Weltkongreß offiziell zur Linie erhoben wurde. Dieser Rechts-Schwenk der KI hätte nun bei der alten "Rechts"-Opposition, wie die

129) Ebenda, S. 1732 130) Vergl. ebenda, S. 1734

131) Ebenda, S. 1737

132) Brief des Engeren Büros der IVKO an das EKKI, zitiert ebenda, S. 1735 133) Ebenda, S. 1736

134) Um die Haltung des EKKI näher zu klären, müßte auf die damalige Situation des Widerstandes in Deutschland eingegangen werden, in dem die KPO eine wichtige Rolle spielte. Als Beispiel sei hier nur die Aktivität Otto Engerts genannt. Vergl. Arpo-Briefe 16/1/16 ff. Auf die immanenten Widersprüche der Haltung des EKKI kann hier nur hingewiesen werden: wenn die KPO so isoliert gewesen wäre, wie das EKKI behauptete, wäre es unnötig, in dieser Form auf sie einzugehen. Wenn man die damaligen Jahrgänge der "Kommunistischen Internationale" durchsieht, muß man den Eindruck gewinnen, als wäre das EKKI so sehr doch nicht von der Richtigkeit der eigenen Politik überzeugt gewesen; auch der 1934 gerade wieder aufgeschobene VII. Weltkongreß der KI kann nur sehr mühsam als konsequente Weiterentwicklung der Beschlüsse des VI. Kongresses aufgefaßt werden. - Weiter auf S. 31.

KPO oft bezeichnet wurde, eigentlich Zustimmung finden müssen; die tatsächliche Entwicklung verdeutlichte demgegenüber aber die Differenzen der KPO zur KI nur noch mehr. Ziel der KPO war es auf theoretischem Gebiet stets gewesen, den Weg der deutschen und westeuropäischen Revolution herauszuarbeiten; von daher hatte sie die Politik der KI kritisiert, weil diese nicht im Stande war, die - KPO und KI gemeinsamen - Grundsätze und Ziele des Kommunismus richtig anzuwenden. Solange sich dieser Fehler der KI in einer ultralinken Politik ausgedrückt hatte, mußte die KPO diese Politik gewissermaßen von rechts her kritisieren; rückte die KI in ihrer Politik nun nach rechts, so bedeutete das nicht automatisch, daß sie nun die richtige kommunistische Politik entwickelt hatte.

Nach Auffassung der KPO kam es im Kampf gegen den Faschismus darauf an, die Einheitsfronttaktik anzuwenden, wie es die KPO z. B. im Kampf gegen den Faschismus in Deutschland getan hatte ¹³⁵⁾. Dabei hatte sich die KPO nie dagegen gewandt, zu versuchen, die Mittelschichten für ein Bündnis mit der Arbeiterklasse zu gewinnen ¹³⁶⁾, sondern hatte versucht, mit einer erfolgreichen Einheitsfrontpolitik auch für diese Bündnispolitik die Grundlage zu schaffen: " Wir haben den gemeinsamen Einheitsfrontkampf mit sozialdemokratischen Arbeitern, Kleinbürgern, Kleinbauern immer gefordert und fordern dies heute. Was wir bestritten haben und bestreiten, das ist, daß die kampffähige Einheitsfront der

135) Zur Konzeption der KPO im Kampf gegen den Faschismus vergl. u. a. August Thalheimer: Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus? Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind die reformistischen Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampfe gegen den Faschismus versagt und wie muß sie geändert werden? Berlin 1932. Reprint: Bremen o. J..
Im folgenden zitiert als: Thalheimer: Wie Einheitsfront?

136) Vergl. KPO-Plattform, S. 30, Frage 74

noch 134) Nach einer Mitteilung von Th. Bergmann vom 13. 5. 1975, die auf einer Auskunft eines Mitgliedes der Auslandsleitung der KPO aus jener Zeit fußt, "gab (es) zu keiner Zeit nach 1928 Kontakte, implizite also Verhandlungen der KPO mit der KI oder umgekehrt".

Arbeiter und übrigen Werktätigen durch ein Bündnis mit den Spitzen der bürgerlichen Parteiführungen geschaffen werden kann" ¹³⁷⁾. Das Bündnis mit Teilen der Bourgeoisie, die nicht unter die Faschismus - Definition der KI fielen ¹³⁸⁾, lehnte die KPO mit samt der zugrundeliegenden Begründung ab ¹³⁹⁾, denn für sie war "die Volksfrontpolitik..... aber nichts anderes als ein neuer Name für die bankrotte Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitik, die in Deutschland und Österreich so wirksame Vorarbeit für den Faschismus geleistet" ¹⁴⁰⁾ hatte. Einige Zeit nach dem VII. Weltkongreß mußte die KPO feststellen, daß sich die zunächst noch vorhandenen Unklarheiten der Beschlüsse dieses Kongresses geklärt hatten, und zwar "in einem Sinne, daß die bisherigen Möglichkeiten des Abrutschens in den Opportunismus in weitestem Maße zur Wirklichkeit geworden sind und daß die Grundsätze des Kommunismus verlassen sind" ¹⁴¹⁾. Im Juni 1937 stand es für die KPO fest: "Die Volksfrontpolitik hat dazu geführt, daß die Grundsätze des Kommunismus nicht nur in der politischen Praxis der kommunistischen Parteien verlassen worden sind und täglich mit Füßen getreten werden, sondern auch, daß selbst ihre theoretische Kenntnis und Anerkennung verloren geht" ¹⁴²⁾. Nach dem Zusammenbruch der Volksfront in Frankreich mußte die KPO im Dezember 1938 resümieren: "Die Aufgabe, an der der

137) Volksfrontpolitik, ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem "Internationalen Klassenkampf" von 1935-1939. Herausgegeben und eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik. Bremen o. J., S. 19. Im folgenden zitiert als: Volksfrontpolitik. - Der "Internationale Klassenkampf" war von 1939 das Organ der IVKO. Im Vorwort der GAP zu dieser Broschüre wird die theoretische Beziehung dieser Gruppe zur KPO sehr deutlich. Vergl. Volksfrontpolitik, S. I-VIII.

138) Vergl. Protokoll des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale. Moskau 25. Juli - 20. August 1935. In: Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung. 4. Jg., Nr. 35, 37, 39, 40, 42, 45, 47, 49, 50, 52, 54, 56, 58, 60, 62, 65, 66, 67, 72, 74. Basel 1935. Reprint: Erlangen 1974, S. 322, wo Dimitrov ausführte: "Der Faschismus an der Macht... ist.. die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals".

139) Vergl. Volksfrontpolitik, S. 8

140) Ebenda, S. 78

141) Der Internationale Klassenkampf, 1. Jg., Nr. 3, S. 1; zitiert nach Tjaden: KPO, S. 334

142) Volksfrontpolitik, S. 21

Reformismus, und der ultralinke Kurs der Kommunisten in Deutschland und Österreich, und jetzt der neue Reformismus in Gestalt der Volksfrontpolitik gescheitert ist, besteht darin, den Übergang zu finden im entwickelten kapitalistischen Staat, vom Boden der bürgerlichen Demokratie mit breiten legalen proletarischen Massenorganisationen unter Ausnützung der demokratischen Rechte der Arbeiter und Werktätigen den Kampf um die proletarische Diktatur zum Aufbau des Sozialismus zu organisieren. Alle diese Versuche sind bis jetzt gescheitert. Die russische Revolution stand vor diesem Problem nicht. Die Unerfahrenheit der Führer der russischen Revolution auf diesem Gebiet, verschärft durch die Vernichtung der innerparteilichen Demokratie in der Kommunistischen Internationale, die die Auswertung der Erfahrungen der Kommunisten in den entwickelten kapitalistischen Ländern unmöglich machte, ist die Ursache dafür, daß die Kommunistische Internationale unfähig war, die richtigen Lehren aus der deutschen Niederlage und dem Zusammenbruch des ultra-linken Kurses zu ziehen. Vom linken Straßengraben wechselten sie in den rechten, von der Unterschätzung des Reformismus und Faschismus in Deutschland wechselten sie zur reformistischen Praxis, zur Kapitulation vor dem Reformismus " 143).

Nach Auffassung der KPO war die KI daran gescheitert, daß sie sich nicht in der Lage gezeigt hatte, die Anwendung der kommunistischen Ziele und Grundsätze auf die je konkreten gesellschaftlichen Bedingungen zu schaffen. War die "linke" Phase der KI 1928 - 1934 noch damit zu erklären, daß ihre Sektionen noch damit befaßt waren, sich die kommunistischen Prinzipien anzueignen, so war die Phase danach dadurch gekennzeichnet, daß diese Prinzipien zunächst praktisch und dann theoretisch aufgegeben wurden. Diese Entwicklung war der Beweis für die Ausgangsposition der KPO, daß kommunistische Politik ohne die entsprechende Umsetzung notwendig zu Grunde gehen würde. So gesehen waren die Möglichkeiten, die die Oktoberrevolution für das Proletariat geschaffen hatte, 1939 zum größten Teil vertan, weil die "Übersetzung" der Erfahrungen der russischen Revolution auf andere Länder nicht gelang bzw. sich nicht durchsetzen konnte, weil die russische KP mit

143) Ebenda, S. 78 f

ihrer ganzen Autorität solche "Übersetzungen" blockierte; die sich dagegen auflehrenden Kräfte – vor allem die KPO – waren zu schwach, sich dennoch durchzusetzen. 1939 war dann die Oktoberrevolution auf ihren geographischen Ausgangspunkt zurückgeworfen, und die UDSSR mußte sich nun unter ungeheureren Opfern aus eigener Kraft behaupten¹⁴⁴⁾

Am Vorabend des 2. Weltkrieges hatte sich die Situation ergeben, daß durch das Scheitern des Versuches, die russischen Erfahrungen umzusetzen, ein Teil der sich an diesen Erfahrungen orientierenden Arbeiterbewegung durch den Faschismus vernichtet wurde, so in Deutschland, während ein anderer Teil, so die französische kommunistische Bewegung, tendenziell zum Reformismus überging. Auch die Bedingungen für die Entwicklung in der Sowjetunion wurden durch diese Niederlagen erheblich verschlechtert.

Im Dezember 1938 bestand die Aufgabe der KPO darin, zu helfen, "mit den Volksfrontpolitikanten Schluß zu machen, sich auf den Boden der kommunistischen Grundsätze und der Erfahrungen der Geschichte der Arbeiterbewegung der Nachkriegszeit neu zu organisieren, die revolutionäre Einheitsfront der Arbeiter mit den betrogenen Kleinbürgern und Kleinbauern unter Ausschluß der bürgerlichen Parteien und ihrer Führer neu zu schaffen"¹⁴⁵⁾. Weil durch den bald darauf beginnenden 2. Weltkrieg der Wirkungskreis der KPO noch einmal stark reduziert wurde, konnten sich die politischen Bemühungen der KPO auf der Linie der oben skizzierten Einschätzungen kaum entfalten und wurden im Ansatz erstickt.

1.3. Zusammenfassung

Was bisher abstrahierend zusammengefaßt worden ist, wurde von den Mitgliedern der KPO zunächst innerhalb der KPD und der KI, später außerhalb dieser Organisationen erarbeitet; genauer gesagt sammelte sich die KPO bei dem Versuch, den Weg der deutschen Revolution herauszuarbeiten. Der KPO wandten sich gerade die Teile der kommunistischen

144) Die Stellung der KPO zur inneren Entwicklung der SU wird nicht behandelt; vergl. dazu Teil 7.3. dieser Arbeit

145) Volksfrontpolitik, S. 80

Bewegung in Deutschland zu, die durch eine eigenständige Auseinandersetzung mit den anstehenden Fragen kommunistische Politik mit der "Linie" – d. h. den offiziellen Auffassungen der KI und ihrer Sektionen – in Konflikt gekommen waren. Diese Fähigkeit, von der allgemeinen Grundlage kommunistischer Politik aus selbständig theoretisch und politisch aktiv zu werden, war die Basis für die – im Verhältnis zum Umfang der Gruppe – enorme Aktivität der KPO bis 1933; diese Fähigkeit half auch dabei, unter den veränderten Bedingungen der Illegalität die politische Arbeit fortzusetzen.

Nach 1945 bestand für die überlebenden Mitglieder der KPO die alte Aufgabe neu: es kam unter den veränderten Bedingungen darauf an, den Weg der proletarischen Revolution in Deutschland herauszuarbeiten, wobei man in der Weise auf die Erfahrungen der KPO der Weimarer Republik zurückgreifen konnte, wie darin allgemeine, d. h. für verschiedene Lebensabschnitte des Kapitalismus zutreffende, Erkenntnisse enthalten waren.

Der Kern des politischen Programms der KPO war die Herausarbeitung des Weges der proletarischen Revolution in Deutschland; dazu kam es darauf an, die Grundsätze und Ziele des Kommunismus auf die Lage des Klassenkampfes im Weltmaßstab und speziell in Deutschland anzuwenden. Wie diese Anwendung aussah, wurde im obenstehenden in bestimmten Punkten ausgeführt; kurz zusammengefaßt ergibt sich:

1. Die Entwicklung des Kapitalismus schafft objektive Voraussetzungen für die proletarische Revolution; ohne diese Voraussetzungen kann es keine Revolution geben.
2. Die objektive Voraussetzung bedeutet nicht, daß automatisch die subjektiven Voraussetzungen für die Revolution ebenfalls vorhanden sind.
3. Diese subjektiven Voraussetzungen zu entwickeln, ist die Aufgabe der kommunistischen Partei ¹⁾; dabei kann die Aktion der Partei die des

1) Die Existenz der Kommunistischen Partei war für die KPO ein Ausgangspunkt ihrer politischen Überlegungen. Wenn sie dieser Partei auch bestimmte Aufgaben zuwies, so war sich die KPO doch darüber im klaren, daß die empirische Herausbildung der Kommunistischen Partei selbst ein Resultat des Klassenkampfes war. Diese Entstehung der KP hatte die KPO – d. h. ihr Mitglied Thalheimer – in der Schrift

Proletariats nicht ersetzen.

4. Die zunächst reformistischen Arbeiter müssen durch eigene Kampferfahrungen ihre falschen Vorstellungen überwinden; die Kämpfe um Tagesforderungen sind deshalb von den Kommunisten zu fördern und – entsprechend den Kräfteverhältnissen – weiterzuentwickeln.
5. Der Kampf um Tagesforderungen wird mit einer konkreten revolutionären Propaganda verbunden.
6. Den Umstand, daß im Zeitalter des Imperialismus die herkömmlichen Methoden, um Tagesforderungen zu kämpfen, versagen müssen, nutzt die kommunistische Partei, in den Tageskämpfen Übergangsforderungen zu propagieren, deren Methoden und Ziele des Kampfes über die bestehende Gesellschaftsordnung hinausweisen.
7. Indem die Arbeiter bereit sind, um die Übergangsforderungen zu kämpfen, gehen sie objektiv über die bestehenden Verhältnisse hinaus, auch wenn es ihnen zunächst subjektiv nur um die Durchsetzung bestimmter Teilziele geht. Im Kampf um die Übergangsforderungen können die Arbeiter auf breiter Front für den Kommunismus gewonnen werden, womit im Kampf gegen den Kapitalismus der Reformismus überwunden wird ²⁾.

noch 1) "Um was geht es?" untersucht, und sie wußte, daß im Prozeß der Entstehung und Entwicklung dieser Partei die Möglichkeit eingeschlossen war, daß die Organisation, die den Namen Kommunistische Partei trug, den Aufgaben der KP – d. h. der KP, die ihrem Begriff entsprach – nicht gewachsen war. Die Notwendigkeit der KPO war selbst nur Ausdruck der widersprüchlichen Herausbildung der KPD, die sich erst dann auf der Höhe ihrer Aufgaben befand, wenn sie den Weg der proletarischen Revolution unter den ihr gesetzten Bedingungen in Deutschland herausgearbeitet hatte. Trotz der Mängel der KPD war die selbständige kommunistische Organisation für die KPO "die erste, unerläßliche und nicht mehr rückgängig zu machende Voraussetzung für den Fortschritt des Kommunismus und der proletarischen Revolution". KPO-Plattform, S. 37 (Unterstreichung d. V.) Die Konsequenz aus der Tatsache, daß diese 'unerläßliche Voraussetzung' sich doch als rückgängig zu machen erwies, war eine wesentliche Determinante für die Politik der GAP nach 1945.

- 2) Diese Konzeption des Kampfes gegen den Reformismus ging davon aus, daß sein Einfluß dann überwindbar wurde, wenn seine materiellen Grundlagen schwanden, und wenn er damit keine Erfolge für die Arbeiter erreichen konnte, d. h. die Arbeiter erfuhren den Reformismus als Hindernis beim Kampf um ihre Interessen.

8. Wenn die Arbeiter in der Mehrheit für diese Ziele gewonnen sind, kann die KP bei vorhandenen objektiven Bedingungen den Kampf um die Macht aufnehmen, der – siegreich – zur Diktatur des Proletariats in der Form der Räterepublik führt.

Daß in dieser Arbeit nicht auf die Faschismus-Analyse der KPO³⁾ eingegangen wurde, hat seinen Grund darin, daß diese Analyse für die KPO die einer konkreten gesellschaftlichen Entwicklung war und nicht zu Resultaten des Allgemeinheitsgrades führen konnte, den die referierten Passagen der KPO-Plattform hatten. Zwar wurden in den Arbeiten der KPO zur Untersuchung des Faschismus auch die allgemeinen politischen Auffassungen deutlich, doch war es nicht notwendig, diese noch einmal herauszuarbeiten, weil die KPO das in ihrer Plattform explizit selbst getan hatte.

3) Vergl. Gruppe Arbeiterpolitik (Herausgeber): Der Faschismus in Deutschland. Analysen der KPD-Opposition aus den Jahren 1928 – 1933. Frankfurt am Main, 1973. Im folgenden zitiert als: Faschismus in Deutschland.

Vergl. auch: Thalheimer: Wie Einheitsfront?; KPD(O): Der Zusammenbruch der Weimarer Republik – und was weiter? Straßburg, 1932. Reprint Bremen o. J.; Volksfrontpolitik.

Zur Interpretation der Faschismus-Analyse der KPO vergl. Tjaden: KPO, S. 271 ff; Rüdiger Griepenburg: Einleitung zu Aufsätzen zur Faschismusanalyse der KPD-Opposition. Unveröffentlichtes Manuskript o. O., o. J.; Niels Kadritzke: Faschismus als gesellschaftliche Realität und als unrealistischer Kampfbegriff.. II. Die Faschismus-Analyse der KPO. In: Probleme des Klassenkampfes, 3. Jg., Nr. 3 (=8/9), Berlin 1973, S. 104 ff.

2. Thalheimers Analysen der weltpolitischen Lage und der Lage in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg

2.1. Einleitung

Die Aufgabe, den Weg der proletarischen Revolution in Deutschland theoretisch zu erfassen, stellte sich am Ende des 2. Weltkrieges denjenigen erneut, die der KPO angehört hatten, denn die Lösung, die die KPO in ihrer Plattform erarbeitet hatte, war durch den Gang der Ereignisse in gewissem Sinne gegenstandslos geworden. Zwar hatte die KPO ihre Aufgabe als kommunistische Organisation erfüllt, "der Arbeiterklasse die Wahrheit zu sagen und ihr die richtigen Wege und Mittel aufzuzeigen" ¹⁾, doch erst "seit dem 30. Januar (1933 d. V.) stößt die kommunistische Opposition dank der Sprache der Tatsachen auf willigeres Gehör in den Massen" ²⁾; die Kraft der Arbeiterbewegung Deutschlands reichte nicht aus, auch gegen "die unbelehrbare Sabotage oder Einsichtslosigkeit der Instanzen der 'großen' Organisationen" ³⁾ der Arbeiterbewegung wie SPD und KPD den Sieg des Faschismus zu verhindern und somit den ersten Schritt auf dem Weg der proletarischen Revolution zu machen. 1933 hatte die KPO geschrieben: "Die nächsten Wochen entscheiden für Jahre über das Geschick der deutschen Arbeiterklasse und großer Teile der internationalen Arbeiterbewegung" ⁴⁾, und sie hatte damit auch in der Tragödie der deutschen Arbeiterbewegung recht behalten. Der Sieg des Faschismus bedeutete – wie die KPO es vorhergesehen hatte – "die Verteidigung der kapitalistischen Ordnung durch Zerstörung der proletarischen Partei – und Massenorganisationen, durch die gewaltsame Unterdrückung aller Regungen des proletarischen Klassenkampfes" ⁵⁾.

Die KPO hatte einen zweiten imperialistischen Weltkrieg für unvermeidlich in dem Sinne gehalten, "daß er notwendig eintreten muß, wenn nicht zuvor die Weltrevolution einen entscheidenden Sieg davongetragen hat" ⁶⁾; durch die Niederlagen des Proletariats in Deutschland, Frankreich und

1) Faschismus in Deutschland, S. 205

2) Ebenda, S. 211

3) Ebenda

4) Ebenda

5) KPO-Plattform, S. 15, Frage 26

6) Ebenda, S. 17, Frage 30

Spanien wurde dieser Krieg von der Möglichkeit zur Wirklichkeit. Dieser Krieg war es auch, der den Faschismus in Deutschland als eine Form der bürgerlichen Herrschaft von außen liquidierte. Die so entstandene Situation mußte neu analysiert werden, um die alte "neue" Aufgabe der KPO zu lösen. Die Lage des Klassenkampfes im Weltmaßstab und speziell in Deutschland begann August Thalheimer im Herbst 1945 zu untersuchen, soweit das unter den Bedingungen des cubanischen Exils möglich war. Die Ergebnisse seiner Analysen legte er in zwei Broschüren nieder, die den in Deutschland überlebenden Kadern der KPO als Leitlinien zur Bestimmung ihres politischen Weges dienten und die von diesen auch verbreitet wurden, wie in Teil 4. und 6. dieser Arbeit noch gezeigt wird.

In "Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem zweiten Weltkrieg" ⁷⁾ ging es Thalheimer "nicht um Wünsche, Absichten oder Pläne, sondern um eine Zergliederung und Zusammenfassung der hierher gehörigen Tatsachen und Triebkräfte" ⁸⁾; dieser Analyse von Anfang 1946 ging im Herbst des Vorjahres eine Stellungnahme zu den Potsdamer Beschlüssen voraus, die Thalheimer "vom Standpunkt des internationalen proletarischen Klassenkampfes" ⁹⁾ aus erarbeitet hatte, und die mit dem Titel "Die Potsdamer Beschlüsse. Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem Zweiten Weltkrieg" ¹⁰⁾ später veröffentlicht wurde. Diese beiden Analysen sollen im folgenden dargestellt werden.

7) August Thalheimer: Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg. Kuba, Anfang 1946; 2. Auflage, Stuttgart 1950; 3. Auflage, Bremen o. J.. Da die erste Auflage nicht greifbar war, und da sich die zweite und dritte Auflage im Text nicht unterscheiden, wird hier die 3. Auflage zugrunde gelegt, die am leichtesten zugänglich ist. Die durch den Satz bedingten Eigenheiten der Textgestaltung wurden stillschweigend beseitigt, z.B. steht für "Ueberzeugung" jetzt "Überzeugung". Vergl. auch Teil 4. dieser Arbeit. Diese Arbeit Thalheimers wird im folgenden zitiert als: Thalheimer: Weltpolitik.

8) Ebenda, S. 1

9) August Thalheimer: Die Potsdamer Beschlüsse. Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem Zweiten Weltkrieg. Kuba 1945; 2. Auflage, Stuttgart 1950; 3. Auflage, Bremen o. J.. Auch hier wird die am leichtesten zugängliche 3. Auflage zitiert, die ein unveränderter Nachdruck der 2. Auflage ist. Diese Schrift wird im folgenden zitiert als: Thalheimer: Potsdam.

10) Ebenda, S. 1. Zur späteren Veröffentlichung dieser Broschüre vergl. Teil 4. und 6.2. dieser Arbeit.

2.2. Die weltpolitische Lage

Vor dem 2. Weltkrieg waren nach Thalheimer 4 Hauptgruppierungen in der Weltpolitik zu unterscheiden: "I. Das Lager der in der politischen Verteidigung befindlichen ('friedliebenden') imperialistischen Mächte: Das Britische Reich, Frankreich mit seinem Kolonialreich, die Vereinigten Staaten. II. Das Lager der im Angriff befindlichen ('agressiven') imperialistischen Mächte: Deutschland, Italien, Japan. III. Die Sowjetunion: Ein Staat auf sozialistischer Wirtschaftsgrundlage. IV. Kolonial- und Halbkolonialvölker" ¹⁾. Obwohl die Gemeinsamkeit beider bürgerlichen Lager in ihrem Gegensatz zur Sowjetunion bestand, kam diese Gemeinsamkeit bei der Stärke der innerkapitalistischen Widersprüche nicht als "gemeinsame imperialistische Front gegen die Sowjetunion" ²⁾ zum Tragen. Es kam vielmehr zur Anti-Hitler-Koalition, für die beide Seiten ihren Preis zahlen mußten: Für die UdSSR bestand er in dem Verzicht, "den Krieg als revolutionären Krieg zu führen. Das schloß vor allem auch ein den Verzicht der Sowjetunion auf die Revolutionierung Deutschlands während des Krieges..... Dies war der Preis für die Erhaltung der Aufspaltung des imperialistischen Gesamtlagers während des ganzen Kriegsverlaufs, ohne die der Sowjetstaat nicht hätte überleben können" ³⁾. Die "friedlichen" Imperialisten mußten ihrerseits "das Vorschieben der Grenzen des Sowjetstaates und seiner 'Einflußsphäre' bis zur Elbe und Neisse und bis an die Adria" ⁴⁾ als Preis für die Anti-Hitler-Koalition mit der SU zahlen.

Das Ende des Zweiten Weltkrieges vereinfachte die weltpolitische

1) Thalheimer: Weltpolitik, S. 1

2) Ebenda, S. 1

3) Ebenda, S. 1. Gerade hierin zeigte sich deutlich, wie sich die - nach Auffassung der KPO fehlerhafte - Einflußnahme der Führung der KPdSU via KI auf die Politik der KPD der Weimarer Republik auswirkte. In der Absicht, der KPD zu helfen, stützte die KPdSU die Kräfte in der KPD, die gerade nicht in der Lage waren, den Weg der proletarischen Revolution in Deutschland herauszuarbeiten. War vor 1933 das Verhalten der KPdSU "nur" objektiv revolutionshemmend, so hatte sie im 2. Weltkrieg gar keine andere Wahl mehr, als auch bewußt so zu handeln, um mit den Folgen ihrer verfehlten Politik fertigzuwerden. -Allerdings betonte die KPO immer wieder, daß der starke Einfluß der KPdSU auf die KPD nicht die Ursache, sondern lediglich ein Ausdruck der Schwäche der KPD war.

4) Ebenda

Konstellation: das Lager des "aggressiven" Imperialismus war geschlagen; somit war die Spaltung der bürgerlichen Mächte beseitigt. "Im imperialistischen Lager sind selbstverständlich nicht alle Gegensätze verschwunden, aber das grundlegende Ergebnis ist das Überwiegen ihrer Einheit gegenüber dem Sowjetstaat mit seiner Einflußsphäre und der Gruppe der Kolonial- und Halbkolonialvölker" ⁵⁾. Durch die kriegerisch beseitigte Spaltung des bürgerlichen Lagers existierten weltpolitisch nur noch drei Gruppierungen, wobei die Gruppe der Kolonial- und Halbkolonialvölker die Rolle "der (wenn auch rebellischen) Unterwelt der Weltpolitik" ⁶⁾ spielte. Für Thalheimer bestand der "Grundzug der weltpolitischen Lage jetzt (darin d. V.), daß das imperialistische und sozialistische Lager sich unmittelbar gegenüberstehen ... Diese Vereinfachung schließt eine Verschärfung der Gegensätze in sich" ⁷⁾.

Gegenüber dem Resultat des 1. Weltkrieges war nach dem 2. als entscheidender Unterschied festzustellen, daß "jetzt den innerimperialistischen Gegensätzen die Spitze abgebrochen" ⁸⁾ war, weil die USA als "riesige militärische und wirtschaftliche Übermacht gegenüber allen anderen kapitalistischen Staaten" ⁹⁾ aus dem Krieg hervorgegangen waren. Diese Tatsache bewirkte – so Thalheimer –, "daß derimperialistische Ausdehnungsdrang nach dem zweiten Weltkrieg nicht mehr zum Krieg im Inneren des kapitalistischen Kreises führen wird ... Dieser Ausdehnungsdrang kann sich daher in zugespitzter Form nur nach außen wenden: Gegen den sozialistischen Sektor, die Sowjetunion und ihren Machtbereich" ¹⁰⁾. Der 2. Weltkrieg hatte die Widersprüche im bürgerlichen Lager nur insoweit beseitigt, als sie die Form zweier sich kriegerisch bedrohender Lager angenommen hatten, doch hatte der Krieg den "Widerspruch zwischen den kapitalistischen Produktivkräften und den kapitalistischen Marktschranken" ¹¹⁾ nicht aufheben können, denn der Kapitalismus war durch den Krieg nicht beseitigt worden. Aus diesem Grunde war

5) Ebenda, S. 2

6) Ebenda

7) Ebenda

8) Ebenda, S. 9

9) Ebenda, S. 9 f

10) Ebenda, S. 11

11) Ebenda

für Thalheimer ein dauernder Kompromiß "zwischen dem imperialistischen und sozialistischen Ausdehnungsbestreben nicht möglich" ¹²⁾. Ein friedliches Nebeneinander von sozialistischem und kapitalistischem Lager konnte demnach "immer nur kurzfristig und ausnahmsweise sein - Kampfpausen, die zugleich Kampfvorbereitungen sind" ¹³⁾, wobei der Wechsel von Kampf und Kampfpause aus den Zyklen der kapitalistischen und der - noch zu untersuchenden - sozialistischen Ausdehnungsbestrebungen folgte.

In einer Zeit, als die UdSSR und die an ihr orientierten kommunistischen Parteien noch an der Vorstellung der "Einheit der großen Drei", d. h. der SU, der USA und Großbritannien, festhielt, sah Thalheimer Anfang 1946 die weltpolitische Konstellation dadurch bestimmt, daß die beiden Machtgruppen gegeneinander aufmarschierten: "Es ist klar, daß dieser Aufmarsch noch nicht abgeschlossen ist und daß der Ausbau der beiderseitigen Aufmarschstellungen noch geraume Zeit in Anspruch nehmen wird. Aber der Grundplan des Aufmarsches und Gegenaufmarsches liegt heute zu Beginn des ersten Jahres nach Beendigung des zweiten Weltkrieges schon völlig klar und offen dar und ist im Vollzug begriffen" ¹⁴⁾.

Dieser Aufmarsch mußte - nach Thalheimer - zu einem dritten Weltkrieg führen, der nur zu vermeiden wäre, "wenn der Sozialismus durch die innere Entwicklung in einem oder mehreren entwickelten kapitalistischen Ländern ein solches Übergewicht der Macht erringen würde, daß für den amerikanischen Kapitalismus der Kampf gegen diese Übermacht nicht nur tatsächlich aussichtslos wäre, sondern auch klar so erscheinen würde" ¹⁵⁾. Diese Chance, durch siegreiche sozialistische Revolutionen in einigen kapitalistischen Metropolen den nächsten Weltkrieg zu vermeiden, sollte man - nach Thalheimer - "nicht allzu hoch einschätzen, aber es ist die einzige, die da ist" ¹⁶⁾.

Die Atombombe änderte für Thalheimer "nichts Wesentliches an den

12) Ebenda, S. 21

13) Ebenda, S. 16

14) Ebenda, S. 25

15) Ebenda, S. 23

16) Ebenda

gesellschaftlichen Grundkräften ..., die gegenwärtig den Gang der Welt-politik bestimmen" ¹⁷⁾. Die Atombombe war kein Mittel, das den Gang der geschichtlichen Entwicklung hin zum Sozialismus aufhalten konnte. Weil die bürgerliche Gesellschaft "der vollen Entfaltung der produk-tiven Anwendung der inneratomaren Kräfte ... nicht mehr gewachsen" ¹⁸⁾ war, sah sie mit der Atomkraft, speziell mit der Atombombe, das "Ende ihrer Welt (kommen d. V.). In ihrem Ende erblickte sie (die bürgerliche Welt d. V.) und muß sie erblicken das Weltende überhaupt. Für uns So-zialisten und Kommunisten ist das Ende der kapitalistischen Welt - nicht das Ende überhaupt, sondern zugleich der Beginn der neuen, so-zialistischen Welt" ¹⁹⁾. Während das bürgerliche Lager angesichts der Atomkraft in Verzweiflung fiel, so konnte der Kommunist Thalheimer er-kennen, daß "in der einen Atombombe ... sich zwei polar entgegenge-setzte und sich widersprechende gesellschaftliche und geschichtliche Kräfte (verbergen d. V.), je nachdem sie genommen wird in ihrer Be-sonderheit, als höchst gesteigertes Mittel der Zerstörung, oder in ihrer Allgemeinheit, als ein Fall, und zwar der erste, der technischen Nutzung inneratomarer Kräfte. Die Atombombe in ihrer Besonderheit ist das letzte Wort der alten Gesellschaft. Die Atombombe in ihrer All-gemeinheit ... wird das erste Wort der neuen Gesellschaft sein" ²⁰⁾.

17) Ebenda, S. 26. Selbst wenn sich in einem dritten Weltkrieg das kapi-talistische Lager zunächst durchsetzen könnte, könnte es sich nicht auf Dauer stabilisieren, denn die dann zunächst herrschende Gruppe USA/Großbritannien würde "früher oder später durch den Klassen-kampf in ihrem Inneren und den Kampf ihrer Teilgebiete untereinander gesprengt" (ebenda, S. 22), woran auch die Atombombe als riesenhaf-ter Polizeiknüppel nichts ändern könnte: "Es sind gesellschaftliche, nicht technische Kräfte und Beziehungen, die hier entscheidend sind" (ebenda).

18) Ebenda, S. 26. Thalheimer sah zwei Gründe, aus denen der Kapita-lismus die Atomkraft nicht würde meistern können: 1) Die Anwendung der Atomkraft bedeutet die Entwertung allen Kapitals, das in stofflich alternativen Bereichen verauslagt ist; die betroffenen Kapitalisten wehren sich dagegen und haben dabei als die bisher Mächtigen gute Er-folgsaussichten (vergl. ebenda, S. 26 f.). 2) Die Anwendung der Atom-kraft steigert "den dem kapitalistischen Wirtschaftssystem innewohnen-den Grundwiderspruch zwischen Produktionsfähigkeit und Konsumtions-fähigkeit auf die höchste, explosive Spitze" (ebenda, S. 27).

19) Ebenda, S. 27

20) Ebenda

So bedeutete für Thalheimer die Atombombe "kein Ende, sondern ein(en) Übergang von der alten zur neuen Gesellschaft" ²¹⁾ und insofern nur einen Grund mehr, "die eigene revolutionäre Anstrengung für die Beschleunigung des Endes der alten und der Grundlegung der neuen Welt" ²²⁾ zu verstärken.

Weil der zweite Weltkrieg mit dem Sieg der "friedlichen" bürgerlichen Staaten den dauernden Frieden nicht gebracht hatte und nicht hatte bringen können, und weil die Atombombe die gesellschaftlichen Triebkräfte der Weltpolitik nicht außer Kraft gesetzt hatte, kam es für Thalheimer darauf an, diese gesellschaftlichen Triebkräfte, die direkt und indirekt auch die Politik der Sowjetunion bestimmten, und zwar unter Absehung von den Wünschen, Absichten oder Plänen der politischen Repräsentanten der UdSSR, zu analysieren ²³⁾.

Den Ausgangspunkt für die Untersuchung bildete die Tatsache, daß die UdSSR im Kriege und nach dessen Ende ihren Einflußbereich ausgedehnt hatte. Dieser Sachverhalt war unbestritten, doch "umso strittiger ist die Erklärung dieser Tatsache" ²⁴⁾. Nachdem Thalheimer die These vom "Sowjetimperialismus" als "eine mißbräuchliche Anwendung bürgerlicher Denkformen auf die Sowjetunion" ²⁵⁾ zurückgewiesen und

21) Ebenda

22) Ebenda

23) Vergl. ebenda, S. 1. Auf die Erklärung der Ausdehnungsbestrebungen der UdSSR bezogen führte Thalheimer aus: "Auch hier ist Klarheit nur zu gewinnen durch die Untersuchung der wesentlichen objektiven Tatsachen, die die Außenpolitik der Sowjetunion bestimmen, nicht durch die Spekulationen über die subjektiven Absichten und die Äußerungen Stalins und anderer Sowjetpolitiker" (Ebenda, S. 12).

24) Ebenda, S. 12

25) Ebenda, S. 13. - In einem Brief vom 15. 5. 1945 nahm Thalheimer gemeinsam mit Brandler zu dieser Frage wie folgt Stellung: "...Das Gerede vom Sowjet-Imperialismus ist gedankenloses Geschwätz. Es gibt keinen Sowjet-Imperialismus. Was ist Imperialismus? Die schärfste Konzentration der privatkapitalistischen Produktion in nationalen und übernationalen Monopolen. Umwandlung des Bank- und Finanz-Kapitals und Aufteilung des Weltmarktes in Einflußsphären dieses Monopolkapitals. Das Mittel dazu ist der Kapitalexport und der Zweck, die Welt kapitalistisch auszubeuten. Zur Sicherung dieser Ausbeutung bedient sich das Monopolkapital seiner nationalen Staatsgewalt, um neue Einflußsphären zu erobern oder alte, die rebellieren, zu unterwerfen. Das ist der geschichtliche Inhalt der beiden Weltkriege. Der Zweite Weltkrieg hat durch die Einbeziehung der Sowjetunion einen Doppelcharakter erhalten. In der Sowjetunion gibt es keinerlei imperialistische

die These vom Staatskapitalismus in der UdSSR abgelehnt²⁶⁾ hatte, untersuchte er, "aus welchen allgemeinen, materiellen, d. h. letzten Endes wirtschaftlichen Ursachen, das Ausdehnungsbestreben eines sozialistischen Staates überhaupt hervorgehen kann, und welche besonderen Ursachen im Fall der Sowjetunion in Betracht kommen"²⁷⁾. Die in der UdSSR vorfindliche sozialistische Wirtschaftsform war "ihrer Natur nach Weltwirtschaft"²⁸⁾, weil sie - d. h. die sozialistische Wirtschaftsform - ihre Planmäßigkeit erst im Weltmaßstab verwirklichen konnte; vorher mußte sie "in der verschiedensten Weise Unzulänglichkeiten, Mängel oder Ausfallserscheinungen aufweisen"²⁹⁾, denn der "Austausch zwischen sozialistischen und kapitalistischen Wirtschaftsgebieten.... wird immer nur ein zeitweiliger Notbehelf sein können"³⁰⁾. Daraus resultierte für Thalheimer "das Ausdehnungsbestreben sozialistischer Teilwirtschaften als eine allgemeine Notwendigkeit"³¹⁾; das Bestreben der sozialistischen Teilgebiete, sich zur Weltwirtschaft zu entwickeln, traf auf die Expansionsversuche des Imperialismus. Dieses Gegeneinander von sozialistischen und kapitalistischen Wirtschaftsgebieten verstärkte sich noch dadurch, daß "die beiden Wirtschaftsformen zugleich Unterbauten politischer Mächte sind, die auf Tod und Leben gegenein-

noch 25) Triebkräfte. Es gibt keine privatkapitalistischen Monopole, sondern Staatssozialismus. Deshalb besteht kein Bedürfnis zur Kapitalausfuhr zwecks Beherrschung fremder Märkte und Völker, um sie auszubeuten. Die Schwätzer vom Sowjet-Imperialismus meinen die Machtpolitik der Sowjetunion. Nur Kindsköpfe, die sich vielleicht für Sozialisten halten und voraussetzen, daß ein sozialistischer Staat in der blauen Luft ihrer Einbildung wirken kann, oder imperialistische Demagogen können der Sowjetunion verargen, daß sie Machtpolitik treibt. Machtpolitik treibt die Sowjetunion nicht aus freien Stücken oder Machtwahn einer Person wie Stalin - sondern (Machtpolitik d. V.) ist die Form des Existenzkampfes der Sowjetunion mit der kapitalistischen Umwelt". Zitiert nach Gruppe Arbeiterpolitik: Manuskript, S. 5 f.

26) Vergl. Thalheimer: Weltpolitik, S. 14 f; vergl. auch Teil 7.3. dieser Arbeit.

27) Thalheimer: Weltpolitik, S. 15

28) Ebenda,

29) Ebenda

30) Ebenda, S. 16

31) Ebenda, S. 15

ander kämpfen müssen" ³²⁾. Konkretisiert bedeutete das, daß die SU in ihrem Ausdehnungsbestreben den historischen Fortschritt vertrat, indem sie die Tendenz des sozialistischen Wirtschaftssystems hin zur Weltwirtschaft vollstreckte; dabei konnten einzelne Schritte dieser Expansion durchaus "keine unmittelbaren wirtschaftlichen Gründe" ³³⁾ haben, sondern vielmehr "durch den internationalen Machtkampf" ³⁴⁾ bedingt sein ³⁵⁾.

Hatte die bisherige Analyse gezeigt, "daß dem imperialistischen Ausdehnungsbestreben notwendigerweise ein sozialistisches Ausdehnungsbestreben gegenüber steht. Und dies unabhängig von allen ideologischen Flausen" ³⁶⁾, so war damit für Thalheimer klar, daß die "Einheit der großen Drei" nur eine Kampfpause sein konnte. "Der Verzicht auf die Ausdehnung kann (für beide Seiten d. V.) nur ein durch besondere und vorübergehende Umstände bedingter Ausnahmefall sein ... bedingt vor allem durch die internationalen politischen Machtverhältnisse in Verbindung mit den besonderen wirtschaftlichen Bedürfnissen der sozialistischen Teilgebiete" ³⁷⁾. Das sozialistische Ausdehnungsstreben hatte den historischen Fortschritt für sich, und damit war allgemein auch die Position der Kommunisten außerhalb der Sowjetunion dazu bestimmt: diese Entwicklung mußte als Teil des Ganzen, des Vormarsches des Sozialismus im Weltmaßstab, unterstützt werden. Der Politik der UdSSR lag zwar objektiv das sozialistische Ausdehnungsbestreben zugrunde, doch die UdSSR exekutierte diese historische Tendenz in ihrer Außenpolitik mit bestimmten Methoden, die vor allem in Deutschland ein eigenes Gewicht bekamen. Somit mußten die Kommunisten in den kapitalistischen Ländern nicht nur die allgemeine historische Tendenz unterstützen, sondern auch zu den besonderen Formen Stellung beziehen, in denen sie wirkte, also zur Außenpolitik der UdSSR nach dem Zweiten Weltkrieg.

32) Ebenda, S. 16

33) Ebenda, S. 18

34) Ebenda

35) Für Thalheimer war der Antagonismus zwischen den Expansionsbestrebungen von Sozialismus und Imperialismus nur eine neue Form, in der sich der Untergang der bürgerlichen Gesellschaft ausdrückte, doch bedeutete diese neue Form nicht, daß die alten Formen hinfällig wurden oder zu Hilfsgrößen der neuen herabsanken.

36) Ebenda, S. 16

37) Ebenda

Hiermit stellte sich erneut ein Problem, das aus dem sich in der Oktoberrevolution ausdrückenden Fortschritt der sozialistischen Weltrevolution entstanden war, und das bereits die KPO beschäftigt hatte: es ging um das Verhältnis der einzelnen nationalen Zweige der kommunistischen Weltbewegung zur Politik der UdSSR und der KPdSU; d. h. darum, inwieweit jedes besondere Interesse der Politik der SU mit dem allgemeinen Interesse der kommunistischen Weltbewegung gleichzusetzen war ³⁸⁾.

Obwohl der Sozialismus der Tendenz nach auf ein weltumfassendes System hinzielte, verwirklichte sich "die sozialistische Revolution nur ... als eine Reihe 'nationaler' oder einzelstaatlicher Revolutionen, die sich stückweise summieren Die Reihenfolge solcher nationaler oder einzelstaatlicher sozialistischer Revolutionen ist aber nicht nur von rein wirtschaftlichen Bedingungen abhängig, sondern von allen den inneren und äußeren Bedingungen, die zusammen die Machtverhältnisse der Klassen innerhalb des einzelnen Staates und der Staaten untereinander ausmachen" ³⁹⁾. Die Tatsache, daß sich die verschiedenen Kapitalien als Staaten organisierten, bestimmte den Gang der proletarischen Revolution in der Weise, daß sozialistische Staaten – historisch zunächst nur ein Staat: die UdSSR – und bürgerliche nebeneinander bestanden; die UdSSR wurde ein Faktor im weiteren Prozeß der Weltrevolution. Der sozialistische Staat – hier also die UdSSR – verkörperte das sozialistische Ausdehnungsbestreben, das zwar Teil der weiteren Revolution war, aber nicht das Ganze. Das Ausdehnungsbestreben des sozialistischen Staates enthielt zwei Elemente: "Das erste Element ist das der Förderung der revolutionären Kräfte eines kapitalistischen oder hochkapitalistischen Landes entsprechend den inneren Klassenbedingungen dieses Landes durch einen bestehenden sozialistischen Staat. Das zweite Element ist der militärische Eingriff des siegreichen sozialistischen Staates von außen. Diese beiden Elemente werden nie oder kaum je getrennt auftreten, aber ihr wechselseitiges Verhältnis und die Art ihrer Verbindung bestimmen den jeweiligen Charakter der Methoden der sozialistischen Ausdehnung" ⁴⁰⁾. Thalheimer unterschied dabei zwei

38) Vergl. Teil 1.2. dieser Arbeit

39) Thalheimer: Weltpolitik, S. 15

40) Ebenda, S. 18 f

Methoden, die jeweils mit einer bestimmten politischen Führung verbunden waren: die eine war in Lenin personifiziert, die andere in Stalin.

Die Kombination der beiden Elemente sozialistischer Ausdehnung stand nicht im Belieben der jeweiligen bestimmenden Politiker der UdSSR: sie war "sowohl durch objektive Tatsachen wie subjektive Einstellung bedingt" ⁴¹⁾. Der mit Lenin verbundene Typ der sozialistischen Ausdehnung lag für Thalheimer dann vor, "wenn in der Einwirkung des sozialistischen Staates auf andere Länder die inneren Klassenkräfte dieser Länder in erster Linie als bestimmend betrachtet werden, wenn diese inneren Kräfte die revolutionäre Entscheidung im Inneren geben sollen" ⁴²⁾.

Die militärische Aktion des sozialistischen Staates war durchaus im Lenin'schen Konzept enthalten, doch sie "erscheint hier als Hilfsaktion für die innere revolutionäre Aktion" ⁴³⁾. Der "sozialistische Internationalismus in der Aktion" ⁴⁴⁾, wie Thalheimer es nannte, schloß auch ein, daß "das Verhältnis der revolutionären Kräfte von innen und der von außen ... von vornherein das von gleichen zu gleichen" ⁴⁵⁾ war.

Das Lenin'sche Konzept war weiterhin dadurch charakterisiert, daß der sozialistische Staat entscheiden mußte, ob die eigenen Kräfte zur Intervention ausreichten ⁴⁶⁾. Kennzeichnete die Lenin'sche Methode der sozialistischen Ausdehnung das Primat der jeweiligen inneren Klassenkräfte, so war bei der mit dem Namen Stalin verbundenen Methode "der Faktor der äußeren Machtanwendung der entscheidende oder so gut wie ausschließlich angewandte" ⁴⁷⁾. Hierbei eilte die UdSSR nicht etwa den inneren revolutionären Kräften zur Hilfe, "sondern umgekehrt: Die inneren revolutionären Kräfte des Landes werden, oder sollen werden

41) Ebenda, S. 19

42) Ebenda

43) Ebenda

44) Ebenda

45) Ebenda

46) Als Beispiel dafür, daß die UdSSR für eine Intervention zu Gunsten einer von der äußeren Konterrevolution bedrohten sozialistischen Revolution zu schwach gewesen war, nannte Thalheimer die Räterepublik in Ungarn. Vergl. ebenda.

47) Ebenda

Hilfskräfte der Eroberer" ⁴⁸⁾. Zwar konnte der Fall eintreten, daß ein Land von der Roten Armee im Zuge eines Krieges erobert wurde, bevor die inneren revolutionären Kräfte die Macht erobert hatten, doch daraus folgte noch lange nicht die Notwendigkeit für die UdSSR, "als Eroberer und als Herrscher" ⁴⁹⁾ aufzutreten. Die Stalin'sche Methode sozialistischer Ausdehnung lief aber darauf hinaus, daß "die eigene Aktion der werktätigen Klassen des Landes ... unterbunden" ⁵⁰⁾ wurde; zusätzlich wurden "ohne Bedenken die inneren revolutionären Kräfte des Landes zugunsten der eigenen Macht" ⁵¹⁾, d. h. der Macht der UdSSR, noch "durch die Wegführung oder Zerstörung ganzer Industrien, durch die Verschickung von Arbeitern des Landes in Zwangsarbeit usw." ⁵²⁾ geschwächt. Zwar ergriff die UdSSR Maßnahmen, die die bisher herrschenden Klassen entmachteten ⁵³⁾, aber die dabei verwandte Methode war "nicht die Methode der Revolution, sondern die der Eroberung. Die bisher unterdrückten Klassen des Landes erobern nicht die Macht, sie werden in die Macht eingesetzt, sie bleiben von der erobernden Macht abhängig" ⁵⁴⁾; diese Abhängigkeit drückte sich auch darin aus, daß die gesellschaftliche Umwälzung "nicht entsprechend den Klassenbedingungen und -bedürfnissen des eroberten Landes, sondern nach dem Sowjetmodell und nach den Bedürfnissen der Sowjetwirtschaft" ⁵⁵⁾ vorgenommen wurde.

48) Ebenda, S. 20

49) Ebenda

50) Ebenda

51) Ebenda

52) Ebenda

53) Vergl. ebenda. Der objektiv revolutionäre Inhalt der Maßnahmen der UdSSR in den eroberten Gebieten Osteuropas änderte sich für Thalheimer nicht dadurch, daß die ideologischen Ausdrücke dieses Prozesses fast seine Verschleierung darstellten: "Zu dieser Camouflage gehört es ferner, wenn die Sowjetunion und ihre Parteigänger die Unverletzlichkeit des bürgerlichen Eigentums proklamieren und mit solchen gesellschaftlichen Umgestaltungen beginnen, die zwar noch im bürgerlich-kapitalistischen Rahmen liegen - aber dennoch bereits darüber hinausweisen, indem sie eine der herrschenden Klassen wirtschaftlich und politisch entmachten: So die Aufteilung des Großgrundbesitzes im Balkan, Ungarn, Norddeutschland usw." (ebenda, S. 3).

54) Ebenda, S. 20

55) Ebenda. Sowjetmodell meint hier nicht den wörtlichen Sinn, also nicht Rätemodell, sondern den übertragenden Sinn, d. h. das spezifische Machtsystem in der UdSSR.

Die Ursachen für die Stalin'sche Methode sozialistischer Ausdehnung lagen für Thalheimer zum einen Teil in der seit der Lenin'schen Phase gewachsenen militärischen und wirtschaftlichen Stärke der UdSSR ⁵⁶⁾, ohne die eine solche Methode überhaupt nicht durchführbar gewesen wäre ⁵⁷⁾; zum anderen Teil lagen sie in der erfolgreichen Entwicklung in der UdSSR und in den Konsequenzen, die die KPdSU aus dem - von ihr allerdings teilweise geförderten - Scheitern der proletarischen Revolution in der Zwischenkriegszeit in Europa gezogen hatte. Aus diesem Scheitern folgte die KPdSU, daß ihre spezifischen Methoden - entstanden unter den spezifischen Bedingungen Rußlands und der Sowjetunion - bis in jede Einzelheit der Garant des Sieges des Sozialismus wären; diese Methoden versuchte die KPdSU - in der besten revolutionären Absicht - überall hin zu exportieren, wohin sie am Ende des 2. Weltkrieges Gelegenheit hatte ⁵⁸⁾. Gerade diejenigen Züge der Stalin'schen Methode, "durch die sie einen Bruch mit der proletarischen Demokratie und dem sozialistischen Internationalismus vorstellt, sind vorwiegend bedingt durch die innere Entwicklung des Sowjetregimes selbst: Durch die tatsächliche Aufhebung sowohl aller Parteidemokratie wie aller Sowjetdemokratie in Rußland" ⁵⁹⁾.

Ehe Thalheimer seine Kritik an den Stalin'schen Methoden sozialistischer Ausdehnung formulierte, faßte er seine Einschätzung der sozialistischen Ausdehnung unter den gegebenen Bedingungen so zusammen: "Für uns ist die sozialistische Ausdehnung an sich eine geschichtliche Notwendigkeit, die gegenüber der imperialistischen Ausdehnung das höhere Recht hat, weil sie eine überlebte gesellschaftliche Ordnung vernichtet und bestimmte, vorwiegend negative Voraussetzungen für eine höhere gesellschaftliche Ordnung schafft" ⁶⁰⁾. Die zu führende Kritik richtete sich nicht gegen die Tatsache der sozialistischen Ausdehnung, sondern gegen deren Methoden. Diese Kritik ging "vom Standpunkt der

56) Vergl. ebenda

57) Das hieß aber nicht, daß mit der wachsenden Stärke der UdSSR solche Methoden zur Notwendigkeit geworden wären.

58) Diese Argumentation fand sich z. B. in einem Artikel Thalheimers aus dem November 1947 mit dem Titel "Kominform", der anlässlich des zweiten Todestages Thalheimers in der Arpo 3/18/5 ff veröffentlicht wurde.

59) Thalheimer: Weltpolitik, S. 20

60) Ebenda, S. 21

Demokratie der Werktätigen und des sozialistischen Internationalismus"⁶¹ aus. Dieser "Standpunkt des wirklichen Kommunismus"⁶²⁾ erlaubte es Thalheimer, "die lokalen sozialistischen Interessen vom Gesichtspunkt des revolutionären Gesamtinteresses" zu behandeln, was implizierte, daß die Kritik an der Politik der UdSSR gerade auch das Gesamtinteresse der UdSSR herausarbeiten würde.

Die Stalin'sche Methode sozialistischer Ausdehnung rief "in den werktätigen Klassen der Länder, die diesen Methoden unterworfen sind, gegen sich auf das mit Füßen getretene nationale Selbstgefühl wie die Gewohnheiten der proletarischen Demokratie. Sie (die Stalin'sche Methode d. V.) arbeitet so den inneren und äußeren konterrevolutionären Kräften in die Hände. Sie sät den Wind der konterrevolutionären Intervention ... und, wenn nicht rechtzeitig eine Änderung dieser Methoden erfolgt, so wird sie den Sturm des dritten Weltkrieges auf ihr eigenes Haupt herabbeschwören"⁶³⁾. Diese objektive Wirkung der Stalin'schen Methode offenbarte sich bereits vor dem 2. Weltkrieg in Spanien; und die bis zum Zeitpunkt der Thalheimer'schen Untersuchung übersehbare Nachkriegszeit zeigte, daß sich "das Gros der industriellen Arbeiter gegen die Methoden des Stalin'schen Sowjetrußland wendet"⁶⁴⁾. Das Resultat der Wirkung dieser Methoden schlug vermittelt über die Niederlagen der Arbeiterbewegung außerhalb der UdSSR auf diese letztlich zurück: "Die Stalin'sche Methode der sozialistischen Ausdehnung schädigt und gefährdet nicht nur die sozialistische Ausdehnung, sondern auch den Bestand des Sowjetstaates selbst"⁶⁵⁾, denn jede Niederlage der Arbeiterbewegung förderte indirekt den Aufmarsch des imperialistischen Lagers gegen die UdSSR; und daß dieser Aufmarsch bereits lief, hatte Thalheimer analysiert. So gesehen waren die Stalin'schen Methoden "der schwerste Schlag, der gegen den Kommunismus oder Sozialismus international geführt werden kann"⁶⁶⁾.

61) Ebenda

62) Ebenda

63) Ebenda

64) Ebenda

65) Ebenda

66) Ebenda

2.3. Die Lage in Deutschland 1945/46

Die allgemeine weltpolitische Lage und, darin eingeschlossen, die Stalin'sche Methode sozialistischer Ausdehnung schlugen sich auch und gerade im besetzten Deutschland nieder, wo die beiden wesentlichen Machtblöcke sich unmittelbar gegenüberstanden. Durch den objektiven Charakter der beiden Blöcke bedingt waren "die Elbe, Neiße, Adria nicht nur politische, sie sind zugleich gesellschaftliche Grenzen: Die Grenzen zweier gegensätzlicher Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme" ¹⁾. Die politische Lage an dieser Stelle unmittelbarer Berührung der beiden Systeme hatte Thalheimer in einer anderen Arbeit analysiert, die - obwohl vor der oben referierten verfaßt - ihre Konkretisierung bildete. Thema der zweiten Untersuchung war das Potsdamer Abkommen ²⁾ vom 2. August 1945, das zwischen der UdSSR, den USA und Großbritannien geschlossen worden war und sich weitgehend mit dem weiteren Schicksal Deutschland befaßte. Thalheimer sah in dem Abkommen einen Kompromiß, den die sozialistische UdSSR mit "zwei kapitalistischen und imperialistischen Mächten (USA und England)" ³⁾ eingegangen war. Bei den gegebenen Machtverhältnissen in der Welt war ein solcher Kompromiß für die UdSSR nicht zu vermeiden gewesen, auch wenn dieser "unweigerlich Konzessionen an imperialistische Interessen und Standpunkte" ⁴⁾ erforderte. Thalheimer kritisierte nicht, daß der Staat UdSSR Kompromisse geschlossen hatte, seine Kritik machte sich daran fest, "daß die Propaganda des Sowjetstaates sowohl gegenüber dem russischen Volke als auch der internationalen Arbeiterklasse solche Kompromisse als

1) Thalheimer: Weltpolitik, S. 2

2) Gemäß der in der Einleitung aufgezeigten Beschränkungen dieser Arbeit wird nicht beabsichtigt, durch die folgenden Zitate aus dem Potsdamer Abkommen den Beweis für die Richtigkeit der Analysen Thalheimers anzutreten; die Zitate dienen lediglich dazu zu verdeutlichen, worauf sich Thalheimer in seiner Untersuchung jeweils bezog. Das Potsdamer Abkommen wird im folgenden zitiert nach: Deutsches Institut für Zeitgeschichte, Berlin: Zur Deutschlandpolitik der Anti-Hitler-Koalition. Dokumentation. Berlin, 1968. Zitiert als: Potsdamer Abkommen.

3) Thalheimer: Potsdam, S. 7

4) Ebenda

reine und unangreifbare Siege lobpreist" ⁵⁾. Gerade das Gegenteil wäre erforderlich gewesen: die KPdSU als Partei hätte die Aufgabe und die Möglichkeit gehabt, "die volle und ungeschminkte Wahrheit über die Konzessionen (auszusprechen d. V.), die dem Klassenfeind gemacht wurden" ⁶⁾; diese Ausnutzung des Unterschiedes zwischen dem proletarischen Staat und der kommunistischen Partei bedeutete für Thalheimer "keine überhebliche Forderung an Marxisten. Lenin erfüllte beständig diese Forderung bei allen Konzessionen an den inneren und äußeren Klassenfeind, die er sich vorläufig zu machen gezwungen sah Der Unterschied zwischen dem Sowjetstaat und der Kommunistischen Partei als Partei ermöglicht es durchaus, daß die Partei kritisch zu den diplomatischen Abkommen des Sowjetstaates Stellung nimmt" ⁷⁾.

Während "die Grundsätze des Marxismus wie die Interessen des russischen und internationalen Proletariats" ⁸⁾ von der KPdSU verlangten, die von der UdSSR den imperialistischen Mächten notgedrungen gemachten Konzessionen zu benennen, so war es aus denselben Gründen "in den kapitalistisch-imperialistischen Ländern, deren Regierungen an solchen Kompromissen teilnehmen, Pflicht der Arbeiterklasse, die Regierung offen zu kritisieren und zu bekämpfen, soweit diese Konzessionen von der SU erzwungen hat" ⁹⁾. Im 2. Weltkrieg und danach unter-

5) Ebenda. Die Notwendigkeit, Kompromisse mit kapitalistischen Mächten zu schließen, hatte für die UdSSR seit ihrer Gründung bestanden: "Die ersten waren das Bündnis mit dem geschlagenen Deutschland, und dann mit dem unbefriedigten Sieger, dem Italien Mussolinis. Bei allen diesen Bündnissen und Kompromissen zu Lenins Zeiten ist niemand über den Charakter derselben getäuscht worden. Noch ist von den kommunistischen Parteien der Länder, mit denen der Sowjetstaat solche Kompromisse abgeschlossen hatte, verlangt worden, den Kampf gegen ihre Bourgeoisie abzuschwächen. Die KI suchte die Auswirkungen dieser Staatspolitik den Massen wahrheitsgemäß zu erklären.... als zwangsläufige Notmaßnahme.... Die Parole war: wir sind gezwungen und bereit, solche Preise zu zahlen, um damit einige Jahre Ruhe für den sozialistischen Aufbau zu erkaufen. Unter Stalin hört der Zwang, Machtpolitik mittels Kompromissen und faulen Bündnissen zu treiben, nicht auf. Was aufhörte, war das offene Eingeständnis der Zwangsläufigkeit solcher Maßnahmen. Anstelle der marxistisch-leninistischen kritischen Analyse trat der Bluff und die Prahlerei". Brief von Brandler und Thalheimer vom 15. 5. 1945, zitiert nach GAP: Manuskript, S. 6 f.

6) Thalheimer: Potsdam, S. 7 f

7) Ebenda, S. 8

8) Ebenda, S. 7

9) Ebenda, S. 8

blieb nicht nur die kritische Stellungnahme der KPdSU zu den außenpolitischen Kompromissen der SU, vielmehr wurden die Kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern und auch im "gemischten" Besatzungsdeutschland angehalten, die Kompromisse des Potsdamer Abkommens als Siege zu verteidigen und als positive Grundlage ihrer Politik zu nehmen ¹⁰⁾. Seine allgemeine Kritik faßte Thalheimer so zusammen: "Gleichheitszeichen zu setzen zwischen der internationalen Arbeiterklasse und der Sowjetdiplomatie ist erstens zum Schaden des Sowjetstaates selbst und zweitens eine Irreführung und ein Mißbrauch der internationalen Arbeiterklasse. Es ist ein Bruch mit den marxistischen Prinzipien des Klassenkampfes" ¹¹⁾.

Der Kampf der Arbeiterbewegungen in den kapitalistischen Ländern gegen die der Sowjetunion abgezwungenen Kompromisse war bereits dadurch behindert, daß sich die UdSSR - in Abweichung von ihrer öffentlichen Diplomatie am Ende des 1. Weltkrieges - auf Geheimdiplomatie eingelassen hatte, die ausschließlich der herrschenden Klasse der kapitalistischen Länder dazu diente, "ihre wirklichen Kriegsziele vor den beherrschten Klassen geheim zu halten" ¹²⁾; außerdem hatte diese Form der Diplomatie noch den Effekt, das Selbstbestimmungsrecht der Völker der im Kriege besiegten Staaten zu unterdrücken, denn es wurde über Völker und ihr Schicksal verhandelt und entschieden. Diese Geheimdiplomatie wurde zwar von der SU mitgetragen, schadete ihr aber im Resultat genauso wie den Arbeiterbewegungen der betroffenen Ländern: "Es ist also unabweisliche Aufgabe für die internationale Arbeiterklasse, gegen diese Methoden zu protestieren und zu kämpfen" ¹³⁾, auch um die UdSSR vor Schaden zu bewahren.

Zum Ausgangspunkt der Analyse der Inhalte des Potsdamer Abkommens nahm Thalheimer den Einleitungspassus des Abschnitts über Deutschland.

10) Es würde den Rahmen dieser Arbeit übersteigen, die entsprechenden Äußerungen von KPD, KPF oder KPI zum Potsdamer Abkommen aus der unmittelbaren Nachkriegszeit aufzuführen. Zur Illustration sei hier nur auf die Wertung dieses Abkommens hingewiesen, die sich in der "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", herausgegeben vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1968, Kapitel XII, S. 62 ff, findet.

11) Thalheimer: Potsdam, S. 8

12) Ebenda

13) Ebenda, S. 9

Dort hieß es: "Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden" ¹⁴⁾. Diese "Schuld- und Sühneformel soll die allgemeine Begründung der Behandlung sein, die dem deutschen Volk zuteil wird und zuteil werden soll" ¹⁵⁾; diese Formel baute für Thalheimer "auf einer dreifachen Lüge" ¹⁶⁾ auf: "Erstens ist sie wirklich unwahr. Zweitens ist der wirkliche Grund der Besetzung und der Strafmaßnahmen gegen das deutsche Volk das gerade Gegenteil des vorgeblichen Grundes. Drittens werden alle Bußprediger von ihren eigenen Handlungen widerlegt" ¹⁷⁾. Die Behauptung vom blinden Gehorsam wurde durch den Widerstandskampf vor allem der deutschen Arbeiterklasse widerlegt, verkörpert in "der langen Reihe furchtbarer Namen, die da lauten: Buchenwald, Oranienburg, Dachau, Mauthausen, Ravensbrück, Belsen usw." ¹⁸⁾, denn die KZ's hatten dazu gedient, diesen Widerstand zu brechen oder im Keim zu ersticken. Die Handlungen, die die Alliierten als Bußprediger selbst widerlegten, waren bei den Westalliierten der Kampf gegen die proletarische Revolution in Deutschland in der Weimarer Zeit und die zeitweilige direkte und indirekte Unterstützung des internationalen Faschismus ¹⁹⁾; der UdSSR hielt Thalheimer ihren "wesentlichen Anteil an der Schuld für den Sieg des Nazismus dank der verhängnisvollen Taktik - charakterisiert durch das Stichwort 'Sozialfaschismus' " ²⁰⁾ vor. Die eigentliche Funktion dieser "Schuld- und Sühneformel" lag für Thalheimer

14) Potsdamer Abkommen, S. 78. Diese Passage hieß bei Thalheimer:

Potsdam, S. 11: "Die alliierten Heere haben ganz Deutschland besetzt, und das deutsche Volk muß nun büßen für die furchtbaren Verbrechen, die von denen begangen wurden, denen sich das Volk im Augenblick des Erfolges offen anschloß und blind gehorchte."

15) Thalheimer: Potsdam, S. 11

16) Ebenda

17) Ebenda

18) Ebenda

19) Vergl. ebenda, S. 13

20) Ebenda. Indem Thalheimer der UdSSR respektive der KPdSU vorwarf, im Sinne kommunistischer Politik versagt zu haben, was man den kapitalistischen Mächten garnicht vorwerfen konnte, wurde deutlich, daß er in der Kritik die Westmächte und die UdSSR nicht gleichsetzte; besonders in der "Weltpolitik"-Schrift hatte er die grundsätzlichen Unterschiede zwischen den beiden Machtblöcken herausgearbeitet. Auch an der oben zitierten Stelle in der "Potsdam"-Broschüre unterschied

darin, das tatsächliche Motiv der Besetzung zu verbergen.

Indem die Alliierten in dieser Formel dem deutschen Volk die Schuld am Faschismus und am Krieg gaben, warfen sie ihm im Grunde vor, es hätte die faschistische Herrschaft nicht revolutionär verhindert oder gestürzt; daß einen solchen Vorwurf weder die Westalliierten noch die UdSSR ernsthaft angesichts ihrer eigenen Politik erheben konnten, war bereits oben angeführt worden. Gerade die Westalliierten hatten die Faschisten lange unterstützt, "da sie in ihnen ein Bollwerk gegen die sozialistische Revolution und eventuell Kreuzfahrer gegen die 'Roten' in Rußland sahen" ²¹⁾. Erst als sich der Faschismus gegen die etablierten kapitalistischen Mächte gewandt hatte, traf er auf ihren Widerstand. Die grundsätzliche Feindschaft der Westalliierten gegen den Sozialismus und ihr Gegensatz zu den ihre eigene Position bedrohenden Folgen der faschistischen Form bürgerlicher Herrschaft schlugen sich in der Kriegsführung der Westalliierten in einem doppelten Ziel nieder:

"Deutschland außer Spiel zu setzen als den stärksten kapitalistischen Konkurrenten und gleichzeitig die sozialistische Revolution in Deutschland zu verhindern" ²²⁾.

Dieses zweite Ziel hatte die UdSSR real mit gestützt, doch sie konnte sich "vielleicht damit entschuldigen, daß der Koalitionskrieg sie zwang, mit den imperialistischen Wölfen zu heulen" ²³⁾; da sie aber die ihr abgezwungenen Kompromisse nicht in aller Offenheit benannte, sondern das Potsdamer Abkommen als Ganzes praktizierte und verteidigte, trat sie selbst aktiv an die Seite der kapitalistischen Mächte, so daß die Kritik am Potsdamer Abkommen sich an alle drei Signatarmächte richtete und richten mußte, ohne daß Thalheimer aber die prinzipiellen Gegensätze dieser Mächte zueinander verkannte, im Gegenteil, sie gegen

noch 20) Thalheimer sehr deutlich die grundlegend verschiedenen Anteile, die die UdSSR einerseits und die Westmächte andererseits zum Sieg des Faschismus in Deutschland beigetragen hatten. Zum Anteil der UdSSR vergl. auch Teil 1.2. dieser Arbeit.

21) Thalheimer: Potsdam, S. 12. - Ein Beispiel dafür, wie die USA die Aufrüstung Hitler-Deutschlands unterstützt hatten, war die Tatsache, daß eine amerikanisches Ingenieur-Büro die "Reichswerke Hermann Göring" in Salzgitter geplant und ihren Aufbau geleitet hatte. Vergl. dazu Teil 6.4.8. Fußnote 74 dieser Arbeit

22) Thalheimer: Potsdam, S. 12

23) Ebenda, S. 13

das Gerede von der "Einheit der großen Drei" gerade herausgearbeitet hatte ²⁴⁾.

Ein Teil der politischen Kriegsführung der Alliierten war der Versuch gewesen, die sozialistische Revolution zu verhindern; als Mittel dazu hatte die Forderung nach der bedingungslosen Kapitulation gedient, die für jede deutsche Regierung gegolten hätte, nicht nur für die faschistische. Diese Forderung wirkte antirevolutionär, denn "eine Revolution ist unmöglich, wenn sie nur die Aussicht eröffnet auf Verstümmelung, Zerstückelung und Versklavung des Landes" ²⁵⁾. Welche Bedeutung Thalheimer der Forderung der Anti-Hitler-Koalition nach bedingungsloser Kapitulation zumaß, geht aus einem Brief hervor, den er gemeinsam mit Heinrich Brandler kurz nach Kriegsende an ehemalige KPO-Mitglieder geschrieben hatte: "Mittlerweile ist der Krieg mit Deutschland zu Ende. Die Nazis haben bis zuletzt die Macht in den Händen gehalten und auf Befehl der Nazis kapitulierten die Truppen und liefen wie eine Hammelherde von den Russen zu den Amerikanern und Engländern. Du suchst eine Erklärung für das Ausbleiben des Aufstandes und schreibst 'Der Terror der Gestapo überbot alles dagewesene... Und doch ist bewiesen, daß unter den schwierigsten Umständen und Terror der Gestapo eine gute illegale Arbeit geleistet worden ist'. Beide Bemerkungen sind richtig, aber ich glaube nicht, daß sie ausreichend erklären, weshalb es zu keinem Aufstand kam. Ein Aufstand ist an gewisse Vorbedingungen gebunden, von denen die drei wichtigsten sind: 1. die allgemeine politische Lage muß so sein, daß die große Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr gewillt ist, unter den vorhandenen Lebensbedingungen zu leben, 2. die Macht der herrschenden Klasse muß erschüttert sein, 3. es muß ein führender Kern vorhanden sein, der fähig ist, die Massen zum Kampf vorzubereiten und gegen die schwankende herrschende Klasse zu führen. Wenn eine dieser Voraussetzungen fehlt, ist der Aufstand von vornherein zum Scheitern verurteilt. Die Schwätzer von der Schuld der deutschen Bevölkerung sollten einmal die konkrete Lage Deutschlands unter der Hitler-Herrschaft unter obigen Gesichtspunkten prüfen. Sie werden es nicht tun. Deshalb müssen wir es. Kein Zweifel, daß entscheidende Teile

24) Vergl. Teil 1.2. dieser Arbeit 25) Thalheimer: Potsdam, S. 12

der Werktätigen, besonders im letzten Jahr des Hitler-Regiems, es haßten wie nur irgend ein anderes von der Kriegsmaschine Hitlers unterworfenen Volk. Aber damit dieser Haß in Kampfkraft umgewandelt werden konnte, mußte ein Ziel vorhanden sein, für das es lohnt, zum bewaffneten Aufstand zu schreiten. Zum Beispiel wie in Frankreich, Norwegen, Jugoslawien die nationale Befreiung. Ein solches Ziel der Aufständischen ist auch Vorbedingung, um die Macht der herrschenden Klasse zu erschüttern. Die Organisation der Kampfbereitschaft der Massen und die Zersetzung der Macht der herrschenden Klasse stehen miteinander in Verbindung wie die Flüssigkeit in kommunizierenden Röhren. In dem Maße, indem sie in der einen Röhre steigt, fällt sie in der anderen und umgekehrt. Die Forderung der bedingungslosen Unterwerfung nicht nur Hitlers und seiner Hintermänner, sondern des ganzen deutschen Volkes, konnte kein solches Ziel sein. Für die Zerstückelung Deutschlands, für die Wiedergutmachung der Verbrechen der Regierung, die man im Aufstand stürzen will, die Entwaffnung der Aufständischen nach dem Sieg wie in Griechenland und Italien, sind keine Ziele, für die man Massen zum Aufstand bringen kann. Die Kriegsgegner des deutschen Imperialismus, die Feinde unseres Hauptfeindes, wollten gar keinen siegreichen bewaffneten Aufstand, dessen Ziel nur die sozialistische Revolution hätte sein können. Was sie wollten, war Quisling-Hilfe. Es ist kein Zufall, daß diese Losung von Roosevelt geprägt und durchgesetzt wurde. Der amerikanische Imperialismus, der keine besonderen Interessen in Europa vertritt, sondern nur die Konkurrenz des deutschen Imperialismus vernichten will, will auch die deutsche Revolution verhindern oder vernichten. Churchill und Stalin waren gegen die Formel Roosevelts aus entgegengesetzten Gründen. Der englische Imperialismus wollte sich die Hände freihalten zur Zusammenarbeit mit Teilen der geschlagenen deutschen Bourgeoisie, Stalin, um bessere Manövriermöglichkeiten bei den deutschen Werktätigen zu behalten. Die Abhängigkeit beider von der amerikanischen Hilfe veranlaßte sie, sich Amerika zu fügen. Ich möchte mit diesen Hinweisen die Auffassung widerlegen, daß der Nazi - Terror ausgereicht hat, einen Aufstand zu verhindern. Wenn ein positives Ziel vorhanden gewesen

wäre, daß den Massen Rettung bot, wäre auch die Armee davon ergriffen worden, und das war allerdings Vorbedingung für einen Erfolg" ²⁶⁾.

Konnten die Alliierten mit Hilfe der Forderung nach bedingungsloser Kapitulation ihre beiden Ziele - Hitler zu besiegen und die Revolution in Deutschland zu verhindern - erreichen, so trat "nach der zerschmetternden Niederlage des deutschen Imperialismus ... der Krieg gegen die sozialistische Revolution in Deutschland in den Vordergrund" ²⁷⁾. Die alten Ziele wurden mit anderen Mitteln weiter verfolgt, was Thalheimer an den verschiedenen Bestimmungen des Potsdamer Abkommens nachwies. Zugleich zeigte die Analyse, wie sich in den gemeinsamen alliierten Formulierungen die Widersprüche zwischen den Alliierten durchsetzten. Als Ziel des Potsdamer Abkommens nannten die Alliierten folgendes: "Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann. Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen" ²⁸⁾. Diesem Ziel sollte die Besetzung Deutschlands dienen; ein weiteres Mittel dazu war die "völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Ausschaltung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegproduktion benutzt werden kann" ²⁹⁾. Zusätzlich zur völligen Entwaffnung aller Deutschen sollten noch alle "militärischen und halb-militärischen Organisationen völlig und endgültig aufgelöst (werden d. V.), um damit für immer der Wiedergeburt des deutschen Militarismus und Nazismus vorzubeugen" ³⁰⁾. Die Maßnahmen zur Entwaffnung

26) Brief von Brandler und Thalheimer vom 15. 5. 1945. Zitiert nach: GAP: Manuskript, S. 3 ff. Die Länge des Zitates wird durch die Bedeutung dieses Briefes gerechtfertigt, die die GAP ihm in ihrem Manuskript zumißt.

27) Thalheimer: Potsdam, S. 12

28) Potsdamer Abkommen, S. 78

29) Ebenda, S. 79

30) Ebenda

Deutschlands waren weitgehend im Potsdamer Abkommen festgelegt, und zwar weitgehender als im Versailler Vertrag; die dort aufgetretenen technischen Lücken waren geschlossen worden. "Wenn technische Maßnahmen allein genügen würden, um die Entwaffnung des deutschen Imperialismus zu sichern, so wäre sie heute zweifellos weit besser gesichert als nach 1918"³¹⁾, doch für Thalheimer hatte die Entwicklung Deutschlands nach dem 1. Weltkrieg gezeigt, daß die technischen Bestimmungen nicht hatten verhindern können, daß in Deutschland erneut aufgerüstet worden war. Dafür waren zwei Faktoren verantwortlich gewesen: die Siegermächte hatten der deutschen Bourgeoisie beim Kampf gegen die sozialistische Revolution im eigenen Lande geholfen und später in den Armeen Hitlerdeutschlands lange eine Speerspitze gegen die UdSSR erblickt. Außerdem hatte die innerimperialistische Rivalität den militärischen Wiederaufstieg Deutschlands gefördert³²⁾. Die beiden genannten Faktoren bestanden nach dem zweiten Weltkrieg weiter. "Gegenüber diesen mächtigen politischen und gesellschaftlichen Kräften werden alle technischen Bestimmungen über Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands, die jetzt getroffen werden, sich genauso machtlos erweisen wie letztes Mal"³³⁾. War die technisch umfassende Entwaffnung aller Deutschen auch kein Mittel, um eine spätere Wiederbewaffnung Deutschlands auszuschließen, so bedeutete aber die "Entwaffnung des deutschen Imperialismus... gleichzeitig Entwaffnung der deutschen sozialistischen Revolution"³⁴⁾. Während die Sieger des 1. Weltkrieges der deutschen Bourgeoisie noch ihren alten Machtapparat überlassen hatten, damit sie der potentiellen proletarischen Revolution Herr bleiben konnte, so wurde diesmal "die 'Ordnung'... ausschließlich von fremden Besatzungstruppen aufrecht erhalten"³⁵⁾. "Die internationale Kapitalistenklasse in Gestalt der Kapitalistenklasse der Siegerstaaten hat die deutsche Bourgeoisie abgelöst in der Rolle des bewaffneten Ordnungswächters"³⁶⁾. Wenn Thalheimer zusammen-

31) Thalheimer: Potsdam, S. 16

32) Vergl. ebenda, S. 12

33) Ebenda, S. 16 f

34) Ebenda, S. 15

35) Ebenda, S. 16

36) Ebenda, S. 18

faßte: "Im Deutschland von heute ist die Arbeiterklasse noch nicht zur Macht gekommen, und die Kapitalistenklasse ist bewaffnet" ³⁷⁾, so war für ihn die Funktion der Entwaffnung Deutschlands klar: sie sollte verhindern, daß die deutsche Arbeiterklasse die Entwaffnung des deutschen Imperialismus "selbst auf revolutionärem Weg durchführt, gestützt auf ihre eigene revolutionäre Bewaffnung und als einen Teil der sozialistischen Revolution, die gleichzeitig mit dem Kapitalismus die gesellschaftlichen Wurzeln des Imperialismus ausrottet" ³⁸⁾. Weil das Potsdamer Abkommen nur eine scheinbare Entwaffnung der deutschen Bourgeoisie vornahm – scheinbar deshalb, weil die Besatzungstruppen der Siegermächte diese "Ordnungsfunktion" übernahmen – und ihre wirkliche Entwaffnung verhinderte, wandte sich Thalheimer gegen diese "Entwaffnung", die für ihn "eine vollständige Preisgabe des Klassenkampfstandpunktes und jedes Gedankens der Revolution (ist d. V.). Wir sagen: Bewaffnung des Proletariats mit dem Ziel, die Bourgeoisie zu besiegen, zu expropriieren und zu entwaffnen" ³⁹⁾, wobei Thalheimer sich ausdrücklich auf Lenin berief ⁴⁰⁾.

Für Thalheimer war die im Potsdamer Abkommen vorgesehene "Entmilitarisierung" nur ein Mittel, mit dem die sozialistische Revolution in Deutschland verhindert werden sollte. Welche Funktion hatte die "Demokratisierung" Deutschlands, die im Abkommen ebenfalls vorgesehen war? Ausgangspunkt dieser Demokratie sollte die "Entwicklung

37) Ebenda

38) Ebenda, S. 17

39) Ebenda, S. 18

40) Im vorstehenden Zitat hatte Thalheimer Lenin zitiert, und zwar:

Lenin: Das Militärprogramm der proletarischen Revolution. Im Text der Lenin Werke lautet dieses Passus so: "Die Bewaffnung der Bourgeoisie gegen das Proletariat ist eine der größten, kardinalsten, wichtigsten Tatsachen der heutigen kapitalistischen Gesellschaft. Und angesichts dieser Tatsache will man den revolutionären Sozialdemokraten zumuten, sie sollen die 'Forderung' der 'Entwaffnung' aufstellen! Das wäre eine vollständige Preisgabe des Klassenkampfstandpunktes und jedes Gedankens an die Revolution. Wir sagen: Bewaffnung des Proletariats zum Zwecke, die Bourgeoisie zu besiegen, zu expropriieren und zu entwaffnen – das ist die einzig mögliche Taktik der revolutionären Klasse, eine Taktik, die durch die ganze objektive Entwicklung des kapitalistischen Militarismus vorbereitet, fundiert und gelehrt wird." In: Lenin Werke, Band 23, Berlin, 5. Auflage 1970, S. 76

einer örtlichen Selbstverantwortung"⁴¹⁾ sein; dazu sollte "die lokale Selbstverwaltung... in ganz Deutschland nach demokratischen Grundsätzen ... wiederhergestellt"⁴²⁾ werden. Wenn sie sich auf Ortsebene bewährt hatte, so sollte die Selbstverwaltung auf "Gemeinde-, Kreis-, Provinzial- und Landesverwaltungen"⁴³⁾ ausgedehnt werden. Dazu waren "in ganz Deutschland ... alle demokratischen politischen Parteien zu erlauben und zu fördern..."⁴⁴⁾, und "die Schaffung Freier Gewerkschaften... wird gestattet werden"⁴⁵⁾. Diese Demokratie gemäß dem Potsdamer Abkommen sollte noch dadurch geschützt werden, daß "alle Mitglieder der nazistischen Partei, welche mehr als nominell an ihrer Tätigkeit teilgenommen haben ... aus den öffentlichen und halböffentlichen Ämtern und von den verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmungen zu entfernen"⁴⁶⁾ waren. Gerade die letzte Bestimmung zeigte die Art der geplanten Demokratie, denn von den angesprochenen Funktionen waren neben den aktiven Nazis auch "alle anderen Personen, die den alliierten Zielen feindlich gegenüberstehen"⁴⁷⁾ ausgeschlossen. Auch die lokale Selbstverwaltung sollte nur so schnell aufgebaut werden, "wie es mit der Wahrung der militärischen Sicherheit und den Zielen der militärischen Besatzung vereinbar ist"⁴⁸⁾. Die Parteien sollten gefördert werden, doch die Freiheit der Rede und der Presse wurde nur "unter Berücksichtigung der Notwendigkeit zur Erhaltung der militärischen Sicherheit"⁴⁹⁾ gewährt; entsprechendes galt auch für die Schaffung der Gewerkschaften⁵⁰⁾.

Für Thalheimer handelte es sich bei der vorgesehenen Selbstverwaltung "nicht um Organe, die für die Interessen der Bevölkerung errichtet werden sollen, sondern um Werkzeuge, um Hilfsorgane für die Besatzungsmächte und deren Zwecke. ... Auch die von den Besatzungsmächten wieder zugelassenen Parteien ... werden nur zugelassen, soweit sie den Interessen der Besatzungsmächte dienen ... Die Besatzungs-

41) Potsdamer Abkommen, S. 81

42) Ebenda, 43) Ebenda 44) Ebenda 45) Ebenda, S. 82

46) Ebenda, S. 80 f 47) Ebenda, S. 80 48) Ebenda, S. 81

49) Ebenda, S. 82

50) Vergl. ebenda

mächte brauchen sie (die Gewerkschaft d. V.), um die Arbeitsdisziplin wieder aufzurichten. Sie brauchen sie, um sie gegen die Massen der Arbeitslosen auszuspielen" ⁵¹⁾. Thalheimer fand in Deutschland "alle wesentlichen Charakterzüge einer Kolonie" ⁵²⁾ wieder; in einem solchen Land war keine Demokratie möglich, denn "ein Sklavendienst hört nicht auf Sklavendienst zu sein, nur weil er kollektiv ausgeführt wird" ⁵³⁾. In dieser Situation formulierte Thalheimer eine allgemeine Richtschnur für die Kommunisten in Deutschland: "Kein wirklicher Revolutionär kann sich zur Verfügung stellen für Regierungs- oder Verwaltungsfunktionen im Dienste der Besatzungsbehörden" ⁵⁴⁾, denn diejenigen, die dort mit den besten Absichten mitarbeiteten, würden sich dabei im Dienste der Okkupationsmächte kompromittieren. Gerade das durfte nicht eintreten; nur wenn die Revolutionäre "nicht durch Lakaiendienste für die Okkupationsbehörden kompromittiert" ⁵⁵⁾ waren, konnten sie versuchen, "die von den Besatzungsmächten zugelassenen oder kontrollierten politischen und gewerkschaftlichen Organisationen für die eigenen Zwecke der Arbeiterklasse nutzbar" ⁵⁶⁾ zu machen, aber nur in dem sehr reduzierten Sinn, daß in diesen Organisationen "die Revolutionäre Gehör finden können bei weiten Kreisen der arbeitenden Bevölkerung" ⁵⁷⁾. Das Ziel dieses Ausnutzens der zugelassenen Organisationen lag aber nur darin, auch auf diese Weise den Aufbau von solchen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen zu betreiben und zu fördern, "die von den Okkupationsmächten wirklich unabhängig sind" ⁵⁸⁾.

Das Konzept "vom schrittweisen Aufstieg zur Demokratie" ⁵⁹⁾ war für Thalheimer nur eine Neuauflage eines "alte(n) Ladenhüter(s) aus dem Geschäft des englischen Imperialismus" ⁶⁰⁾, den dieser in Indien "erfolgreich" praktiziert hatte. Diese Demokratie sollte schrittweise gewährt werden, wenn sich die Deutschen, damit auch die deutsche Ar-

51) Thalheimer: Potsdam, S. 22

52) Ebenda, S. 20. Als die kolonialen Charakterzüge nannte Thalheimer, daß die Souveränität der Besatzungsgebiete beim jeweiligen Militär-gouverneur lag, der auch über die bewaffnete Macht – ausländische Truppen – verfügte, während die "eingeborenen Deutschen nur Objekte, nicht Subjekte für Regierung und Verwaltung" (ebenda) waren.

53) Ebenda, S. 22 54) Ebenda, S. 25 55) Ebenda 56) Ebenda

57) Ebenda 58) Ebenda 59) Ebenda, S. 22 60) Ebenda

beiterklasse, den Zielen der Alliierten unterordneten; daß diese Ziele keine sozialistischen waren, ergab sich bereits aus dem Charakter dieser Ziele als Kompromiß von Mächten antagonistischer Gesellschaftssysteme. Weil somit Demokratisierung gemäß dem Potsdamer Abkommen nichts anderes war als die Verwaltung von von außen vorgegebenen Zielen, die keine sozialistischen waren und keine sein konnten, erwies sie sich als ein Mittel zur Verhinderung der sozialistischen Revolution in Deutschland.

Um "dem deutschen Volk die Möglichkeit (zu d. V.) geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen" ⁶¹⁾, sah das Potsdamer Abkommen auch die Entnazifizierung vor, denn ein Vertragsziel dieses Abkommens war die Ausrottung des Nazismus ⁶²⁾. Für Thalheimer konnte man "den Nazismus nicht vernichten, ohne seine Wurzel zu vernichten, nämlich den Kapitalismus und den feudalen Großgrundbesitz" ⁶³⁾, und das konnte "nur durchgeführt werden als eigene, freie Handlung des deutschen Volkes" ⁶⁴⁾, doch gerade diese eigene Handlung wurde durch dasselbe Potsdamer Abkommen unmöglich gemacht: die deutsche Arbeiterklasse war entwaffnet und durfte sich nur soweit organisieren, wie es den Zielen der Alliierten entsprach. Während die UdSSR als sozialistischer Staat kein eigenes Interesse daran hatte, den Kapitalismus als Grundlage des Faschismus in Deutschland zu erhalten, so galt für die Entnazifizierungspolitik der Westalliierten, daß man "nicht die Kapitalisten bewahren, schonen und schützen (kann d. V.), ohne die Nazis zu bewahren, zu schonen und zu schützen" ⁶⁵⁾; bestenfalls konnten die Westmächte "einige oder viele Nazis vernichten, aber nicht den Nazismus" ⁶⁶⁾. Die Unwirksamkeit des "Kampfes" der Westmächte gegen den Faschismus folgte daraus, daß "der Faschismus ... die zugespitzteste, gewaltsamste und 'prostituierteste' Form der bürgerlichen Klassenherrschaft" ⁶⁷⁾ war, wobei diese Form "eine internationale Erscheinung der Niedergangsperiode des Kapitalismus" ⁶⁸⁾ war. Solange

61) Potsdamer Abkommen, S. 78

62) Vergl. ebenda

63) Thalheimer: Potsdam, S. 19

64) Ebenda 65) Ebenda 66) Ebenda

67) KPO-Plattform, S. 15, Frage 26 68) Ebenda

also die Grundlage, der Kapitalismus, erhalten blieb, konnte ein politischer Ausdruck dieser Grundlage nie ausgeschlossen werden⁶⁹⁾. Die Entnazifizierung war jedoch nicht nur unwirksam, sondern mußte, "von fremden Eroberern durchgeführt, ... unausweichlich das nationale Selbstgefühl verletzen"⁷⁰⁾, und so den Nationalismus stärken, einer der Stützen der Naziideologie. Diesen Effekt sah Thalheimer bereits in Italien, wo "an die Stelle des Faschismus schon der sogenannte Neofaschismus getreten"⁷¹⁾ war. Nur "die arbeitenden Klassen (konnten d. V.) in Verbindung mit dem Kampf um die soziale Befreiung auch den Kampf für die nationale Freiheit des eigenen Volkes und anderer Länder aufnehmen"⁷²⁾ und somit dem Nationalismus den Boden entziehen. Die Besetzung und die Unterdrückung Deutschlands hielten dagegen "jetzt die vermodernden Reste des Nazismus am Leben und werden ihm neue Keimkraft geben"⁷³⁾. So gesehen mochte die Entnazifizierung zwar den einen oder anderen Nazi treffen, aber in Verbindung mit der allgemeinen Besatzungspolitik der Westalliierten förderte sie den Faschismus mehr, als sie ihm schadete.

Im Falle der Entnazifizierung bedeutete die Verhinderung der Aktivität der Arbeiterklasse über die Begünstigung der herrschenden Klasse und den mit ihr liierten Faschisten hinaus, daß der Überwindung der faschistischen Ideologie in der Jugend zusätzliche Hindernisse entgegentraten; die Methoden der Alliierten konnten höchstens diese Jugend "zum Schweigen bringen, sie zur Heuchelei erziehen oder auf andere Weise verkrüppeln"⁷⁴⁾. Für Thalheimer ging es aber nicht darum, diese Jugend gewissermaßen in die Einflußlosigkeit zu drängen, damit die bei ihr verwurzelte Ideologie unwirksam wurde, sondern darum, daß "der wertvollste und wichtigste Teil dieser Jugend ... (, nämlich d. V.) die jungen Menschen, die von dem falschen revolutionären und sozialistischen Schein der Naziideologie irregeführt worden sind"⁷⁵⁾, durch

69) Mit derselben Argumentation kritisierte die KPO auch die Taktik der KI im antifaschistischen Kampf, Vergl. dazu: Volksfrontpolitik, S. 8

70) Thalheimer; Potsdam, S. 19

71) Ebenda

72) Ebenda, S. 20

73) Ebenda

74) Ebenda

75) Ebenda

"den selbständigen und allseitigen Kampf der arbeitenden Klassen gegen die Unterdrückung in all ihren Formen" ⁷⁶⁾ für die Arbeiterbewegung gewonnen wurde.

Deutschland als Kolonialgebiet: das hieß mehr als Besetzung, Entwaffnung der Arbeiterklasse, Demokratie von oben und Entnazifizierung; das bedeutete auch, daß die vier Besatzungsgebiete "dieselbe ökonomische Stellung wie Kolonien einnehmen" ⁷⁷⁾. Die wirtschaftlichen Grundsätze des Potsdamer Abkommens dienten verbal der Entmilitarisierung Deutschlands: "Mit dem Ziele der Vernichtung des deutschen Kriegspotentials ist die Produktion von Waffen, Kriegsausrüstung und Kriegsmitteln, ebenso die Herstellung aller Typen von Flugzeugen und Seeschiffen zu verbieten und zu unterbinden" ⁷⁸⁾. Dazu gehörte es, daß die entsprechenden Industrieanlagen "entweder zu entfernen oder, falls sie nicht entfernt werden ... (können d. V.), zu vernichten sind" ⁷⁹⁾. Dabei sollten die beweglichen und demontierbaren Teile dieser Industrieanlagen als Reparationen verwandt werden. Eine der einschneidendsten Bestimmungen für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands fand sich nicht unter den "wirtschaftlichen Grundsätzen", auf die noch einzugehen sein wird, sondern unter der eigenen, sehr deutlichen Überschrift "Reparationen aus Deutschland" ⁸⁰⁾. Gerade in den Legitimationsversuchen für diese Reparationen kam die von Thalheimer scharf kritisierte "Schuld- und Sühneformel" ⁸¹⁾ zum Tragen; so hieß es: "In Übereinstimmung mit der Entscheidung der Krim-Konferenz, wonach Deutschland gezwungen werden soll, in größtmöglichem Ausmaß für die Verluste und die Leiden, die es den Vereinten Nationen (d. h. den Staaten der Anti-Hitler-Koalition d. V.) verursacht hat und wofür das deutsche Volk der Verantwortung nicht entgehen kann, Ausgleich zu schaffen, wurde folgende Übereinkunft über Reparationen erreicht ..." ⁸²⁾. Mit dieser Übereinkunft wurde "die deutsche Wirtschaft ... ein Tummelplatz für alle Gegensätze der Okkupationsmächte untereinander.

76) Ebenda

77) Ebenda, S. 26

78) Potsdamer Abkommen, S. 82

79) Ebenda

80) Ebenda

81) Siehe oben. Vergl. auch Thalheimer: Potsdam, S. 11

82) Potsdamer Abkommen, S. 84 f

Zuerst einmal nimmt jede von ihnen, was sie selbst brauchen kann" ⁸³⁾, was bereits vor der Potsdamer Konferenz geschehen war. "Dabei kamen die Okkupationsmächte untereinander in Streit" ⁸⁴⁾ und hatten schließlich in Potsdam vereinbart, wie die deutsche Beute unter den Siegermächten zu verteilen wäre. Wenn dabei die Westalliierten für eine Begrenzung der Reparationen eingetreten waren und sich zum Beispiel gegen die Forderung der UdSSR nach deutschen Zwangsarbeitern gewandt hatten, so war dieses Verhalten nur "dem Wunsch entsprungen, daß die Russen so wenig wie möglich bekommen sollen" ⁸⁵⁾. Während die UdSSR durch die Reparationen ihre materiellen Kriegsverluste ausgleichen wollte, ging es den Westmächten um "die Vernichtung eines kapitalistischen Konkurrenten" ⁸⁶⁾, nämlich Deutschlands.

Die Reparationen bedeuteten für Thalheimer "vom Gesichtspunkt der Zukunft gesehen einmal, daß Deutschlands Übergang zum Sozialismus erschwert wird, und zum anderen, daß ein zukünftiges sozialistisches Deutschland von vornherein von den Ländern abhängig gemacht wird, die jetzt oder in Zukunft über eine sozialistische Schwerindustrie verfügen" ⁸⁷⁾. Während der zweite Gesichtspunkt 1945 nicht aktuell war, sondern erst nach dem Sieg der sozialistischen Revolution in Deutschland zum Tragen gekommen wäre, war der erste Gesichtspunkt von einschneidender Bedeutung für die weitere Entwicklung in Deutschland. Mit den Reparationen war das Problem der Demontage verbunden; und weil die UdSSR sehr stark an Reparationen interessiert war, galt das auch für Demontagen. Demontagen für die UdSSR bedeuteten ohne Zweifel für Thalheimer Demontagen zu Gunsten eines sozialistischen Staates, kamen also vermittelt dem Sozialismus zu Gute; zugleich waren es aber gerade die Demontagen zu Gunsten der Sowjetunion, die den Weg der kommunistischen Bewegung in Deutschland oder gar den der proletarischen Revolution in Deutschland erschwerten. Die um dieses Problem kreisenden Fragen sprach Thalheimer allgemein an: "Formell gesehen ist es deutsches kapitalistisches Eigentum, privates oder staatliches,

83) Thalheimer: Potsdam, S. 27

84) Ebenda, S. 30

85) Ebenda, S. 27

86) Ebenda, S. 28

87) Ebenda. Thalheimer sprach hier nur von der Schwerindustrie, obwohl sich die Reparationen auch auf andere Industriezweige erstreckten.

das jetzt aus Deutschland entfernen wird. Für einen marxistischen Ökonomen sind die wirklichen Eigentümer jedoch die deutschen Arbeiter, die die Maschinen, Apparate usw. mit ihrer Hände Arbeit geschaffen haben, und die mit ihrer Mehrarbeit die Werte geschaffen haben, die die industrielle Ausrüstung repräsentiert. Die deutschen Arbeiter sind also die wirklichen Eigentümer dieser Dinge, ob man sie nun nach ihrem Gebrauchswert oder ihrem Tauschwert betrachtet. Wenn man jetzt die Kapitalausrüstung wegnimmt, so bedeutet das, daß man die deutschen Arbeiter ihrer jetzigen Arbeitsplätze und ihres zukünftigen kollektiven Eigentums beraubt" ⁸⁸⁾. Verbunden mit der Einsicht, die bereits die KPO formuliert hatte, daß sich der Weg der proletarischen Revolution in Deutschland durchaus im Widerspruch zu den subjektiven Vorstellungen der Führung der UdSSR und KPdSU vollziehen konnte, und mit der Einsicht, daß keine Gleichheitszeichen zwischen der internationalen Arbeiterbewegung und der Sowjetdiplomatie, die zudem noch mit den imperialistischen Mitgliedern der Anti-Hitler-Koalition Kompromisse schließen mußte, zu setzen waren, bedeutete diese Einschätzung Thalheimers über die Reparationen auch die Ablehnung von Reparationen – und damit auch von Demontagen – zugunsten der UdSSR .

Die Reparationen, und hier besonders die Demontagen, waren ein Punkt, wo der Widerspruch zwischen der Politik der UdSSR einerseits und den unmittelbaren und den langfristigen Interessen der Arbeiterbewegung in Deutschland in aller Deutlichkeit und in einer praktischen Frage hervortrat. Die Reparationspolitik der SU bedrohte die Tagesinteressen der deutschen Arbeiter und trieb diese in die Arme der Imperialisten, zumal der Klassenfeind daranging, die Ablehnung, die die Stalin'sche Methode sozialistischer Ausdehnung unter den deutschen Arbeitern fand, für seine Zwecke auszunutzen. Die Wirkungen der Politik der UdSSR in Deutschland waren ein Hindernis für den Fortschritt der kommunistischen Bewegung in diesem Lande und standen somit im Gegensatz zum allgemeinen Interesse des Kommunismus, die Weltrevolution

88) Ebenda

zu fördern. Wenn Thalheimer sich gegen Reparationen und Demontagen wandte, so vertrat er nicht nur die besonderen Interessen der deutschen Arbeiterbewegung gegen die Politik der UdSSR, sondern auch die allgemeinen Interessen der internationalen Arbeiterbewegung.

Thalheimer kritisierte nicht nur die Reparationen und Demontagen sondern auch die Abtrennung von von deutscher Bevölkerung bewohnten Gebieten und die Vertreibung der dortigen Bevölkerung. Die Vertriebenen waren nämlich in der "überwiegenden Mehrzahl ... natürlich deutsche Arbeiter, Landarbeiter, Kleinbauern, Handwerker" ⁸⁹⁾.

Die klassenunspezifische Bestrafung der Deutschen kennzeichnete Thalheimer mit den Worten: "Welche Schande für alle Siegermächte, die diese Barbarei durchgeführt oder zugelassen haben!" ⁹⁰⁾. Bei der Abtrennung der Gebiete östlich von Oder und Neiße handelte es "sich also ganz einfach um Landraub. Es lohnt nicht, der Entschuldigung viele Worte der Widerlegung zu widmen, daß es sich um früher polnische ... Gebiete handelt. Nach diesem Prinzip könnte man ganz Deutschland unter die Kelten und Slawen aufteilen." ⁹¹⁾. Auch diese nur fragwürdig begründete Maßnahme der Alliierten hatte antirevolutionäre Auswirkungen, denn wenn die "Großen Drei" diese Maßnahme auch gemeinsam beschlossen, so waren in den Augen der davon Betroffenen diejenigen die Gegner, die die Vertreibung praktisch durchführten, also vor allem Polen. Die Vertriebenen gegen Polen zu mobilisieren und für eine "Revanche" für den verlorenen 2. Weltkrieg zu gewinnen, wurde den Feinden der SU sehr leicht gemacht. ⁹²⁾. Ebenso wie bei der Übergabe ehemals deutscher Gebiete an Polen und die UdSSR handelte es sich bei den Reparationen und einem Teil der sonstigen wirtschaftlichen Maßnahmen um mehr oder weniger getarnte Raubzüge der Alliierten. Dieses gemeinsame Interesse konnte aber die Differenzen der Siegermächte nicht aufheben. Zwar hieß es im Potsdamer Abkommen: "Während der Besatzungszeit ist Deutschland als eine wirtschaftliche Einheit zu betrachten" ⁹³⁾,

89) Ebenda, S. 30

90) Ebenda, S. 31

91) Ebenda, S. 30

92) Vergl. Potsdamer Abkommen, S. 87 und S. 89 f

93) Ebenda, S. 82

die nach von den Besatzungsmächten gemeinsam aufzustellenden Richtlinien zu behandeln wäre, doch weil es sich bei den vier Mächten "um drei kapitalistische und eine nichtkapitalistische Macht, nämlich die SU" ⁹⁴⁾ handelte, ergab sich schon daraus, "daß keine Rede sein kann von gemeinsamen Zielen und Richtlinien in den vier Gebieten" ⁹⁵⁾. Vielmehr würden die jeweiligen Besatzungsmächte danach streben, "sozusagen ihren Teil von Deutschland organisch in ihre eigene Wirtschaft einzugliedern. Daraus folgte, daß Deutschlands einzelne Teile in wirtschaftlicher Beziehung auseinander streben werden..." ⁹⁶⁾.

Demnach war "Deutschland als eine wirtschaftliche Einheit" eine Fiktion; die wirtschaftlichen Bestimmungen des Potsdamer Abkommens waren es ebenfalls und konnten nach der Analyse Thalheimers rein ökonomisch nicht durchgeführt werden. So kam beispielsweise "das Entindustrialisierungsprogramm .. schon von Anfang an in Widerstreit mit den europäischen Wirtschaftszusammenhängen, in die auch die deutsche Wirtschaft verflochten war" ⁹⁷⁾. Nicht nur aus diesem Grund war das Entindustrialisierungsprogramm nicht zu halten, denn "schraubt man jetzt die ökonomische Entwicklung (Deutschlands d. V.) um hundert Jahre zurück, so wird dieser Bevölkerungszuwachs (der letzten 100 Jahre d. V.) zu einer Überbevölkerung (führen d. V.), und der ganze Gesellschaftskörper wird dann ... lebensunfähig sein." ⁹⁸⁾ Aus diesem Grunde mußte auch das Vorhaben scheitern, welches das Potsdamer Abkommen so beschrieb: "In praktisch kürzester Frist ist das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinigungen" ⁹⁹⁾. Verbunden mit Demontage und Reparationen lief diese Bestimmung nach Auffassung Thalheimers auf den Versuch hinaus, "die kapitalistischen Monopole auf(zu)lösen und Deutschland zu einem Land (zu) machen, dessen Wirtschaft hauptsächlich basiert

94) Thalheimer: Potsdam, S. 26

95) Ebenda

96) Ebenda, S. 27

97) Ebenda, S. 29

98) Ebenda, S. 24

99) Potsdamer Abkommen, S. 82

ist auf Kleinlandwirtschaft und Fertigwarenindustrie in kleinen Betrieben... " ¹⁰⁰⁾, um damit "die Grundlage für eine bescheidene, friedliebende, kleinbürgerliche Demokratie (zu) schaffen" ¹⁰¹⁾. Eine solche materielle Basis mit den entsprechenden politischen Formen hielt Thalheimer nur für die Frühphase der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft für möglich. Den entwickelten Kapitalismus, den Imperialismus, mit außerökonomischer Macht auf einen Entwicklungsstand zurückzuschrauben, den er in Deutschland vor - von 1945 her gerechnet - rund 80 bis 100 Jahren durchschritten hatte, war dagegen nicht möglich ¹⁰²⁾. Weil die Auswirkungen des Versuchs, den Kapitalismus gewissermaßen zurückzuschrauben, in hohem Maß den materiellen Bedürfnissen der deutschen Bevölkerung zuwiderlaufen mußten, konnte dieser Versuch nicht von Dauer sein: "Äußere Machtanwendung kann für eine Zeit verhindern, daß eine neue, revolutionäre und sozialistische Staats- und Gesellschaftsform sich entwickelt, die den inneren materiellen und geistigen Voraussetzungen des Landes entspricht" ¹⁰³⁾; doch weil die von den Alliierten gesetzten Bedingungen keinen anderen Ausweg als Rebellion oder Untergang der Betroffenen zuließ, konnte "die äußere Machtanwendung vielleicht die Geburt des Neuen verzögern, aber sie kann nicht bewirken, daß eine Löwin Lämmer wirft, statt junger Löwen" ¹⁰⁴⁾.

Da die ökonomischen Vorstellungen des Potsdamer Abkommens für Thalheimer nicht zu verwirklichen waren, mußte sich die Kompromißformel auflösen, wodurch einerseits die Einheit der großen Drei offenkundig zerbrach und andererseits die Probleme der Westalliierten offenbar wurden: sie "standen und stehen noch vor folgendem Dilemma: entweder

100) Thalheimer: Potsdam, S. 24 101) Ebenda

102) Thalheimer benutzte zur Verdeutlichung folgendes Bild: "Legt man einen Säugling in die Wiege, so ist das richtig, er gehört hinein. Will man dagegen einen erwachsenen Menschen in seine Kinderwiege legen und ihn der Wiege 'anpassen', so muß man zuerst jedenfalls die Beine wegschneiden und weiter ihn mit einem Seil zu einem Paket passender Größe zusammenschnüren. Da kann man aber kaum erwarten, daß ein solches zusammengeschnürtes Paket eine normale menschliche Entwicklung durchmachen kann". Ebenda.

103) Ebenda, S. 25

104) Ebenda

einen lebensfähigen bürgerlichen Staat in Deutschland wieder zu errichten, das bedeutet jedoch unbedingt die Wiedereerrichtung des deutschen Militarismus und Imperialismus, oder auf einen lebensunfähigen bürgerlichen Staat abzu zielen, das bedeutet jedoch, daß man für das deutsche Volk keinen anderen Ausweg offen läßt, als die sozialistische Revolution" ¹⁰⁵⁾. Obwohl die Westmächte 1945 zunächst den zweiten Weg zu beschreiten schienen, ging Thalheimer davon aus, daß sie "hin- und herschwanken (würden d. V.) zwischen diesen zwei Wegen" ¹⁰⁶⁾. Gingen die Westmächte bzw. die USA, die in diesem Lager die eindeutige Vormacht war und die sowohl Großbritannien als auch Frankreich politisch im Schlepptau hatte, den ersten Weg, so bedeutete die Wiederbelebung des deutschen Kapitalismus einen neuen Schritt weg von den Kompromissen mit der SU hin zur Konfrontation mit ihr; gingen die USA und ihr Anhang den zweiten Weg, so wurden sie ebenfalls mit einem Zweig der Weltrevolution konfrontiert, nämlich mit der drohenden Revolution in ihren Besatzungsgebieten.

Wenn die Westmächte unter Führung der USA den ersten Weg beschritten, so würde die Tatsache, daß an der Elbe nicht nur zwei Machtbereiche, sondern zugleich zwei Gesellschaftssysteme aufeinander stießen, offenbar und würde den Schein der Einheit der Siegermächte durchbrechen. Wollte die UdSSR dann nicht ihr Einflußgebiet räumen, so war sie gezwungen, die zunächst geübte Unterordnung unter die anti-sozialistische Politik der Westmächte aufzugeben. Aber auch dann war die Arbeiterklasse dieses Besatzungsgebiets noch lange nicht Subjekt des dort ablaufenden Prozesses; führte die UdSSR dann "eine sozialistische Revolution von oben und von außen" ¹⁰⁷⁾ durch, so war das Resultat "ein sozialistisches Kolonialgebiet oder ein sozialistischer Vasallenstaat oder Protektorat" ¹⁰⁸⁾. Es wäre "der Versuch, die

105) Ebenda, S. 21

106) Ebenda

107) Ebenda, S. 18

108) Ebenda. Ob die Arbeiterklasse Subjekt oder Objekt dieser Entwicklung war, machte Thalheimer hier an der Frage fest, ob sie bewaffnet war oder nicht. Unter Bewaffnung der Arbeiterklasse verstand Thalheimer, daß sie sich selbst zu ihren eigenen Zwecken bewaffnet; davon unterschied er die Möglichkeit, daß die UdSSR im Rahmen ihrer Politik "die Bildung revolutionärer militärischer Formationen" (ebenda, S. 17) zuläßt oder fördert.

Fremdherrschaft im Lande immer mehr auszubauen Dieser Weg könnte nur enden mit einer Katastrophe für das erobernde Land und einer tiefgehenden und lange anhaltenden Schwächung des Sozialismus und Kommunismus" ¹⁰⁹⁾. Allerdings hielt Thalheimer es auch für möglich, daß sich die UdSSR für den anderen Ausweg aus dieser Lage entschied, für die "rascheste Entwicklung der selbständigen Aktion und der Verteidigungsfähigkeit der arbeitenden Klassen in dem eroberten Lande und dann - Räumung" ¹¹⁰⁾.

2.4. Die Konsequenzen für die Kommunisten in Deutschland

Wenn Thalheimer neben dem objektiven Inhalt des Potsdamer Abkommens, d. h. die bei den 4 Besatzungsmächten unterschiedlich motivierte Verhinderung der sozialistischen Revolution in Deutschland und die Ausplünderung Deutschlands, auch die Widersprüche benannte, die die Kompromißformeln dieses Abkommens aufheben würden, so sah er die einzig mögliche Lösung für die Werktätigen Deutschlands nicht darin, auf die Entwicklung dieser Widersprüche zu warten, und auch nicht in dem Versuch, sich die Kraft für eine Veränderung der Lage dadurch quasi zu borgen, indem man die eigene Politik auf die Macht einer Besatzungsmacht gründet, auch nicht, wenn diese Besatzungsmacht die UdSSR war.

Ausgangspunkt der politischen Konzeption Thalheimers war vielmehr die Einschätzung, daß die Alliierten den Werktätigen in Deutschland ihre elementaren Lebensbedürfnisse und Rechte - "Brot, Kleidung, Wohnung, Organisations- und Streikrecht und andere elementare demokratische Rechte" ¹⁾ - verweigern würden. Diese Haltung der Alliierten war ein Teil ihres Versuches, die sozialistische Revolution zu verhindern; aus diesem Grunde enthielt der Kampf für diese Lebensrechte eine revolutionäre Perspektive: er mußte "mit Naturnotwendigkeit revolutionären

109) Thalheimer: Weltpolitik, S. 21

110) Ebenda

1) Thalheimer: Potsdam, S. 31

Charakter annehmen und sich verschmelzen mit dem Kampf um die Befreiung des Landes von der Fremdherrschaft" ²⁾. Der Zusammenhang zwischen dem Kampf für die elementarsten Lebensrechte und dem gegen die Besetzung Deutschlands bestimmte auch die Aufforderung Thalheimers an alle revolutionären Kräfte, sich nicht den Besatzungsmächten für deren Verwaltungsarbeiten zur Verfügung zu stellen ³⁾; Kommunisten konnten sich im Dienste der Besatzungsmächte nur diskreditieren und somit zum Hemmschuh für die Arbeiter werden, die den Kampf für die eigenen Interessen und gegen die Besatzungsmächte und ihre Sklavenvögte aufnahmen.

So wenig die Arbeiterbewegung von den Alliierten erwarten durfte, von ihnen Hilfe zu erhalten, auch von der UdSSR nicht, so wenig konnte die deutsche Bourgeoisie in diesem Kampf gegen die Besetzung Deutschlands ein Verbündeter der Arbeiterbewegung sein: "Dieser Kampf kann nur geführt werden gegen die Besatzungsbehörden - nicht mit ihnen, und gegen die deutschen Kapitalisten - nicht mit ihnen" ⁴⁾, denn der Zweck der Besetzung lag gerade darin, die bürgerliche Ordnung mit fremden Truppen zu erhalten, weil die einheimische Bourgeoisie dazu nicht die Kraft hatte. Gerade diese Tatsache bestätigte Thalheimers Auffassung, daß "die inneren Verhältnisse in Deutschland selbst im höchsten Grade reif für den Sozialismus" ⁵⁾ waren: "Was noch nicht 'reif' ist für eine sozialistische Umgestaltung der deutschen Wirtschaft, sind gerade und ausschließlich die Besatzungsmächte" ⁶⁾. Als "allgemeine Richtlinie für den Kampf" ⁷⁾ nannte Thalheimer deshalb "die sozialistische Umgestaltung der deutschen Wirtschaft" ⁸⁾, womit er im deutlichen Gegensatz zur Linie der KPD stand ⁹⁾.

2) Ebenda

3) Vergl. ebenda, S. 25

4) Ebenda, S. 31

5) Ebenda

6) Ebenda, S. 31. An dieser Stelle sprach Thalheimer zwar allgemein von Besatzungsmächten, was er aber im nächsten Satz so differenzierte: "Die Westmächte sind prinzipielle Gegner des Sozialismus, und die Russen ordnen sich ihnen vorläufig unter". Ebenda, S. 31 f

7) Ebenda, S. 31

8) Ebenda

9) "Wenn ein Manifest der KPD in der russischen Okkupationszone das Festhalten an den bürgerlichen Eigentumsverhältnissen damit 'begründet', daß die Verhältnisse in Deutschland noch nicht für den Sozialismus 'reif' seien, so kennzeichnet die Partei damit nicht Deutschlands objektive Lage, sondern nur die eigene subjektive Stellung der Partei als Werkzeug und Sprachrohr der Besatzungsbehörden". Ebenda, S. 31

Innerhalb dieser Kampfperspektive ordnete Thalheimer auch den Kampf um demokratische Rechte ein. Den Vorstellungen des Potsdamer Abkommens, mit Hilfe der "Entindustrialisierung" Deutschlands "die Grundlage für eine bescheidene, friedliebende, kleinbürgerliche Demokratie (zu d. V.) schaffen" ¹⁰⁾, hatte er ebenso widersprochen wie den in diesem Abkommen enthaltenen Konzepten von "Demokratisierung" und "Entnazifizierung" ¹¹⁾. Für ihn war "die einzige Form der Demokratie, für welche es eine materielle Grundlage in Deutschland gibt, ... die Demokratie der arbeitenden Klassen, d. h. die den deutschen Verhältnissen angepaßte Form der proletarischen Diktatur, deren Staatsform in der ersten Stufe die deutsche sozialistische Räterepublik sein wird ... Die einzige Schule, in der die Deutschen zu dieser Form der Demokratie ... 'erzogen' werden können, besteht in einer Sammlung - unter allen Formen, die möglich sind - der Kräfte, die für dieses Ziel kämpfen" ¹²⁾. Grundvoraussetzung für die Entwicklung dieser Form der Demokratie war, daß die Werktätigen den Kampf gegen die Politik der Alliierten und gegen die davon begünstigte deutsche Bourgeoisie aufnahmen; hatten die Arbeiter die Kraft, die Absichten der Besatzungsmächte zu durchkreuzen, so leiteten sie damit zugleich eine neue Etappe der Weltrevolution in dem Sinne ein, daß der Kampf des deutschen Proletariats die Gewähr dafür bot, "daß der sozialistische Staat, der aus dem Kampfe hervorgeht, von einem höherstehenden Typus sein wird als der jetzige Sowjetstaat, d. h. von einem Typus mit einem Minimum an Bürokratie und einem Maximum an proletarischer Demokratie" ¹³⁾.

10) Ebenda, S. 24

11) Wenn Thalheimer auch die "Erziehungsdemokratie" im Sinne des Potsdamer Abkommens für eine Unmöglichkeit hielt, so hieß das nicht, daß er eine bürgerliche Demokratie in Deutschland für nicht denkbar hielt; für eine solche Demokratie "in einem kapitalistisch entwickelten Land" (ebenda, S. 23) wären folgende Bedingungen erforderlich: "daß die Bourgeoisie imstande ist, wenigstens einem Teil der Arbeiterklasse eine privilegierte und gesicherte Stellung zu geben ..; und daß es ein zahlreiches und ökonomisch lebensfähiges Kleinbürgertum gibt"(ebenda). Daß mit dem Wiederaufstieg des Kapitalismus in einem Teil Deutschlands in etwa solche Bedingungen eintreten könnten, war für Thalheimer allerdings nur eine so ferne Möglichkeit, daß er sich nicht weiter damit befaßte.

12) Ebenda, S. 26

13) Ebenda

Weil sich durch die wirtschaftliche Übermacht der USA im imperialistischen Lager die Lage der Arbeiterklasse der anderen kapitalistischen Länder Europas in Richtung auf die deutsche Situation entwickeln würde, könnten die deutschen Werktätigen damit rechnen, "daß sie nicht lange allein stehen werden. Entweder rückt das Proletariat des übrigen kapitalistischen Europas in dieselbe Kampflinie auf wie sie, oder es wird ihr Schicksal teilen" ¹⁴⁾. Dieser Einschätzung entsprach, daß Thalheimer in den "Grundlinien" nur in einer revolutionären Entwicklung in den kapitalistischen Metropolen die Chance sah, den 3. Weltkrieg zu vermeiden ¹⁵⁾. Thalheimer war sich darüber klar, daß vor allem die Westmächte als "prinzipielle Gegner des Sozialismus" ¹⁶⁾ versuchen würden, die selbständige Initiative der arbeitenden Bevölkerung Deutschlands zu unterbinden, "aber das ist kein Grund, den Kampf zu unterlassen - im Gegenteil" ¹⁷⁾. Wie beurteilt Thalheimer die Aussichten dieses Kampfes? Eine der Bedingungen, diesen Kampf erfolgreich zu führen, sah Thalheimer in der Bewaffnung der Arbeiterklasse ¹⁸⁾; als er sich mit den Entwaffnungsforderungen des Potsdamer Abkommens befaßte und dagegen die Bewaffnung der Arbeiterklasse forderte, stellte er sich selbst die Frage: "Welche praktische Bedeutung hat eine solche Einstellung in der Situation, in der sich die deutsche Arbeiterklasse jetzt befindet, wo es beinahe hoffnungslos erscheint, ihre revolutionäre Bewaffnung zu verwirklichen ... ? Die Antwort ist: Es ist ein himmelweiter Unterschied zwischen einer Arbeiterklasse, die nach revolutionärer Bewaffnung strebt, und einer, die es nicht tut. Es ist der Unterschied zwischen dem Willen zur Freiheit und dem Willen zur Sklaverei. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Die objektive Entwicklung der Weltverhältnisse wird mögliche Wege eröffnen" ¹⁹⁾. Gerade in dieser Äußerung wird deutlich, daß Thalheimer zwar die Perspektive aufzeigte, ohne jedoch die Illusion zu verbreiten, damit sei der Weg bereits gegangen.

14) Ebenda, S. 32

15) Vergl. Teil 2.2. dieser Arbeit

16) Thalheimer: Potsdam, S. 31

17) Ebenda

18) Im bereits von Thalheimer zitierten "Militärprogramm der proletarischen Revolution" hatte Lenin betont: "Eine unterdrückte Klasse, die nicht danach strebt, Waffenkenntnis zu gewinnen, in Waffen geübt zu werden, Waffen zu besitzen, eine solche unterdrückte Klasse ist nur wert, unterdrückt, mißhandelt und als Sklave behandelt zu werden". In: Lenin Werke, Band 23, Berlin 5. Auflage 1970, S. 75

19) Thalheimer: Potsdam, S. 19

2. 5. Zusammenfassung

1945/46 stellte sich für August Thalheimer die Situation folgendermaßen dar: Der 2. Weltkrieg hat die politische Lage stark vereinfacht: der UdSSR mit ihrem neu gewonnen Einflußgebiet steht das imperialistische Lager unter eindeutiger Führung der USA gegenüber. Beiden Mächtegruppen ist jeweils ein Ausdehnungsbestreben immanent, wobei die UdSSR als ein Staat mit sozialistischer Grundlage mit ihrem Ausdehnungsdrang den historischen Fortschritt ausdrückt. Die gesellschaftlichen Kräfte, die den verschiedenen Formen der Ausbreitung des Sozialismus zu Grunde liegen, werden durch die Atombombe nicht aufgehoben; allerdings besteht die Gefahr eines vernichtenden 3. Weltkrieges, wenn nicht die inneren Klassenkräfte entscheidender kapitalistischer Länder dem Imperialismus die Grundlage entziehen können. Weil die beiden Machtblöcke zwei historische Tendenzen verkörpern – den untergehenden Kapitalismus und den dadurch hervorgebrachten aufsteigenden Sozialismus –, können Kompromisse nur Kampfpausen sein; die Lage nach dem zweiten Weltkrieg ist durch den Aufmarsch der beiden Machtblöcke gegeneinander gekennzeichnet, der die Anti-Hitler-Koalition über kurz oder lang sprengen muß. Die beiden Machtblöcke stoßen in Deutschland direkt aufeinander: hier sind unter dem Schein der Einheit der "Großen Drei" die Widersprüche besonders deutlich. Die Westmächte haben den Krieg nicht nur gegen den imperialistischen Konkurrenten Hitler-Deutschland geführt, sondern auch vorbeugend gegen die proletarische Revolution in Deutschland. Als Mittel dazu haben sie die bedingungslose Kapitulation, die Besetzung Deutschlands, die Entwaffnung der deutschen Arbeiterklasse und die Demokratie der Sklavenvögte durchgesetzt. Der Versuch der Westmächte, die Entwicklung Deutschlands entgegen der Logik der Entwicklung des Kapitalismus zurückzuschrauben, muß scheitern: diese Politik treibt entweder Deutschland zum Sozialismus oder die Westalliierten müssen den Wiederaufstieg des deutschen Imperialismus zulassen.

Die UdSSR hat die Lenin'sche Methode sozialistischer Ausdehnung aufgegeben, die den inneren Klassenkräften der kapitalistischen Länder für den dortigen revolutionären Prozeß den Vorrang vor der politischen

und militärischen Aktion des Staates UdSSR gegeben hat; die Stalin'sche Methode stützt sich – auch auf Grund der Erfahrungen des Scheiterns der kommunistischen Bewegung in den kapitalistischen Metropolen – hauptsächlich auf die sozialistische Staatsmacht, der die nationalen kommunistischen Bewegungen als Hilfskräfte untergeordnet werden. Durch die Kräfteverhältnisse des 2. Weltkrieges mußte die UdSSR Kompromisse mit dem Imperialismus schließen, die sie jetzt auch zur Grundlage der Politik der jeweiligen kommunistischen Parteien macht, was einem Aufgeben der Grundsätze des proletarischen Internationalismus gleichkommt. Aus diesem Grunde kann das Resultat der Deutschlandpolitik der UdSSR bestenfalls ein sozialistisches Protektorat sein, wenn sie nicht ihre falsche Politik aufgibt und die Klassenaktion des deutschen Proletariats duldet und unterstützt. Da die Politik der UdSSR sich gegen die Interessen der deutschen Arbeiterbewegung und gegen die Interessen des Ganzen, der Weltrevolution, richtet, können die Kommunisten diese Politik nicht als Leitlinie ihres Handelns nehmen, sondern müssen auch gegen die subjektiven Vorstellungen der Kommunisten in der UdSSR die Interessen der deutschen Arbeiterklasse aufnehmen, um diese für den Kommunismus zu gewinnen. Die Kommunisten in Deutschland wenden sich gegen die Stalin'sche Methode sozialistischer Ausdehnung – weil diese Methode eben diese Ausdehnung behindert.

Die deutschen Kommunisten müssen sich gegen die Besatzung wenden, deren Ziel die Unterdrückung der sozialistischen Revolution ist, auch wenn ein Erfolg des Kampfes gegen die Besatzungspolitik kurzfristig kaum zu erreichen ist. Das Potsdamer Abkommen als ein Ausdruck dieser Politik der Besatzungsmächte ist ein Hindernis für den Weg der proletarischen Revolution in Deutschland. Auf keinen Fall dürfen sich die Kommunisten an der Durchführung der alliierten Politik beteiligen, weil diese sich gerade gegen die Arbeiterklasse und alle anderen Werktätigen richtet; eine solche Beteiligung kann nur die Kommunisten diskreditieren, da die Westmächte anstelle der deutschen Bourgeoisie die Revolution unterdrücken und die Bourgeoisie kein Bündnispartner der Arbeiterklasse sein kann; soziale Revolution und nationale Befreiung

gehen Hand in Hand, denn wenn das Proletariat für seine elementaren Lebensrechte eintritt, wendet es sich zugleich gegen die ausländischen Mächte, die ihm diese Lebensrechte nicht zugestehen wollen und die kapitalistische Gesellschaftsordnung verteidigen.